

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis für den Abonnenten: Vierteljährlich 3,00 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustriertem Sonntagsheft „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse.
 Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Interlions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgeborenen Familien oder deren Stamm 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereine und Vereinstellungen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 14. Dezember 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ein armer Schächer.

Es geht reichend bergab mit dem Ansehen der Reichsregierung. Ihre Vertreter selbst sind es, die mit hilflosen Bremsversuchen den Karren nur noch rascher ins Rollen bringen. So leichtfertig im Herausbeidwören einer gespannten Situation hat sich selbst der leichtfertige Bülow nicht gezeigt wie Bethmann Hollweg, und um ein Gegenstück für die Unbehilflichkeit des amtierenden Reichskanzlers in dieser Situation anzutreiben, muß man schon lange in den Parlamentsannalen zurückstößern. Daß diese bürokratische Verlegenheitsfigur ein Staatsmann ebenso wenig ist wie ein Philosoph, darüber sind sich nicht nur die Sozialdemokraten einig. Aber, daß er auch noch nicht einmal ein erträgliches Durchschnittsmas eines parlamentarischen Debatters erreicht, das muß heute selbst seinen Freunden klar geworden sein.

Nach einer kurzen kolonialpolitischen Ausführung des Staatssekretärs v. Dindeguy wurde gestern die Debatte im Reichstag durch den konservativen Abgeordneten „Gans Edler zu Putlitz“ weitergeführt. Er suchte in einem, selbst für junkerliche Redner ungewöhnlich dürftigen Gestammel die Haltung seiner Partei zu rechtfertigen und machte auch einige schwächliche Versuche, sich an der Sozialdemokratie zu reiben, womit er indes nicht einmal bei seinen Fraktionsgenossen einen Eindruck erzielte.

Dann erörterte Genosse David in einer nahezu dreistündigen, fesselnden Rede die gesamten zur Erörterung gebrachten Fragen. Den Hauptbestandteil seiner Ausführungen bildete aber die Auseinandersetzung mit dem Reichskanzler, die sich zu einer scharfen Anklage wegen seines voreiligen Urteils über die in Moabit zur Verhandlung stehenden Prozeßfragen erhob. Hatte doch der erste Beamte des Reichs und von Preußen sich am Sonnabend beisammen lassen, zu erklären, die Polizei habe in Moabit nur ihre Pflicht getan, und die Sozialdemokratie trage die Mitschuld an den „Erzessen“.

Wie David zunächst durch eine Verlesung einiger Stellen aus den Polizeiberichten nachwies, haben einwandfreie Zeugen bekundet, daß verschiedene Polizeibeamte sich brutale Mißhandlungen wehrloser Leute haben zuschulden kommen lassen. David warf dann die Frage auf, was man von einem Staatsbeamten in so hoher Stellung zu halten habe, der entweder ohne hinreichende Kenntnis der Dinge oder, was noch schlimmer sein würde, der trotz seiner Kenntnis ein solches Urteil über die Schuldlosigkeit der Polizeibeamten, während der Prozeß noch im Gange sei, zu fällen vermöge.

Der Behauptung des Kanzlers, daß es unsinnig sei, von der Mitwirkung von Lockspiegeln bei der Anschuldigung der Erzesse zu sprechen, hielt er die Tatsache entgegen, daß schon bei früheren Prozessen durch Zeugen nachgewiesen sei, daß Lockspiegel die Menge aufzureizen verdammt hätten und daß es zu deren völliger Ueberführung nur deshalb nicht gekommen sei, weil der Polizeipräsident regelmäßig den beschuldigten Polizeibeamten die Aussage verboten hätte. Nichts natürlicher, als daß daraus stets auf die Mitwirkung von Lockspiegeln bei Straßenunruhen geschlossen wird.

Ebenso räumte David mit der Reichskanzlerschen Behauptung auf, daß die Sozialdemokratie die Mitschuld an den Erzessen in Moabit trage. Er verlangte Beweise und betonte seinerseits nachdrücklich die unbestreitbare Tatsache, daß überall dort, wo große und kräftige Organisationen der Arbeiter bestehen, die wilden Streiks abnehmen und auch die Streiks der organisierten Arbeiter weit geringer von Erzessen begleitet sind. Besonders hebt sich aber Deutschland, wo nicht nur wohlorganisierte Gewerkschaften, sondern eine große und leistungsfähige Sozialdemokratie die Arbeiter geschult habe, vorteilhaft hervor durch den ruhigen Verlauf seiner wirtschaftlichen Arbeiterkämpfe.

David hatte noch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Reichskanzler seine Behauptungen zurücknehmen werde. Herr v. Bethmann hatte während der gegen ihn erhobenen Anklagen in sichtlich Erregung mit dem Staatssekretär des Reichsjustizamts sowie mit dem Chef der Reichskanzlei konferiert. Man hätte um so mehr eingehendere Darlegungen von ihm erwarten dürfen, da David auch sonst seine Politik kritisch zergliedert hatte. Aber auch jetzt versuchte der sogenannte leitende Staatsmann sich mit einigen kurzen oberflächlichen Redewendungen aus der Affäre zu ziehen. Er ging nur auf die Moabiter Affäre ein. Sein Auftreten am Sonnabend suchte er auch jetzt wieder durch das Vorgehen Scheidemanns zu rechtfertigen, trotzdem David nachgewiesen hatte, daß Scheidemann nur auf die vorhergegangenen Anzuspinnungen der Herren v. Dirschen und v. Camp geantwortet hatte. Trotzdem er auch jetzt wieder das Recht für sich in Anspruch nahm, über das Verhalten der Polizei in Moabit ein Urteil zu fällen, wagte er doch nicht, seine frühere Behauptung in vollem Umfange ausrecht zu erhalten. Am Sonnabend sagte er, die Polizei habe nur ihre Pflicht getan; durch die Proteste in den Zeitungen, im Gerichtssaal und jetzt im Reichstag selbst in die Enge gedrängt, fügte er hinzu — wenn auch einzelne Ausschreitungen von Polizeibeamten vorgekommen seien. Auch mit dieser Einschränkung ist der Kanzler noch immer nicht berechtigt, jenes allgemeine Urteil

zu fällen, am wenigsten während des Verlaufs des Prozesses. Dadurch, daß er lebhaft seine Absicht bestritt, irgendwie auf die Urteilsfällung in Moabit einwirken zu wollen, schafft er doch die Tatsache nicht aus der Welt, daß eine derartige Erklärung durch den höchsten Beamten auf alle ihm untergeordneten Beamten eine Einwirkung ausüben kann und daß deshalb von allen Leuten von Rechtsgefühl solche einwirkungs-fähigen Äußerungen eines leitenden Staatsmanns während eines schwebenden Verfahrens auch auf das schärfste verurteilt werden.

Als der Reichskanzler dann aber auch ohne irgend welche Einschränkung wie ohne die Beibringung irgend eines Beweises seine Beschuldigung gegen die Sozialdemokratie mit den Worten aufrecht erhielt: Ihre Mitschuld steht fest! entfesselte er einen Sturm von entrüsteten Protesten bei den Sozialdemokraten, denen die Rechte mit lärmenden Bravourstücken entgegenzuwirken suchte, so daß geraume Zeit ein riesiger Lärm das Haus durchtobte, bis der glockenschwingende Vizepräsident Schulz sich so weit verständlich machen konnte, um drei Ordnungsrufe zu erteilen.

Wenn Herr v. Bethmann Hollweg glaubt, seinen politischen Ruf dadurch heben zu können, daß er mit dem Eigen-sinn eines gescholtenen Kindes beweislose Verdächtigungen einfach wiederholt, so schämt er das Volk doch offenbar nach dem intellektuellen und moralischen Niveau der Junkerkaste ein.

Zunächst attestierte ihm im Reichstag selbst der freisinnige Abgeordnete Schrader, wie schlecht er abgeschnitten hat. Bei den allgemeinen Reichstagswahlen wird ja das Volk auch über Herrn v. Bethmann Hollweg sein Urteil fällen, über seine allgemeine Politik sowohl wie über sein Eingreifen in den Moabiter Prozeß. Und heute schon kann man sicher sagen, daß dieses Urteil lauten wird: Gewogen, gewogen und zu leicht befunden!

„Hauen Sie die Kerle in die Schnauze ...“

Es ist das Wort eines Polizeileutnants, das in der Dienstags-Sitzung des Moabiter Prozesses bekundet wurde. Ein Befehl, der in den Tagen der Moabiter Ereignisse an die Schutzmannschaft erging. Nicht der einzige dieser Art. In derselben Sitzung wurde die Verurteilung eines anderen Polizeioffiziers bezeugt: „Hauen Sie feste drauf los und schicken Sie, die Galanten werden wir schon kriegen!“ Es wäre natürlich ungerade, sich über diese Ausdrücke pharisäisch zu entrichten, aber für die vorbildliche Ruhe, die Herr Major Klein und andere Zeugen an den Polizeibeamten gerühmt haben, sprechen sie gewiß nicht. Wenn schon Polizeioffiziere sich zu solchen Ausdrücken der Erregung hinreißen ließen, wie mag es dann erst bei den Schutzleuten ausgefallen haben und wie müssen solche Aufmunterungen aus dem Mund der Vorgesetzten auf sie gewirkt haben. Wie wenig sie dessen bedurften, das wissen wir aus den bisherigen Verhandlungen, das zeigte auch diese wieder. „Gut auf Gut“ fügte sie an die lange Kette der Anklagen, die wider die Polizei erhoben wurden. Zeugen aus allen Klassen und Ständen, Zeugen jeglicher Parteirichtung und Gesinnung sind in dieser Beziehung eines Sinnes. Am Montag der begeisterte Monarchist, Rechtsanwalt Vallien, der seiner tiefen Empörung über die Ausschreitungen der Polizei Ausdruck gab, am Dienstag der Sachverständigenhändler Hilari, der in milder starken Tönen innerer Bewegung seine Entrüstung kundgab, der bittere Klage erhob, daß die Greuel, die er sehen mußte, seinen christlichen Glauben in den Grundfesten erschüttern mußten. Das sind andere Zeugen als die Jagowischen Freiwilligen, die die Polizei für engelrein halten, weil sie zufällig mit den Polizeibeamten nicht in Verührung gekommen sind, weil sie merkwürdigerweise immer dann nichts gesehen haben, wenn die Schutzleute ihre „Tapferkeit“ und „Korrektheit“ an wehrlose einzelne Menschen ausliehen, wenn sie auf am Boden Liegenden einhieben und einstachen, wenn sie aus purer Lust an der Brutalität in menschenleerer Strafe selbst Frauen mit dem Säbel anfielen.

Uebrigens müssen diese Jagowischen Zeugen im Kreuzverhör doch bisweilen Tatsachen angeben, die der Polizei nicht sehr angenehm sind. So der Journalist Steinberg, der mit dem Beamten der Polizei auf sehr vertrautem Fuße steht und die Geschehnisse durchaus mit ihren Augen ansieht. Nach längerem Besinnen mußte er zugeben, daß ein Kriminalschutzmann, der sich in Arbeiterleidung gekleidet hatte, von seinen uniformierten Kollegen böse verhaun worden ist.

Wenn es so den eigenen Gliedern der Polizei ergehen kann, was hat sich dann der Bürger zu beklagen! Ein Polizeileutnant verscherte drei Moabiter Bürgern, die ihn um Passierscheine angingen, daß er selbst auch Prügel bekommen würde, wenn er sich in Zivil in die Menschenmenge im Gebiet der Unruhen begeben würde. Begleichen von solchem Ort, das sei das einzige Schutzmittel. Ein wohlfeiler Rat für die Bewohner von Moabit, die sich doch nicht immer in ihren Wohnungen verhielten konnten. Als die drei dem Herrn Leutnant bemerkten, daß sie doch nicht sofort umziehen könnten, daß sie aber doch bisweilen die Strafe passieren müßten, da mußte der Herr Leutnant auch nicht weiter. Ein Achselzucken war die verlegene Antwort.

Nicht unangenehm war die Sitzung für Herrn Leutnant Folte. Zeuge nach Zeuge trat auf und erklärte, genau gesehen zu haben, wie der Herr einen am Boden Liegenden mit dem Säbel schlug, wie er mit der Waffe nach dem unter einen Wagen Geflüchteten stach. Die Versuche, durch Polizeizeugen die Unrichtigkeit dieser

Aussagen zu erweisen, mißlingen — die Mitteilungen der Zeugen zeigten höchstens, daß sie den Vorgang nicht vollständig beobachtet hatten oder daß sie einen anderen, zweiten Fall meinten. Es war bemerkenswert, daß Herr Folte, der das Herumstodern mit dem Säbel unter dem Wagen entschieden bestritt, nachträglich das Bedürfnis empfand, eine Erklärung dafür zu geben, wie die vielen Zeugen, die ihn befragten, zu solchen Auffassungen seiner Bewegungen am Wagen gekommen sein könnten. Daß sich aber so viele Zeugen allesamt in gleicher Weise bei ihren Beobachtungen getäuscht haben könnten, fällt schwer zu glauben. Fast könnte man allerdings aus der Tatsache, daß das Gericht auf eine solche Demonstration des Leutnants keinen Wert zu legen erklärte, schließen, es sei geneigt, die ihn belastenden Befundungen als durch seine und der anderen Polizeizeugen Aussagen widerlegt anzusehen.

Zunachst das Gericht dem Herrn Leutnant in einem anderen Falle ein Glaubwürdigkeitsattest ausgestellt hat. Ob die vom Verteidiger Dr. Rosenfeld enthüllte Tatsache, daß Herr Folte sich mit einem seiner Vorgesetzten darüber beraten hat, ehe er sein Zeugnis durch die Bekundung eines die Polizei belastenden Umstandes ergänzte, so zu bewerten ist, darüber dürften viele Leute ganz anderer Ansicht sein, als die Kammer lieber.

Eine sozialistische Friedensdemonstration.

London, 11. Dezember 1910. (Eig. Ber.)

Gestern fand in der Albert Hall in London eine große sozialistische Friedensdemonstration statt, die von der Unabhängigen Arbeiterpartei arrangiert worden war. An der Kundgebung nahmen zwischen 8000 und 10 000 Menschen teil. Aus verschiedenen Ländern hatten die sozialistischen Parteien Delegierte entsandt. Wandervogel vertrat Belgien, Jaurès Frankreich, Molkenbühr Deutschland und Professor Mills Amerika. Für England sprachen Keir Hardie, MacDonald, Lansbury und Anderson.

Keir Hardie führte den Vorsitz. Anderson schlug hierauf die Annahme einer Resolution vor, die folgenden Wortlaut hatte:

„Diese Massenversammlung heißt die vier hervorragenden Vertreter der internationalen sozialistischen Bewegung, die zu uns reben werden, willkommen und begrüßt ihre Anwesenheit als ein weiteres Zeichen der wachsenden Solidarität der Arbeiterbewegung.“

Diese Versammlung erklärt ferner, daß es zwischen den Demokratien Europas keinen Grund zum Kriege gibt und keinen geben kann. Sie protestiert nachdrücklich gegen die beständige Vermehrung der Rüstungen und gegen die Versuche, die gemacht werden, um Streit zwischen den Nationen zu erzeugen. Die internationale Arbeiterbewegung verwirft den Militarismus in allen seinen Formen, da er dem Fortschritt der Menschheit feindlich ist.

Schließlich fordert diese Versammlung die Arbeiter aller Länder auf, sich unter der sozialistischen Flagge zu vereinigen und damit den wirtschaftlichen Frieden und die internationale Eintracht herzustellen.

Als erster sprach Lansbury, der mit großem Enthusiasmus begrüßt wurde. Er wandte sich besonders an die bürgerlichen Friedensfreunde, deren Agitation er für ohnmächtig erklärte, und forderte sie auf, in die Reihen der internationalen Sozialdemokratie zu treten, deren Wirken allein zum Frieden führen könne. Er wies auf die starken Befürworter hin, die der Krieg in den Geschäftspatrioten habe, und forderte vor allen Dingen eine wirksame Kontrolle der Volksvertretung über die auswärtige Politik. Er schämte sich als Engländer, daß sein Vaterland mit zwei der despotischsten Staaten der Welt, Rußland und Japan, die Sozialisten aufs grausamste verfolgten, Freundschaftsbündnisse habe. Solange das verurteilte kapitalistische System bestehe, unter dem jedermann um ein Stückchen Brot kämpfen müsse, könne von einem Frieden nicht die Rede sein.

Wandervogel spricht im Namen der belgischen Arbeiterpartei:

Belgien kommt zwar als Friedensstörer nicht in Betracht, aber es habe sich durch die Greuel, die der König Leopold im Kongostaat verübt habe, eine Schuld aufgeladen, und das belgische Volk sei jetzt bemüht, das Unrecht, das dem Volke des Kongo-Staats zugefügt worden sei, wieder gut zu machen. Er spendet der englischen Demokratie, die den Werten die Freiheit wiedergegeben habe, hohes Lob. Der triumphiierende March der Gerechtigkeit sei nicht aufzuhalten. Leute, die während des südafrikanischen Krieges von den Chauvinisten mißhandelt wurden, ständen jetzt an der Spitze der Regierung (Mond George), und General Botha sei der Premierminister des vereinigten Südafrika. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es der englischen Demokratie gelingen wird, den wahnsinnigen Rüstungsbestrebungen Einhalt zu gebieten.

„Im folate Ramsay MacDonald: Die Völker hätten keinen Grund, sich einander zu befürchten. Die Prosperität der einen Nation bedeute die Prosperität der anderen. Deutschland habe durch die Besiegung Englands ebenso wenig zu gewinnen, wie England durch die Niederwerfung Deutschlands zu gewinnen habe.“

Nun kam Jaurès, die Stimme Frankreichs, wie ihn Keir Hardie bezeichnete, zum Wort:

„Den Sozialisten werde vorgeworfen, daß sie den Klassenkampf predigten und daher keine Freunde des Friedens sein könnten. Das Proletariat sei jedoch ein Feind des Krieges, ein

Keine preussische Wahlreform!

Die „Deutsche Tageszeitung“ erklart, mitteilen zu können, daß die Meldung eines auswärtigen Blattes, wonach die nächste Sitzung des preussischen Staatsministeriums sich mit der Frage der Wiederaufnahme der Wahlrechtsreform befassen werde, nichts als eine Vermutung sei, die völlig in der Luft schwäbe. Sicher sei, daß der nächste Landtag sich mit keiner Wahlrechtsvorlage befassen werde.

Natürlich, auch hier schreiben die Herdebrand und Hertling der preussischen Regierung ihre Gesetze vor! Da das ganze Bestreben des schwarz-blauen Blocks im preussischen Abgeordnetenhaus darauf gerichtet war, keine oder doch höchstens die miederträchtige Skizze einer Wahlreform zustande kommen zu lassen, versteht man es, wenn der Block zur Vereitelung der Wahlreform jetzt dafür sorgt, daß an dem schändlichen Wahlrecht in Preußen fürs erste überhaupt nicht gerüttelt wird. Eine Ursache mehr, dem blau-schwarzen Block der Reaktion auf allen Gebieten bei den nächsten Reichstagswahlen eine vernichtende Niederlage beizubringen!

Wahlvorbereitungen?

Nach einer Meldung bürgerlicher Blätter ist den Arbeitern der Staatsbahnen eine Lohnerhöhung von 30 Pf. für den Tag mit Rückwirkung vom 1. Dezember bewilligt worden. Für Preußen macht die Lohnerhöhung eine Summe von 12,5 Millionen Mark aus. Die Lohnzahlungstellen sollen bereits angewiesen sein, die Beträge vor Weihnachten auszugeben.

Die Ungeheuerlichkeit der agrarischen Wahlkreiseinteilung.

Die Ergebnisse der Volkszählung lassen die Ungeheuerlichkeiten der agrarischen Wahlkreiseinteilung noch viel krasser hervortreten, als das ohnehin der Fall war. Am 1. Dezember 1910 wurden beispielsweise in Groß-Berlin 7 712 651 Einwohner gezählt, während am 1. Dezember 1906 nur 8 205 678 Einwohner vorhanden waren. Die Bevölkerungsziffer Groß-Berlins, das in acht Wahlkreise zerfällt, ist also um mehr als eine halbe Million angewachsen. In den vom Agrarismus und der konserverativen Bureaucratie beherrschten Osten des Landes ist aber im Durchschnitt eine halbe Million Einwohner berechnigt, ein halbes Tausend Abgeordnete in den Reichstag zu entsenden. Der durch den Freiherrn von Camp vertretene Wahlkreis Deutsch-Arzone beispielsweise zählte 1906 nur 63 442 Einwohner! Die halbe Million Bevölkerungszunahme Groß-Berlins aber soll auch künftig ohne Vertretung bleiben! Dabei besaß schon jetzt die Mehrzahl der Groß-Berliner Wahlkreise eine Bevölkerungsziffer aus der pro Wahlkreis sechs, zehn, ja fünfzehn ländliche Wahlkreise hätten gemacht werden können! So zählte bei der letzten Wahl der sechste Wahlkreis 786 878 Einwohner, der vierte Wahlkreis 697 454 Einwohner, der Wahlkreis Nieder-Barnim 434 259 Einwohner und der Wahlkreis Teilm-Weesow 650 289 Einwohner. Da nun gerade diese Riesenzahlkreise den gesamten Bevölkerungszuwachs von einer halben Million in sich aufgenommen haben, besteht die ungeheuerliche Tatsache, daß eine ganz überwiegend städtische Bevölkerung von 3 200 000 Personen bei den nächsten Reichstagswahlen nur vier Abgeordnete entsenden dürfen, während die Provinzen Ost- und Westpreußen mit 3 600 000 Einwohnern nicht weniger als 30 Abgeordnete in den Reichstag entsenden!

Dabei ergeht es allen großindustriellen Wahlkreisen ähnlich so wie Groß-Berlin. Die agrarische Wahlkreiseinteilung macht gerade den Teil der Bevölkerung, der durch seiner Hände Arbeit weitaus den größten Teil aller Werte schafft, so gut wie rechtlos!

Ein Schwindeldementi der Flottentreiber.

Konserverative Blätter teilen aus einer Rede, die der Vorsitzende des Flottenvereins, Großadmiral v. Köster, am Montag in Dresden gehalten hat, eine Stelle mit, die sie als Dementierung der Ansicht angesehen wissen möchten, daß Herr v. Köster vor einigen Wochen eine Durchbrechung des Flottenprogramms gefordert habe. Herr von Köster hat nach diesen konserverativen Meldungen nämlich erklärt, daß das Präsidium des Flottenvereins nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß das Flottengesetz durchzuführen sei, aber zurzeit und in absehbarer Ferne kein Grund vorliege, über den Rahmen desselben hinauszugehen.

Das klingt also, als fordere das Präsidium des Flottenvereins keine Änderung des Bauprogramms des Flottengesetzes. In Wirklichkeit ist das aber den noch der Fall! Darüber ließ Herr v. Köster selbst in Dresden auch gar keinen Zweifel. Wiederholte er doch dort die schon vor zwei Jahren vom Flottenverein programmatisch vertretene Forderung, daß vom Jahre 1912 ab jährlich drei große Schlachtschiffe gebaut werden müßten, während nach dem Bauprogramm des Flottengesetzes vom Jahre 1912 ab jährlich nur zwei Schlachtschiffe auf Stapel zu legen sind! Der Widerspruch in der Rede des Herrn v. Köster löst sich in sehr einfacher Weise dadurch, daß dieser Vorsitzende des Flottenvereins die von ihm geforderte Beschleunigung der Flottenbauten allen Taktischen, aller Logik und aller politischen Ehrlichkeit zuwider für keine Durchbrechung des Flottengesetzes erklärt! Wir hielten es für notwendig, diesen dreifachen Täuschungsversuch hiermit festzunageln!

Ein Urteil über Moabit.

Die Berliner „Volks-Zeitung“ widmet den Moabiter Ergebnissen unter dem Titel: „Die Polizei auf der Anklagebank“ einen Artikel, aus dem wir folgendes wiedergeben:

„Es sind im Laufe dieses Prozesses von vielen völlig einwandfreien Zeugen haarsträubende Uebergrieffe der Polizeiorgane eibildig befundet worden; auch Polizeioffiziere sind dabei schwer belastet worden, deren Amt es gewesen wäre, den Mißbrauch der Amtsgewalt und Rohheiten aller Art bei ihren Untergebenen zu verhindern. Aber geschrien wurde durch den Zeugen Rechtsanwalt Dr. Wallien dem Gebäude der Anklage gegen die beteiligten Polizeiorgane die Krone aufgesetzt. Auch die Anklagen anderer Zeugen von gestern hervorstechendste die empörend lange Reihe der Mißhandlungen, die in den Aufnahmetagen von zahlreichen Schutzhilfen ohne Not begangen worden sind. Man muß nach alledem, was in dieser Beziehung von anständigen Zeugen gesehen und bezeugt worden ist, sagen: Wie auch das Urteil gegen die Angeklagten lauten mag, und was ihnen auch an kleineren und mittleren Verurteilungen gegen das Strafgeschick nachgewiesen werden mag: die Gesamtheit ihrer Frevel reicht nicht heran an die Gesamtheit der Brutalitäten, die einer großen Zahl von Polizeibeamten in Uniform und Zivil durch zahlreiche Zeugen nachgewiesen werden muß!

Daß von allen diesen Brutalitäten und Uebergrieffen, die von Tugend- und ehrenwertesten und objektivsten Zeugen beschworen worden sind, kein Polizeioffizier, kein Schutzhilfen, kein Ge-

Feind jedes Blutvergießens. Der Sozialismus erstrebe die Befreiung des Volkes durch die Organisation und das Wachstum der Demokratie. Das Proletariat strebe danach, die Gesellschaft zu revolutionieren, ohne Blut zu vergießen. Es trachte nicht nach einer Revolution, wie es alle bürgerlichen Revolutionen gewesen seien, die sich mit Blut bedeckten. Die Herrschenden glaubten heute, der unermesslichen Umgestaltung der Gesellschaft durch einen Krieg vorzuziehen zu können. Er warne sie aber vor einem solchen Ausgang. Die Geschichte beweise, daß die Kriege in Zeiten der revolutionären Bewegung nur dazu geführt hätten, daß sich das gärende neue Leben der Nation mit Gewalt Platz gemacht habe. Kriege könnten heute überdies zu nichts führen. Früher, als der Reichtum im Boden steckte, konnte sich eine Nation durch Raub bereichern. Heute, da der Reichtum in der Industrie zu suchen sei, profitiert ein Volk nicht dadurch, daß es ein Abgabegbiet zerstöre. Die Kapitalisten streben nach neuen Märkten und sehen in der Notwendigkeit der Expansion die Unentbehrlichkeit der Kriege. Aber es herrsche keine Notwendigkeit, neue Abgabegbiete zu finden. Im Innern des Landes harrten die dankbarsten Märkte. Man möge den Markt vertiefen, man möge dem Volke nur die Gelegenheit geben, mehr zu konsumieren. Das französische Volk habe den Gedanken an ein Weltreich aufgegeben. Frankreich strebe nur noch danach, die Herrschaft der Freiheit und der Gerechtigkeit zu verwirklichen. Die Nationen, die sich im Ruhen zu überleben streben, gleichen Menschen, die ihr Eigentum durch die Zahlung von Versicherungsprämien zu schützen suchen, deren Gesamtheit den Wert des Versicherungsgelds weit übersteigen, und die am Ende umherliegen, um das versicherte Eigentum in Brand zu stecken.

Wolkenbühr wurde von dem Vorsitzenden als ein „deutscher Eindringling“ angekündigt, vor dem sich etwa anwesende ängstliche Seelen schleunigst aus dem Saal flüchten sollten. Wolkenbühr führte aus:

„Beim Erscheinen eines Deutschen in einer ausländischen Friedensversammlung möge wohl mancher denken: der sollte zu Hause predigen. Er könne aber die Anwesenden versichern, daß die deutsche Sozialdemokratie ihre Friedensliebe nicht allein auf internationalen Zusammenkünften bestände. Nicht nur die Parlamentarier, sondern die ganze deutsche Sozialdemokratie, 3 1/2 Millionen Wähler, deren Zahl im nächsten Jahre wohl auf über 4 Millionen angewachsen sein würde, bewiesen sich bei jeder Gelegenheit als Feinde jedes Militarismus und als ein sicheres Bollwerk des Friedens. Und mit dem Wachsen der deutschen Sozialdemokratie nehme auch die Zahl der wahren Freunde des Friedens zu. Die Idee des Völkerverfriedens sei alt. Im genaueren Altertum sei sie von den Religionsstiftern gepredigt worden, doch stets zu tauben Ohren. In den Anfängen der menschlichen Geschichte sei der Krieg ein Kampf um die Futterplätze gewesen, ein Kampf ums Dasein. Dann seien Kriege geführt worden zur Verbreitung der Religion, der christlichen Nächstenliebe und für dynastische Interessen. Heutzutage trachte die Bourgeoisie danach, sich neue Abgabegbiete zu verschaffen. Aber man möge doch nur in die Mitte des Volkes gehen; dort werde man ganz neue Abgabegbiete finden. Es sei Bismarck gewesen, der mit seiner Blut- und Eisenpolitik die Aera der wahnwitzigen Rüstungen eingeleitet habe. Als Bismarck den Ausspruch getan habe: „Wir Deutschen fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt“, da hätte man glauben sollen, daß es nicht nötig gewesen sei, weiter zu rüsten, denn man habe ja nichts auf der Welt zu befürchten gehabt. Jedoch nun habe man mit den Flottenrüstungen angefangen. England sei jetzt als der Feind hingestellt worden, der danach trachte, Deutschland zu überfallen. Die Leute, die diese Ansicht verbreiteten, seien die großen Rüstungsindustriellen, die von den dem Volke auferlegten Rüstungskosten profitierten. Die Rüstungen, wie sie gegenwärtig betrieben würden, müßten notwendigerweise zum Staatsbankrott führen. In Deutschland greife man schon Gelder an, die für andere Zwecke bestimmt seien. Die herrschende Klasse Deutschlands spreche stets von zwei Feinden: einem äußeren und einem inneren. Die realste Grundlage der Rüstungen in Deutschland sei der sogenannte innere Feind, das Volk, das nach Freiheit und Gerechtigkeit strebe. Das deutsche Volk sei es müde, sich von Panzerplattenpatrioten und ihrem Trotz ausbeuten zu lassen. Es wünsche die Früchte seines Fleißes nicht als Brennholz des Krieges herzugeben, sondern als Bauholz des Friedens zu verwenden.“

Als letzter sprach der amerikanische Sozialist Professor Mills. Mills ist einer der bedeutendsten Redner Amerikas. Der Vertreter Nordamerikas wies darauf hin, daß in Amerika Millionen Deutsche, Engländer, Franzosen und andere Europäer in friedlicher Eintracht nebeneinander wohnen. Er fragte, weshalb ein solches friedliches Zusammenleben in der alten Heimat nicht möglich sein sollte. Er komme als der Vertreter des arbeitenden Amerika, der Arbeiterschaft, deren Vorfahren der Unterdrückung und Not zu entrinnen suchten und in ihrer neuen Heimat das selbe Elend wiederfanden. Der Kapitalismus untergrabe seine eigene Existenz, indem er die Kaufkraft des Volkes schwäche. Nur der Sozialismus könne das Problem des Abfahes und damit das Friedensproblem lösen. Er fordere alle Anwesenden auf, sich der einzigen wirklichen Friedensbewegung, dem internationalen Sozialismus, anzuschließen.

Die imposante Versammlung lohnte die Redner mit stürmischem Beifall.

Demission der Regierung Bienerth.

Aus Wien wird uns vom 12. Dezember geschrieben: Die Regierung Bienerth hat ihre Demission gegeben und der Kaiser hat sie angenommen: das ist das große „Ereignis“ des Tages. Zwar wird man die Talente dieses Kabinetts nicht sofort los werden (denn es ist mit der provisorischen Fortführung der Geschäfte betraut worden) aber nach Neujahr, wo die dringenden Staatsnotwendigkeiten, an denen das Haus jetzt würgt, erledigt sein werden, wird die Regierung Bienerth gehen und wird eine neue Regierung kommen. Wer diese sein wird? Vielleicht die Bienerthsche Nummer drei, denn an Politikern, die den Wuchs zu einem Ministerpräsidenten haben, ist Oesterreich arm und Herr v. Bienerth steht fortbauernnd in hoher Gunst. Aber das hebt die Tatsache nicht auf, daß es mit der Bienerthschen Regierungsweisheit zu Ende gekommen ist.

Die Dinge ändern sich in Oesterreich sehr rasch. Vor zehn Tagen hielt Herr v. Bienerth im Abgeordnetenhaus noch eine Rede, in der er die Festigkeit seines Ministeriums rühmte, das gegen alle Stürme gefest sei. In feierlicher Vereinbarung wurde dann das Arbeitsprogramm für diese Tagung festgesetzt und die Fortsetzung der Ausgleichsverhandlungen zwischen Deutschen und Tschechen, die in Prag durch drei Monate ohne jedes rechte Ergebnis geführt worden waren, sollten eine Stärkung der Regierungsmehrheit und damit für die Regierung Bienerth ein dritte glorreiche Entwicklung vorbereiten. Von diesen ministeriellen Hoffnungen hat sich nicht eine erfüllt. Die deutsch-tschechischen Verhandlungen sind so gut wie gescheitert, und die Majorität der Regierung ist zersplittert, bevor sie sich noch bedarrt hat. Der Vorstoß kommt diesmal von den Polen, die neben den Deutschbürgerlichen, den freihändlerischen und den Skrifalen, den Kern des Bienerthschen Regierungsblokes bilden. Sie haben den Ministerpräsidenten wissen lassen, daß sie, angesichts der Stellung der Regierung in der Wassertragenfrage, keine Würdigkeit übernehmen können, daß die Mitglieder des Polenklubs bei den Abstimmungen für die Regierung in genügender Zahl anwesend sein werden: was bei der zahlenmäßigen Dürftigkeit

der Regierungskoalition nicht weniger als die Ankündigung ist, daß der Polenklub der Regierung, in der er durch zwei Mitglieder vertreten ist, die weitere Unterstützung weigere. Damit ist aber der Regierungsbloß gesprengt, die Mehrheit der Regierung, die überhaupt mehr in der Theorie besteht, in der Praxis aber schon oft versagt hat, vernichtet. Bienerth hat darauf verzichtet, die Krise, obwohl es nicht unmöglich gewesen wäre, zu verschleppen, vielmehr hat er sie in seiner Aufrichtigkeit, die bei ihm mehr ein Verstandesfehler denn ein moralischer Vorzug ist, eher forciert und da die Polen weder einschwenken können noch wollen, — schon deshalb nicht wollen, weil der Minister, den sie am meisten hoffen, der polnische Finanzminister Vilinski ist, den sie unter allen Umständen beiseite zu schieben möchten — so steht Herr v. Bienerth plötzlich ohne Mehrheit da. Daraus ergibt sich die Demission der Gesamtregierung als zwingender und unvermeidlicher Schluß.

Nun kann der Polenklub die Regierung leichter stürzen, als den Bau der Kanäle durchsetzen. Es handelt sich um die im Jahre 1901 beschlossenen Kanäle, die eigentlich schon längst im Bau, beinahe fertig sein sollten, die aber heute nur ebenso auf dem Papier stehen, als vor neun Jahren. Es hat sich nämlich bei näherer Prüfung der damals in einer politischen Improvisation beschlossenen Projekte gezeigt, daß die Geschäfte mehr als doppelt so viel kosten würde, als sie veranschlagt war, und daß ihre Rentabilität auch nur im ökonomischen Sinne, von dem finanziellen ganz zu schweigen, mehr als ungewiß ist. Trotzdem begreift man, daß die Polen auf die Wassertragen, soweit sie Galizien betreffen, nicht verzichten wollen, denn für das überbevölkerte Land, dessen Landwirtschaft so rückständig ist, ist die Industrialisierung eine wahre Lebensfrage und nur von ihr kann die Eindämmung des unsäglichen Pauperismus, der heute nur durch die Auswanderung gemildert wird, erwartet werden. Vor der Schwierigkeit dieser Kanäle, zu deren Bau sie ein gültiges Gesetz verpflichtet, die sie aber aus dem einfachen Grunde nicht bauen kann, weil ihr dazu die Mittel fehlen, steht die Regierung schon seit dem Frühjahr; sie hat bisher gehofft, die fordernden Polen damit zu beschwichtigen, daß sie Galizien für den Entfall der Kanalbauten durch andere Zuwendungen entschädigen werde. Offenbar glaubt der Polenklub unter einer günstigen politischen Konstellation die Kanalbauten doch noch durchsetzen zu können; und auch wenn diese Hoffnung trügerisch ist, so können die Parteien im Zeitalter des allgemeinen Wahlrechts in solchen Lebensfragen nicht so rasch umfallen, als es sich der Herr v. Bienerth, der mit Wählern sein Lebtag nichts zu tun gehabt hat, offenbar vorstellt. Der Konflikt in der Majorität mußte zur Demission führen.

Natürlich hat die Demission nebst der besonderen auch ihre allgemeine Ursache, und die ist keine andere, als daß die Lebenskraft dieser Regierung, der nichts mehr gelingen will, erschöpft ist. Sie ist, von Bienerth, der ja auch sein besonderes Kirchenlicht ist, ganz abgesehen, mit so viel mißliebigen, inferioren und verachteten Menschen belastet, daß sie allmählich um alles Ansehen gekommen ist. Ihren Retrolog wird man allerdings erst schreiben können, bis sie tatsächlich in die Versenkung gesunken sein wird. Aber daß man an ihr nichts verlieren wird, was des Erhaltens wert wäre, geben nun auch ihre Bewunderer zu. Es ist eine Regierung der Russen, der nicht einmal der Caiser als Zahl vorgelegt ist.

Eine Erklärung Bienerths.

Wien, 13. Dezember. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses machte der Ministerpräsident von der Demission des Kabinetts Mitteilung. Der Kaiser habe die Demission angenommen. Der Ministerpräsident forderte das Haus auf, das Budgetprovisorium, den Handelsvertrag mit Serbien, die Verlängerung der provisorischen Geschäftsordnung und die Wahlen zu den Delegationen schnellstens zu erledigen. Die Regierung werde die Arbeiten des Hauses in lokalster Weise fördern. (Lebhafte Beifall bei den Christlich-Sozialen.)

Der Polenklub hat einstimmig beschlossen, für das dreimonatige Budgetprovisorium und die Verlängerung der provisorischen Geschäftsordnungsreform geschlossen zu stimmen.

Die Wahlen in England.

London, 13. Dezember. Nach den letzten Meldungen haben die Regierungsparteien gegenüber den Konserverativen einen Gewinn von zwei Mandaten zu verzeichnen. Bisher sind gewählt 193 Liberale, 240 Unionisten, 36 Vertreter der Arbeiterpartei, 59 Anhänger Redmonds und 8 Anhänger O'Briens. Die politische Situation hat seit den vorigen Wahlen keine Veränderung erfahren. Dies hat sichtlich in beiden Lagern Enttäuschung hervorgerufen. Man hält es für wahrscheinlich, daß eine neue Konferenz der Führer der beiden Parteien noch vor Eröffnung des neuen Parlaments zusammentreten wird, um über eine konstitutionelle Reform zu beraten. Wie es scheint, sind die Unionisten jetzt auch bereit, in bezug auf die Reform des Oberhauses Zugeständnisse zu machen, die sie vor 6 Wochen noch nicht bewilligt haben würden.

Erklärungen der Parteiführer.

London, 12. Dezember. Lloyd George führte heute in einer Rede aus, nie würde eine Home-Rule-Gesetz vorgeschlagen werden, das dem irischen Parlament auch nur die geringste Macht über die Religion geben würde. Das Home-Rule-Gesetz würde eine Bestimmung enthalten, nach der die gesetzliche Festsetzung irgendeiner Religion verboten sei; das beziehe sich auf die katholische wie auf die protestantische Religion.

Asquith hielt in Buch-St. Edmonds eine Rede, in der er sagte, wie auch die Mehrheit des neuen Unterhauses zusammengekehrt sein würde, eine Tarifreform würde außerhalb seiner Macht liegen. Nichts habe mehr Anspruch darauf, ein Referendum genannt zu werden, als die gegenwärtige Wahl, und eine einfachere, reinlichere und klarere Lösung der Tariffrage würde dem Lande nie vorgelegt werden.

Churchill sagte in einer Rede, das Ergebnis der Wahlen sei nicht nur ein entscheidender Sieg der Liberalen, sondern es habe Asquith eine außerordentliche Macht verschafft. Die Partei werde im Kampfe nicht nachlassen, bis die Abschaffung des Vetorechts der Lords erreicht sei. Mit der bevorstehenden Krönung sollte nun auch eine Zeit der Eintracht und des gegenseitigen Wohlwollens für alle Parteien kommen.

Balfour führte in einer Rede in Dorchester aus, die Drohung der Radikalen, durch eine Parlamentsbill die Frage des Einkammersystems lösen zu wollen, sei lediglich Prahlerei; die Unionisten würden sich einem so unsinnigen Plane nicht fügen.

Heimer* etwas gesehen hat, daß dem Polizeipräsidenten von Feiner dieser Meldungen eine Meldung gemacht worden ist, daß den sämtlichen Polizeimannschaften, die in Moabit tätig waren, wiederholt ohne jeden Unterschied die wärmste Anerkennung der Oberen für ihr „maß- und taktvolles Verhalten“ ausgesprochen ist, daß auch der Reichsanwalt in eigener Person in diese einschränkungslöse Verhimmelung eingestimmt hat — das ist gegenüber der Unjamme erwiesener Uebergriffe und Mißbräuche das Interessanteste und zugleich das Traurigste an der ganzen Geschichte.

Wenn aber der Ministerpräsident nicht aus eigener Anschauung die Vorgänge kennt; wenn er, wie es nach seiner Rede scheinen muß, nicht einmal die Prozeßberichte gelesen hat, dann gibt es keinen Ausdruck, um seinen Eingriff in das schwebende Verfahren im Sinne der Staatsanwaltschaft seiner vollen Bedeutung nach zu kennzeichnen.

Und der Erfolg? Reingewaschen wird die Polizei durch die Reichsanwaltschaft nun und nimmer. Im Gegenteil: Die Schlappe, die der Reichsanwalt sich und der Polizei durch diese Rede geholt hat, ist vierundzwanzig Stunden später ins Meßergroße gewachsen, nachdem in Moabit das fürchtbare Sündenregister der Polizei durch die gestrigen Aussagen der Zeugen Röttger, Dr. Volken und Senf um einige der brutalsten, ja ekelhaftesten Nummern vervollständigt worden ist.

Werden die „Spitzen“ auch jetzt noch in Lobeshymnen auf die Polizei ausbrechen? Und wenn dies jetzt aufhören sollte, weil man schließlich den Tatsachen nicht einfach dauernd ins Gesicht schlagen kann: Welche Schritte hat die Staatsanwaltschaft bisher unternommen, um die schuldigen Polizeibeamten mit besserem Erfolge als in Breslau zu ermitteln und sie der gebührenden strengen Bestrafung zu überantworten? Was ist hier geschehen und was wird noch geschehen, um den Leuten, aber notwendigsten Moabit-Prozess mit dem nötigen Ernst vorzubereiten, den Prozess gegen die schuldigen Polizeibeamten, nach dem das schwer verletzte Rechtsbewußtsein des Volkes, die schwer verletzte Rechts- und Staatsordnung schreit?

Sachsen als Hüter der Reaktion.

In der „Kölnischen Zeitung“ war von einem Vorstoß der sächsischen Regierung gegen das geplante Wahlrecht für Elsaß-Lothringen im Ausschuß des Bundesrats berichtet worden. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ haben bei dem sächsischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten wegen dieser Meldung angefragt und dort die Antwort erhalten, daß die sächsische Regierung es zunächst abbleibt, auf den sachlichen Inhalt der Mitteilung der „Köln. Ztg.“ einzugehen, weil sie auf die bisher freis beobachtete Vertraulichkeit der Beratungen in den Ausschüssen des Bundesrates Rücksicht zu nehmen hat. Soweit jedoch die Mitteilungen über den materiellen Inhalt der Verhandlungen zutreffen sollten, betrachte man sie in Dresden als eine grobe Indiscretion. Im übrigen besitzt Sachsen in erster Linie das Recht, Abänderungsanträge zu stellen, denn es hätte das Referat in der vorliegenden Frage. Von einer Verzögerung könne keine Rede sein, da die Einbringung der Anträge so beschleunigt worden ist, daß der in Aussicht genommene Beratungstermin eingehalten werden konnte.

Aus dieser Auskunft von zuständiger Seite geht hervor, daß Sachsen in der Tat Abänderungsanträge stellte. Daß diese aber auf eine Verschlechterung hinauslaufen, dafür bürgt der reaktionäre Geist der sächsischen Regierung, das samose sächsische Pluralwahlrecht, das Dreiviertel der Wählerschaft rechtlos macht.

Vielseitig.

Es ist geradezu erstaunlich, wie weit das Auge des Kaisers reicht und mit welcher Fürsorglichkeit er sich selbst um die kleinsten Dinge im Deutschen Reich kümmert, immer bereit einzugreifen, wenn es das Wohl des Volkes erfordert. So hat er zum Beispiel, wie gemeldet wird, jetzt eine Kabinetsorder erlassen, weil er mehrfach beobachtet hat, daß Offiziere im Kasual geraucht haben. Der Kaiser erlöst nämlich darin eine mangelnde Rücksichtnahme auf die Damen und erwartet, daß das Rauchen künftig unterbleibt.

Lobian-Weslau.

Endgültiges amtliches Wahlergebnis. Bei der Reichstagswahl im Bezirk Lobian-Weslau (Königsberg 2) wurden im ganzen abgegeben 17 000 Stimmen. Davon entfielen auf Bürgermeister Wagner-Lobian (Fortf. Sp.) 9825 Stimmen, auf Burhard, Landesrat a. D., Aufsichtlen (Deutschl.) 7184 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Mogelei um das Arbeitskammergesetz.

Die dritte Lesung des Arbeitskammergesetzes soll hinausgeschoben werden und voraussichtlich erst im Februar stattfinden. Es soll nämlich inzwischen versucht werden, in den kritischen Fragen noch eine Einigung herbeizuführen. Die „Einigung“ kann nur in dem Umfange des Zentrums in den beiden streitigen Fragen: Einbeziehung der Eisenbahnen und Wählbarkeit der Arbeitersekretäre, bestehen. Und diese Einigung liegt allerdings im Bereiche der Möglichkeit.

Noch eine Aenderung in Baden?

Man schreibt uns: Die Polizei wehrt in Baden ihre Rufbereitschaft in erhöhtem Maße der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zu. Zu dem ministeriellen Vid-Substanzschub nach den Streikplätzen Pforzheim und Albstadt, wo man eine Verhinderung der Ausgesperrten mit den importierten Arbeitswilligen durch die Polizisten und Gendarmen — in Rastatt sogar durch das Militär — verhindert, kommt nun noch die Ueberwachung sozialdemokratischer Versammlungen auf besondere Veranlassung des Amtmannes. Diese Praxis begann seit einigen Wochen im Amte Bretten, wo der Bauernbund das Hauptfeld seiner Tätigkeit hat. Sowohl dem Landtagsabgeordneten Raier-Seidelberg als dem Genossen Kemmle, jetziger Kreisrat in Mannheim, wurde auf Weisung des Amtmannes ein Regierungsassessor zur Ueberwachung der Volksversammlungen beigegeben, welche die beiden Redner in der Stadt Bretten und im benachbarten Dorfe Stein abhielten. In der Parteipresse verleiht man dem Erscheinen darüber Ausdruck, daß nach mehrjähriger Pause die sozialdemokratischen Versammlungen wieder übermüdet werden. Das geschieht wohl ohne das Einverständnis des Ministers von Rodman, der doch nicht so plötzlich die „große Kulturbewegung“ wieder mit der Polizei zurückhalten will!

Erklärung.

In der Reichstags-Sitzung vom 7. Dezember d. J. sagte der Herr Staatssekretär Delbrück gegen die Zulassung der Arbeitersekretäre als Arbeitskammermitglieder laut Stenogramm: „Wenn nun derselbe Arbeitersekretär, der diese Forderungen draußen in seiner Redierkonferenz formuliert hat, und der sie hier im Reichstag vertritt, in der Arbeitskammer sitzt und gewissermaßen berufen ist, über seine eigenen Anträge, über seine eigenen Formulierungen und Forderungen eine Entscheidung zu treffen, so ist das ungewöhnlich; und selbst wenn er im Laufe der Verhandlungen geneigt sein sollte, sich davon zu überzeugen, daß er in seinen Forderungen etwas zu weit gegangen ist, daß er sich in einem Punkte geirrt hat — das kann ja jedem einmal passieren —, so wird es für ihn nicht immer ganz leicht sein, das offen einzugehen. Mir ist doch manchmal gesagt: Ja, Sie haben ganz recht; aber unsere Leute draußen im Lande! (Abgeordneter Hue: Wer hat das gesagt? Die preussischen Landräte?) — Herr Hue, ich

brauche keine Namen zu nennen; denn Sie glauben es mir auch so! (Große Heiterkeit. — Abgeordneter Hue: Von hier ist es aber keiner gewesen!) Ich habe nicht noch einer bestimmten Seite des Hauses, sondern geradeaus gesprochen. (Erneute Heiterkeit.)

Keine Herren, dieses Beispiel zeigt sehr klar, in wie schwierige Lagen ein Arbeitersekretär kommen kann, wenn er in Fällen, wie den eben von mir erörterten, über seine eigenen Vorschläge und Wünsche in einer Sitzung der Arbeitskammer zu befinden und mit zu beraten hat. Nun werden Sie sagen: Ja, das mag sein, solche Fälle sind denkbar; aber immerhin geht auf diese Weise der wertvolle Rat der Arbeitersekretäre den Arbeitskammern, den Behörden und ihren Verhandlungen verloren! Mit nichten, meine Herren! Wenn ich die Wünsche der Arbeitersekretäre zu hören die Absicht und das Bedürfnis habe, dann brauche ich keine Arbeitskammern einzurichten. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe die Freude, die Herren zu einem großen Teil hier zu sehen (Heiterkeit); ich habe die Freude, sie auch gelegentlich zu mir kommen zu sehen.“

Herr Delbrück versicherte also, ihm sei „manchmal“ von Arbeitervertretern — eine andere Erklärung läßt der Zusammenhang nicht zu — die Wichtigkeit seiner Auffassung zwar bestätigt worden, aber die betr. Personen hätten dies nicht öffentlich zugeben wollen, weil sie mit ihren Leuten „draußen im Lande“ nicht in Konflikt kommen möchten. Mit anderen Worten: Die fraglichen Arbeitervertreter haben in Unterredungen mit Herrn Delbrück gelegentlich zugegeben, was sie „draußen im Lande“ bestreiten.

Daß Herr Delbrück ein solches Doppelspiel beobachtet konnte, bezweifle ich nicht. Aber was für Arbeitervertreter oder Arbeitersekretäre hat er so kennen gelernt?

Einer meiner Fraktionskollegen teilt mir mit, daß ihm der Zentrumsabgeordnete und Arbeitersekretär Veder-Arnberg ziemlich deutlich zu verstehen gab, Herr Delbrück habe mich oder auch mich gemeint! Also wäre ich einer von den „Arbeitervertretern“, die im traulichen Gespräch mit Herrn Delbrück zugegeben haben, unsinnige oder auch mir schwer durchführbare Forderungen „draußen im Lande“ zu vertreten.

Da ich aus vieljähriger Erfahrung weiß, wessen sich unsereins von Herrn Veder und seinesgleichen zu versehen hat, so erkläre ich klipp und klar: Ich war nie bei Herrn Delbrück! Ich habe nie mit Regierungsvertretern trauliche Zwiegespräche über irgendwelche sozialpolitischen oder parteipolitischen Frage gepflogen! Ein einziges Mal folgten mein Freund Sachse und ich einer Einladung des jetzigen Reichsanwalt, Herrn v. Bethmann Hollweg, zu einer Aussprache über das „Schwarze-Risten-System“ in der Bergbau- und Hüttenindustrie; mit und nahmen die Herren Wiesberis und Behrens an der Konferenz teil. Daß wir dabei genau dieselbe Stellung wie zu der Sache in der öffentlichen Reichstagsverhandlung eingenommen haben, dafür ist Herr v. Bethmann Hollweg Zeuge. Ich sehe übrigens keinen Grund, warum ich einer Einladung eines Regierungsvertreters zu einer Aussprache über aktuelle sozialpolitische Fragen nicht folgen sollte; wir verlangen vielmehr von den Herren, daß sie sich nicht nur durch Vertreter der Industriellen informieren lassen.

Als eine schwere Schädigung der Arbeiterinteressen muß ich aber das Verhalten der „Arbeitervertreter“ bezeichnen, deren Doppelspiel Herr Delbrück enthüllte. Daß der Herr Staatssekretär weder mich noch einen meiner Fraktionskollegen bei sich gesehen, er demnach keinen sozialdemokratischen Abgeordneten gemeint hat, das wird, davon bin ich überzeugt, Herr Delbrück gern bestätigen. Ditto Hue.

Der Zentralverband deutscher Industrieller

ersucht uns um Aufnahme folgender Verzichtung: Die in Nr. 200 Ihrer Zeitung vom 11. d. Mts. besprochene „Quedspende“ ist nicht, wie Ihr Artikel unterstellt, als Eröfung für den Herrn Generalsekretär H. A. Sued bestimmt, sondern, wie ich bei der Bekanntgabe ausdrücklich hervorgehoben habe, für die gedeihliche Fortführung der Arbeiten und den Ausbau der Einrichtungen, also für dauernde Zwecke des Zentralverbandes deutscher Industrieller in den Kreisen der deutschen Industrie gesammelt worden.

Der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Industrieller zur Förderung und Wahrung nationaler Arbeit
Röttger,
Landrat a. D.

Frankreich.

Eine miserable Steuer.

Paris, 13. Dezember. Die Regierung beabsichtigt einen Gesetzentwurf zur Regelung der Herstellung und des Verkaufs künstlicher Feuerzeuge und ähnlicher Apparate einzubringen. Diese sollen mit mindestens 2½ Frank das Stück besteuert werden.

Italien.

Bestrafte Polizisten.

Rom, 10. Dezember. (Fig. Ver.) Zwei Polizeibeamte, die am Tage der Arbeitermogelei von Bari den Ordnungsdienst leiteten, sind auf Grund einer Erhebung des Oberinspektors der Polizei strafweise versetzt worden. Auch der Polizeidirektor von Bari, der nach dem Blutige zur Disposition gestellt wurde, ist zur Strafe nach Cagliari (Sardinien) versetzt worden. Es ist die Verdämerung von Cagliari freit, ihre Stadt als Strafkolonie für unlächtige Polizisten betrachtet zu sehen, ist freilich eine andere Frage.

Brasilien.

Die Reuterer.

Paris, 13. Dezember. (B. L. W.) Nach einem bei der hiesigen brasilianischen Gesandtschaft eingegangenen Telegramm aus Rio de Janeiro vom 12. Dezember sind heute 110 Mann der Besatzung des Panzerkreuzers „Sao Paulo“, die am 22. November jenseitig hatten und dann begnadigt, aber vom Marinendienst ausgeschlossen worden waren, nach dem Fort Villegagnon übersetzt worden. Alle anderen Reuterer vom selben Tage werden aus den Geschwaderlisten der Flotte gestrichen werden. Die Mannschaft des Seebataillons, die vorgestern gemutert hatte, wird vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Aus der Partei.

Unsere Toten. Der Parteisekretär für den Bezirk Westliches Westfalen und lippsche Fürstentümer (Sig. Bielefeld) Genosse Heinrich Klingenhagen ist am Sonntag, 11. Dezember, nachmittags 3 Uhr, nach kurzem Krankenlager gestorben. Genosse Klingenhagen war seit frühesten Jugend für die Partei tätig und ist ihr bis wenige Tage vor seinem Tode ein treuer Agitator geblieben. Er war seit der Errichtung des Bezirkssekretariats im Januar 1907 mit dem Posten betraut. Von Berufs-Talarbeiter, hatte er namentlich in den letzten Jahren mit einem Asthmaleiden zu kämpfen, dem er nun erlegen ist.

Bestrebende Kampfmethoden.

Aus Krakau ist uns, wie wohl anderen Parteiredaktionen und namhaften Genossen eine Mitteilung zugegangen, worin vor dem

in Warschau erscheinenden legalen Arbeiterblatt „Miot“ (Der Hammer) gewarnt wird. Die Genossen Bebel, Jaurès und andere, die an das Blatt Sympathieunterschieden geschickt haben, seien das Opfer einer Verführung geworden, denn das genannte Warschauer Wochenblatt sei „ein konterrevolutionäres Blatt“, dessen Unterstützung einer Schädigung der polnischen Parteibewegung gleichkomme. Demgegenüber sei nun festgestellt, daß die Krakauer Einsender sich im Irrtum befinden. Solche Männer, wie Genosse Bebel oder Jaurès sind sicher über den politischen Charakter eines Blattes, dem sie ihre Sympathie aussprechen und über Personen, die an ihm mitarbeiten, ganz genau informiert. Ein Blatt, an dem Karsti, Kosa, Luginburg, der Abgeordnete der Petersburger Arbeiter in der zweiten Duma Mesinski, Rappoport, Oda Olberg händige Mitarbeiter sind, als „konterrevolutionär“ zu denunzieren, ist denn auch ein so grotesker Einfall, daß selbst der größte Unwille über das Bestehen und Gedeihen des Warschauer Marxistenblattes so plumpe Kampfmittel nicht zu entschuldigen vermöge. Sollte mit der Bezeichnung „konterrevolutionär“ etwa angedeutet werden, daß das Warschauer Blatt unter anderem nationalistische Seitenstücke sowie terroristische Abenteuer verurteilt, so stehen ja die meisten Sozialdemokraten in allen Ländern, namentlich aber die deutsche Sozialdemokratie auf dem gleichen Standpunkt.

Ueber den politischen Charakter des besprochenen Blattes in Warschau sprechen übrigens am deutlichsten seine Lebensschicksale. Von April bis Ende Juli erschien das Wochenblatt „Trybuna“, seit Anfang August erscheint das Wochenblatt „Miot“. Ihre Schicksale waren nun nach den von uns eingeholten Informationen folgende:

Die „Trybuna“: Nr. 12 — konfisziert und ein Preßprozeß angehängt, Nr. 14 — 300 Rubel Geldstrafe, Nr. 15 — konfisziert und ein zweiter Preßprozeß angehängt, Nr. 16 — 200 Rubel Geldstrafe, Nr. 17 — konfisziert und ein dritter Preßprozeß angehängt, bei Nr. 18 wurde die Zeitschrift verboten.

Der „Miot“: Nr. 3 — 100 Rubel Geldstrafe, Nr. 7 — konfisziert, Nr. 10 — 100 Rubel Geldstrafe, Nr. 15 — 200 Rubel Geldstrafe, Nr. 16 — konfisziert, Hausungung in der Redaktion und Verhaftung des Redakteurs, Nr. 17 — konfisziert und ein Preßprozeß wegen eines ganzen Anwalts von „Verbrechen“.

Die beiden Arbeiterblätter, die aufeinander folgten, haben also in 35 Wochen fünfmal Geldstrafen von über 1700 Mark, 8 Konfiskationen, 4 Preßprozesse und ein Verbot des ersten Wochenblattes erlebt, während der Redakteur des zweiten gegenwärtig hinter Schloß und Riegel sitzt.

So sieht das „konterrevolutionäre“ Blatt aus. Freilich stehen jetzt Preßverfolgungen in Russland auf der Tagesordnung und die Herrlichkeiten des Kurdes der dritten Duma treiben ja auch so heitere Blüten, daß selbst reaktionäre Blätter Geldstrafen kriegen. Aber daß die Verfolgungen auf ein Wochenblatt so hochgedrückt fallen, namentlich aber Prozesse, daß ein Wochenblatt nach drei Monaten verboten wird oder daß ein Redakteur gar ins Gefängnis geworfen wird, ohne die fakultative Umwandlung der Haft in Geldstrafe, das ist beispiellos bis jetzt in Rußlands-Polen.

Ein Arbeiterblatt, das die proletarischen Interessen und den Marxismus in so schwerem opferreichem Kampfe verteidigt und zur Zielscheibe einer hohlerfüllten Kampagne der gesamten bürgerlichen Presse in Polen geworden ist, verdient wirklich nicht, hinterherum im Ausland als ein „konterrevolutionäres“ Blatt denunziert zu werden.

Aus Industrie und Handel.

Die geplünderten Industriellen.

Die Papierinhaber lassen durch ihre Preßorgane noch fortgesetzt Klageklagen über die Belastung der Industrie anstimmen. Und die hochbezahlten Angestellten der Dividendenschlucker müssen bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten die Sozialversicherung als unerschwingliche Last für die armen Aktionäre in Grund und Boden verdonnern. Und dann werden allerhand Verrechnungen aufgestellt über die Wirkungen der Arbeiterversicherung und der Steuererhebung. Daß alle diese Abgaben zu den Produktionskosten gehören und als solche bei den Preisberechnungen auch eingestellt werden, das unterschlägt man, und sucht den Anschein zu erwecken, als ob die Beiträge zur Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung aus der Tasche der Aktionäre bezahlt würden. Nach solcher Methode kann man auch unterstellen, die Löhne seien ein Geschenk der nicht leistenden, sondern nur schwachenden Dividendeneinnehmer an die Gütererzeuger, die ja in Wirklichkeit die Werke schaffen, die zu einem großen Teile in die Taschen der Aktionäre fließen. Doch mit dem Unsinne der Rationalökonomie vom Schiffe derer, die in der Unternehmerpresse die gekennzeichnete Wissenschaft verzapfen, wollen wir uns nicht weiter beschäftigen, dafür einmal wieder ziffernmäßig nachweisen, daß gerade die Schwereindustrie, die bei der Scharfmacherei gegen die Sozialpolitik die erste Geige spielt, sich des besten Wohlbefindens erfreut. Zwar hat auch sie unter den Wirkungen der Krise gelitten, aber sicher nicht so viel als die Arbeiter, denen die Brot- und Steuerpolitik der Ritter und Heiligen die kleinen Wägen Brot noch verkleinerte und die Fleischmahlung vielfach ganz unmöglich machte. Die nachfolgende Zusammenstellung enthält die Rohgewinne der genannten Gesellschaften nach dem Geschäftsbericht für das Jahr 1909/10 und die Zahl der beschäftigten Personen nach den Werksangaben im Jahrbuch für den Oberbergamtsbezirk Dortmund. Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1908/09 und deuten sich so ziemlich mit den Verhältnissen für das letzte Jahr.

	Aktien.	Rohgew.	Div.	Zahl der Arbeiter
	Mk. M.	M.	Proz.	
Phönix	100	30 145 334	15	33 127
Grüne Hoff. Glätte	30	12 131 669	20	22 304
Buchumer Verein	30	5 420 516	12	11 095
Union	42	5 222 452	8	11 894
Phö.	10,8	8 011 695	18	9 993
St. Stahl	40,0	5 652 629	7	5 233
Sauerbr. St. W.	10,0	1 948 694	8	1 653

Das Hungerjahr 1909/10 hat demnach ganz respectable Dividenden gebracht, trotz der angeblich unehörten und ruinös wirkenden Belastung durch die Sozialversicherung. Die Dividenden, sie machen für die 8 Gesellschaften über 33 Millionen Mark aus, konnten abgestoßen werden, nach Deduktion aller Unkosten und bei reichlichen Rückstellungen und sehr hohen Abschreibungen. Der Rohgewinn macht nicht weniger als 25,5 Prozent des nominellen Aktienkapitals aus. Rechnet man mit rund 100 000 Arbeitern, anstatt der nach obiger Tabelle sich ergebenden 94 591, dann entfällt auf den Kopf immer noch eine Dividende von rund 330 M. und ein Rohgewinn von 685 M. Und da sollen die paar Pfennige Beiträge für die Sozialversicherung die Industrie ruinieren. Die Wunde der Scharfmacherei ist wirklich zu plump und sie beweist, daß man für die inszenierte Hebe gegen die Arbeiterbewegung irgend welche stichhaltigen Gründe nicht angeben kann, da man nicht eingestehen will, daß ziellose Herr- und Profitgier der treibende Faktor ist.

Siemens u. Halske. Nach dem Geschäftsbericht erzielte die Gesellschaft im letzten Jahre einen Gewinn in Höhe von 12 887 711 Mark (12 797 563 M.). Aus dem Reingewinn von 11 504 238 M. (11 429 000 M.) werden wieder 12 Proz. Dividende zur Verteilung vorgeschlagen. — Die Siemens-Schuckert-Werke erhöhen ihren Reingewinn von 10 297 570 M. auf 10 602 451 M. Im Geschäftsbericht wurde betont, daß man bei der Bilanzstellung vorsichtigerweise die Werte sehr niedrig eingeschätzt habe. Trotzdem man nun 12 Proz. verteilen, da rede noch jemand von ungünstigen Verhältnissen, wenn ihn das Schicksal zum — Aktionär gemacht hat.

Gewerkschaftliches.

Sind die Forderungen der Bergleute erfüllbar?

Kugenscheinlich ausgehend von der Geschäftsstelle des Zechenverbandes machen Zeitungsdarsteller die Kunde, die den Nachweis der Unerfüllbarkeit der von den Bergarbeiterverbänden eingereichten Forderungen führen wollen. Gleichzeitig wird von dem satism bekannnten Merikalen Gewerkschaftssekretär Jmbusch im „Tag“ erneut das bereits von der Zentralschwarzzeitschrift kolportierte Märchen aufgetischt, der „sozialdemokratische Verband“ beabsichtige durch einen Bergarbeiterstreik die Aussichten der Sozialdemokratie für die nächsten Reichstagswahlen zu verbessern. Diese Lügenbeutelei ist einfach ein Abklatsch der fimgemäß gleichartigen Anschuldigungen, die von den Vertretern der Grubenbesitzer früher konstant gegen die ultramontanen Bergarbeiterverbände erhoben wurden. Das Organ des Bergarbeiterverbandes stellt überdies in seiner neuesten Nummer fest, daß niemand anderes als der Generalsekretär Effert vom Gewerkschaftlichen Christlichen Bergleute voriges Jahr den Plan entworfen hat, einen lähmenden Schlag gegen die „gesamte Industrie“ zu führen, wenn die Zechenbesitzer nicht nachgäben und diesen Schlag in einer Zeit zu führen, „in der die politischen Wogen hochgingen“. Also ist der Generalsekretär des „Christlichen Gewerkschafts“ der Vater des Gedankens, einen großen Bergarbeiterstreik zu politischen Wahlzwecken zu benutzen. Diese Feststellung ist außerordentlich wertvoll.

Die „Bergarbeiterzeitung“ nennt die Wahlstreikidee des Gewerkschaftsführers „unfinnig“: „Wir lehnen sie ab!“ Auch wir können uns keinen unterrichteten Sozialdemokraten vorstellen, der der Meinung ist, die Wahlausichten unserer Partei könnten durch einen Streik der Bergleute verbessert werden. Unsere Partei lehnt es überhaupt ab, wirtschaftliche Kämpfe mit parteipolitischen Aktionen zu verknüpfen. Die Ideen des christlichen Gewerkschaftsführers sind am nächsten verwandt mit den anarcho-syndikalistischen Generalfreihantastien!

Zudem wirft das offizielle Organ der weitesten stärksten Knappenorganisation, die „Bergarbeiterzeitung“, die Frage auf: Wo steht denn geschrieben, daß jede Lohnbewegung zu einem Streik führen muß?, und gibt die Antwort, es müsse vielmehr auf den Weg zum Abschluß von Tarifverträgen gedrängt werden. Diesen Weg zunächst erschwert zu haben, das ist unftrettig die Schuld der Gewerkschaftsführer, die unter dem Einfluß reaktionärer politischer Kreise sich wieder mal wigern, mit den anderen Verbänden gemeinsame Sache zu machen.

Die Beweisführung der Zechenpresse gegen die Lohnforderung der Bergarbeiter stützt sich auf einige herausgegriffene Ueberschussziffern von Ruhrgruben. Es muß aber demgegenüber betont werden, daß die Arbeiter wesentlich nur zurückfordern, was ihnen infolge starker Lohnabzüge genommen worden ist.

Daß die Bergleute seit 1907 über 120 Millionen Mark Lohnverluste erlitten haben, wird in der Zechenpresse wohlweislich verschwiegen. Die amtlichen Lohnziffern ergeben riesigen Lohnverlust der Bergarbeiter. Daß infolgedessen in vielen Familien eine große Armut eingetreten ist, führt selbst der „christliche“ Gewerkschaftsverein in seiner separaten Eingabe an den Zechenverband an. Er „wünscht“ eine Lohnaufbesserung bis zum Stande von 1907.

Betrachtet man daraufhin die Löhne der eigentlichen Bergleute (Lohnklasse A — etwa 50 Proz. der Gesamtheit), so ergibt sich, daß sie durchschnittlich pro Schicht erhielten im Ruhrgebiet:

4. Quartal 1907	1. Quartal 1910	2. Quartal 1910
6,14 M.	5,29 M.	5,83 M.

Obgleich der Lohn im 2. Quartal dieses Jahres gegen das Vorvierteljahr um 4 Pf. stieg, betrug der Lohnverlust gegen 1907 dann noch immer zwischen 13 und 14 Proz.! Danach würde die Gewährung einer 15prozentigen Lohnzulage das Einkommen der eigentlichen Bergleute nur erst gut 1 Proz. gegen 1907 verbessern. Ein Ausgleich für die inzwischen eingetretenen starken Preissteigerungen der Lebensmittel wäre dann noch immer nicht geschaffen. Da aber gerade die Verbände der Grubenbesitzer energisch für die Beibehaltung der jetzigen Zollpolitik eintreten, so haben sie doch auch die Verpflichtung, ihre Arbeiter gegen die Folgen der nahrungsovertuernden Politik sicher zu stellen. Mehr fordern die Bergarbeiter nicht und das müssen sie fordern im Interesse ihrer Selbsterhaltung.

Die gegen die Arbeiterforderungen angeführten paar Ueberschussziffern sind nicht beweiskräftig. Wenn man von den Kohüberflüssen zunächst riesige Summen für Neubauten, Neuerwerbungen, Rückstellungen und Gratifikationen der verschiedenen Art verbraucht, dann kann man es trotz höherer Ueberschüsse leicht einrichten, daß ein geringerer „Reinüberschuss“ verteilt wird. Die Redenschaftsberichte diverser Zechen- und Dittengesellschaften sind so unbedarftig aufgestellt, daß sich auch Aktionäre beziehungsweise Gewerke in den Generalversammlungen darüber beklagt haben. Darum muß man sich eher an die Notierungen der Kohlenpreise halten, obgleich auch diese den schließlichen Verkaufspreis nicht erkennen lassen — wenn man ein Gesamturteil über die Geschäftsblage der Werke gewinnen will. Nach einer Abhandlung Dr. Gliers im Zechenverbandsorgan „Glückauf“ (Nummer vom 5. 11. 1910) stellte sich der durchschnittliche Tonnenpreis

Oberlohl	Reite	Reite
Gastlohe (Vreslau)	Ruhrlohe (Dortmund)	Förderlohe (Saar)
1880/4 6,2 M.	4,5 M.	6,0 M.
1906/9 12,5 .	10,3 .	11,9 .

Das sind Preisrückführungen bis fast 150 Proz. (Ruhrgebiet). Gewiß sind die Löhne und die sonstigen Selbstkosten gestiegen; kein vernünftiger Mensch wird heute noch so niedrige Kohlenpreise wie die vor 15 oder gar 30 Jahren verlangen. Aber auch die Hochkonjunkturpreise von 1900/01 sind heute zum Teil noch überschritten, insbesondere im Kleinhandel, dem bekanntlich die Preise syndikatsseitig vorgeschrieben sind. Die Nichtpreise des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats für 1910/11 waren so hoch, daß deswegen vornehmlich der Kohlenabfah sehr erschwert worden ist. Sie waren diesjährig trotz starker Lohnreduktionen noch fast ebenso hoch, wie zur Zeit des höchsten Lohnstandes und sind für 1911/12 nur teilweise durchschnittlich um 25 Pf. pro Tonne herabgesetzt, was aber für den mittleren und kleinen Kohlenhandel keine Bedeutung hat. Die Konsumumenten werden die hohen Preise weiter zahlen müssen trotz herabgesetzter Nichtpreise. Auch das berechtigt die Bergleute, mindestens die Erhöhung ihres Einkommens auf den 1907 imgehabten Stand zu fordern.

Ein viel besseres Material zur Beurteilung der Finanzwirtschaft unseres Kohlenbergbaues als ein paar Ueberschuss-

ziffern dieser Zechen bietet eine von dem Statistiker des Bergbauischen Vereins Essen, Herrn Dr. Jüngst, im „Glückauf“ vom 27. August d. J. veröffentlichte Untersuchung über die Rentabilität der Ruhrzechen. Ihre Befitzer hören nicht auf zu klagen über „steigende, unerträgliche Lasten“, die angeblich die Industrie zu Boden drücken. Nach der von Dr. Jüngst aufgemachten Rechnung ist aber seit 40 Jahren die durchschnittliche Rentabilität des Ruhrbergbaues niemals höher gewesen, als nach dem Inkrafttreten der neuesten Sozialgesetzgebung, abgesehen von Ausnahmejahren, die wir noch betrachten werden.

Der Jüngstischen Berechnung unterlagen 74,36 (1873) bis 84,65 Proz. (1889) der Gesamtförderung des Ruhrbeckens. Er zählte die ausgezahlte Dividende bezw. Ausbeute zusammen, brachte die geleistete Zubuße in Abzug und kam zu dem Resultat, daß pro Tonne Förderung als Reingewinn verteilt wurden:

1873/90	0,78 M.
1875/90	0,60 .

Die Senkung rührt her aus der in der Gründerzeit vorgenommenen Verhinderung einer gesunden Industrieentwicklung. 1873 betrug der pro Tonne ausgezahlte Reingewinn 3,88 M., 1874 2,68 M., 1875 nur noch 0,92 M.! Er sank bis zu 0,28 M. im Kleinstjahr 1878. Dafür ist die tolle Gründerwirtschaft verantwortlich, der auch die heute noch bestehende ungesunde Ueberkapitalisierung mancher Werke zu danken ist.

In der Periode 1891/1900 schwankte der Tonnengeinn zwischen 0,49 bis 1,83 M., von 1901 bis 1909 nur zwischen 0,99 bis 1,35 M. Während in den 18 Jahren 1873 bis 90 nur dreimal der Tonnengeinn über 1 M. hinausging, gab es in den folgenden 19 Geschäftsjahren 12 mit einem Tonnengeinn von über 1 M.! Seit 1898 hat nur das Jahr 1909 einen Tonnengeinn von weniger als 1 M., nämlich 0,99 M. Die erhebliche Zunahme der Ueberschüsse gerade seit Inkrafttreten der wichtigsten Sozialgesetze springt förmlich in die Augen. Während der verteilte Tonnengeinn 1875/90 rund 60 Pf. betrug, ist er seit 1898/1909 über eine Mark hinausgegangen! Da sich die Förderung mittlerweile mehr als verdoppelt hat, so kam auch das in einer riesigen Erhöhung der insgesamt verteilten Gewinnsumme zum Ausdruck.

Von einer „erdrückenden Belastung“ des Bergbaues kann also schlechterdings nicht die Rede sein, zumal wenn man bedenkt, daß vor Verteilung des genannten Reingewinns gleichfalls Millionen zum Erweiterung und Verbesserung der Anlagen ausgegeben wurden. Manche Werke haben außerdem noch reichgepflückte Reservefonds zurückgestellt — während die Masse der Arbeiter auch in den besten Lohnjahren dank der Verteuerung der Lebenshaltung sich keinen Reservefonds aufspeichern konnte. Da nun das laufende Jahr durchweg bessere Erträge liefert als das durchaus nicht magere Jahr 1909, so es doch nur zu begreiflich, daß nunmehr die Arbeiter verlangen, auch berücksichtigt zu werden.

Weiße Schichten der Bevölkerung sind an der bergmännischen Lohnbewegung direkt interessiert. Gesezt der Fall, es käme wieder zu einer namhaften Stöckung der Kohlenförderung, wer müßte die Kosten schließlich tragen? Alle Kohlenkonumenten! Die Jüngstische Statistik beweist sonnenklar, daß die Zechenbesitzer es vorzüglich verstehen, den Konsumenten mehr als die Kriegskosten eines Kampfes zwischen Arbeit und Kapital im Bergbau aufzubehalten. 1888 betrug der Tonnengeinn 0,46 M. Im Streikjahr (!) 1889 schnellte er auf 0,88 und 1890 sogar auf 2,04 M. hinauf! 1899 verteilten die Ruhrzechen 1,10 M. pro Tonne Gewinn, 1900 aber, als der Generalstreik der Kohlenräber in Oesterreich tobte, 1,34 und im Jahre darauf 1,35 M., obgleich oder weil die Arbeiterlöhne herabgedrückt wurden. 1904 betrug der Tonnengeinn 1,17 M., im Streikjahr (!) 1905 gleich 1,18 und 1906 sogar 1,29 M.! Die Zechenbesitzer haben also in den Streikjahren und noch mehr in dem Jahre darauf höhere Gewinne verteilen können! Diese außerordentlich wichtige Tatsache sollte die Deffentlichkeit nur ja nicht übersehen. Eben weil die Zechenbesitzer ausweislich ihrer Geschäftsberichte von einem Streikschaden nicht betroffen worden sind, vielmehr in und nach einem Streikjahr ihre Ueberschüsse auf Kosten der Konsumenten erhöhen konnten, deshalb hat die breite Masse des Kohlenkonsumierenden Volkes, deshalb hat auch die Staatsregierung die Pflicht, sich auf die Seite der um die Zurückgabe der Lohnabzüge ersuchenden Bergarbeiter zu stellen. Weshalb sollten sich die Zechenbesitzer nicht in Verhandlungen mit den Arbeitervertretern einlassen können, nachdem dieser Weg zur gütlichen Ordnung der Arbeitsverhältnisse noch unlängst von den Bauunternehmerverbänden und den Metallindustriellen beschritten worden ist?

Berlin und Umgegend.

An die organisierte Arbeiterschaft!

Die unterzeichnete Branchenleitung bringt der Arbeiterschaft sowie auch den Gastwirten Berlin hiermit zur Kenntnis, daß sie für die im Deutschen Transportarbeiterverbande organisierten Aufseher und Mitfahrer aus den Mineralwasser- und Eisfabriken sowie Großdestillationen, Wein- und Bierversandgeschäften eine graue Legitimationskarte herausgegeben hat. Die Einführung dieser Karte ist deshalb erfolgt, weil noch immer ein Teil dieser Aufseher der gewerkschaftlichen und politischen Organisation fernsteht. Wir ersuchen alle Gewerkschafts- und Parteigenossen, falls sie mit diesen Aufsehern in geschäftliche Verührung kommen, dieselben nach der Legitimationskarte zu befragen, eventuell sie auf ihre Organisationspflicht hinzuweisen.

Die Karte trägt die Aufschrift des Verbandes sowie den Namen nebst Mitgliedsnummer des Inhabers. Ebenso muß dieselbe für den laufenden Monat ordnungsmäßig abgestempelt sein. Die Kollegen des Deutschen Transportarbeiterverbandes werden hiermit aufgefordert, am kommenden Zahlabend der Partei die Genossinnen und Genossen von der Einführung der Legitimationskarte noch besonders in Kenntnis zu setzen, damit einer Verbreitung unserer Organisation nach dieser Richtung hin die Bahn frei gemacht werde. Doch die Solidarität!

Mit Parteigruß

Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirk Groß-Berlin.
Die Branchenleitung der Arbeiter und Aufseher.

Deutsches Reich.

Der Streik in der Holzwarenfabrik von Schübe in Finsterwalde ist nach achtwöchiger Dauer für die Arbeiter erfolgreich beendet worden. — Dieser Abbruch ist darum besonders erwähnenswert, weil der Kampf mit ganz besonderer Deffentlichkeit geführt wurde und Fabrikant wie Arbeitswillige Unerhörtes an Provokationen der Streikenden leisteten. Eine größere Anzahl Streikender, die sich durch die Revolver und Schlagringe der „nützlichen Elemente“ bedroht sahen und diese abwehren, haben schon seit längerer Zeit in Unterdrückungshaft; es soll ihnen der Prozeß wegen Landfriedensbruch gemacht werden. Der Erfolg der Lohnbewegung ist ein vollständiger. Die Arbeitszeit wird sofort auf 57 und während der Vertragsperiode auf 54 Stunden verkürzt. Außer dem Ausgleich für Verkürzung der Arbeitszeit werden alle Stundenlöhne um 5 Pf.

Verleibt auf die vierjährige Vertragsperiode — aufgebessert. Ueberstunden werden mit 10 Pf. Aufschlag bezahlt. Uffordarbeiter, bei Lohnarbeit beschäftigt, erhalten den erzielten Durchschnittslohn des letzten Vierteljahres als Lohn bezahlt. Der Mindestlohn für Maschinenarbeiter beträgt 37, für Hilfsarbeiter 30 Pf. pro Stunde.

Die Lohnbewegung der Breslauer Uniformmachersneider endete mit dem Abschluß eines dreifachen Tarifs, der bis 31. März 1914 Gültigkeit hat. Durchwegs erfolgt eine Aufbesserung der Löhne um 10 bis 20 Proz. Beteiligt an der Bewegung waren der Zentralverband der Schneider und der christliche Schneiderverband, die gemeinsam vorgingen.

Gasarbeiterstreik in Zwickau.

Die Arbeiter des Innenbetriebes der Zwickauer Gasanstalt haben die Arbeit eingestellt. Veranlassung hierzu gab die Ablehnung der hauptsächlichsten Forderungen der Arbeiter, besonders der Wiedereinstellung der gemäßigten Lohnkommission, der Abschaffung der 18stündigen Wochenschicht, bessere Behandlung durch die Vorgesetzten sowie Aufbesserung der Grundlöhne. Die Gaswerkdirektion aber war nach dem Grundfah „Teile und herrsche“ verfahren und hatte nur einzelnen älteren Arbeitern Zulagen gewährt, die Mindestlohnsätze aber für Gasarbeiter auf 83 Pf. und für Feuerhausarbeiter auf 89 Pf. belassen. — Vom Magistrat zum Arbeitswilligendienst abkommandierte Bauamtsarbeiter sowie eine Anzahl Bauarbeiter, die private Unternehmer nach dem Gaswerk geschickt hatten, haben sich zu Streikbrecherdiensten nicht hergegeben, sondern sich mit den Streikenden solidarisch erklärt. Bei den Verhandlungen hat der Gasdirektor die gezahlten Grundlöhne ausdrücklich für ausreichend bezeichnet und betont, daß von Nachgeben keine Rede sein könne. Der Streik dauert daher unverändert fort und steht zu erwarten, daß, wenn wie bisher Arbeitswillige sich nicht zum Dienst melden, die Gaswerkdirektion Zugeständnisse machen muß.

Die lieben „Arbeitswilligen“.

In der Kassatter Waggonfabrik streifen seit einigen Wochen die Metallarbeiter. Die Streikbrecheragenturfirma Witwe Müller in Hamburg hat nach dorthin eine Kollektion Arbeitswilliger geschickt. Als ein Meister der Firma von einem dieser Feldten Arbeit verlangte, bekam er zur Antwort: „Wir sind nicht zum Arbeiten gekommen, wir wollen bloß Geld, wir wollen bloß den Streik brechen!“ Genau nach dem Rezept des Hünke.

Ausland.

Der österreichische Gießereiarbeiter-Verband

hatte sich in seiner soeben abgehaltenen Generalversammlung, die zugleich seinen 20jährigen Bestand bezeichneter, wieder mit der Frage des Uebertrittes zum Metallarbeiterverband zu beschäftigen. Der Gießereiarbeiterverband hat 8342 Mitglieder, er hat durch die Krise seit 1908 fast 2000 Mitglieder eingebüßt, waren doch ganze Ortsgruppen arbeitslos! 1907, 1908 und 1909 wurden für Arbeitslosenunterstützung 20 000, 44 000 und 60 000 Kronen ausbezahlt. 1910 aber hat den Verlust schon wieder ziemlich wettgemacht. Die separatistische Bewegung hat dem Verband nicht geschadet. Ueber die Verschmelzung referierte Genosse W a s n e r, der Redakteur des Gießereiarbeiterblattes. Er verwies insbesondere auf den lächerlichen Ausbau der Unternehmerorganisation in der Metallindustrie. (Nebenbei bemerkt: in B u d w e i s, einer der Hauptstätten des nationalen Bourgeois Kampfes, haben sich lehthin die Unternehmer, Deutsche und Tschechen, förmlich verbrüderet...) W a s n e r verwies auf die unerträgliche Notwendigkeit einer Beitragserhöhung bis zu 33 Proz. Auch der tschechische Referent A r e s t a trat überzeugend für die Verschmelzung ein. Verschiedene Delegierte aus tschechischen Gegenden aber warnten bei aller Anerkennung der Notwendigkeit doch vor der Verschmelzung, denn sie fürchteten den Segnern der Zentralorganisation neuen Agitationsstoff geben. Erst müsse mindestens eine sehr gründliche Klärung erfolgen. Und tatsächlich wagte man nicht, aus Furcht vor der Ausnützung alter Branchenvorurteile durch die separatistischen „Sozialisten“, das einmütig für notwendig erklärte zu tun. Man ging auseinander, ohne die Verschmelzung beschlossen zu haben, man trennte sich in der Hoffnung, daß in abetmals zwei Jahren — schon 1908 erteilte der Verbandstag dem Vorstand den Auftrag, die Verschmelzung vorzubereiten — der Bahn gewichen sein wird; der tschechische Separatismus, der jeden Separatismus auf Kosten der Arbeiter förderte. Und das müßte in einer Zeit geschehen, wo die Herspaltung der Lohnkampf der Lithographen ungünstig beeinflusst, wo die langsam wieder eintretende Besserung der Wirtschaftslage die Arbeiter in den Stand setzen sollte, die Arbeits- und Lohnbedingungen dem agrarischen und Wohnungswucher entsprechend abzuändern! Wie lange noch?

Letzte Nachrichten.

Mangelhafte Transportmittel in Frankreich.

Paris, 13. Dezember. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung des Senats tadelte J e n o u b r i e r den mangelhaften Betrieb der Staatsseisenbahnen, der durch die Unverantwortlichkeit der Verwaltung hervorgerufen worden sei. Auf den Reis von Havre blieben zweihunderttausend Ballen Baumwolle liegen. Die Schiffsahrtsgesellschaften liehen ihre Schiffe diesen Hafen gar nicht mehr anlaufen, weil sie dort ihre Ladung nicht los würden. G o m b u r g, B r e m e n und A n t w e r p e n zögen aus dieser Lage Nutzen. In Rouen versauten Tausende von Tonnen Getreide, weil es an Transportmitteln fehle. M e l i n e schloß sich den Ausführungen J e n o u b r i e r s an. Der Bedarf Frankreichs an Baumwolle geht jetzt über Bremen.

Die Entrechtung Finnlands.

Petersburg, 13. Dezember. (W. T. B.) Die Kommission für Gesetzentwürfe hat die Vorlage über die Gleichberechtigung Finnlands und der finnischen Bürger mit den übrigen russischen Untertanen mit einigen Änderungen angenommen, darunter die Gleichberechtigung der Absolventen der Schulen des Reiches und der Finnlands, sowie die Bestrafung für mündliche und schriftliche Aufreizung gegen das neue Geseh. Die Vertreter der Opposition hatten erklärt, die Vorlage sei verfassungswidrig und dann bei der Spezialdebatte die Sitzung verlassen. Ein Vorschlag, die Rechtsbeschränkungen für die Juden in Finnland aufzuheben, wurde abgelehnt.

Die russischen Studenten gegen die Prügelstrafen.

Petersburg, 13. Dezember. (W. T. B.) Eine Versammlung von 3000 Studenten der Universität, die aus Anlaß der Interpellation über die Prügelstrafe in den Gefängnissen einberufen worden war, wurde von der Polizei aufgelöst.

Von der Cholera.

Saloniki, 13. Dezember. (W. T. B.) Seit gestern sind sieben neue Cholerafälle vorgekommen, davon fünf unter den Truppen.

Ruhe in Brasilien.

Rio de Janeiro, 13. Dezember. (W. T. B.) Die Besatzungen der Kreuzer „Mina Geraes“, „Desobro“ und „Bahia“ sind ebenfalls nach dem Fort Billegannon gebracht worden und werden ebenso wie die des „Sao Paulo“ durch neue Mannschaften ersetzt werden. Ueberall herrscht Ruhe.

Reichstag.

100. Sitzung. Dienstag, den 13. Dezember, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann Hollweg, Dr. Delbrück, v. Herting, v. Tschirch, Kracke, v. Lindemann, v. Winterhagen, v. Wilmanns, v. Winterhagen, v. Winterhagen.

Zur Feier der 100. Sitzung ist der Platz des Präsidenten mit einem Blumenstrauß geschmückt.

erste Lesung des Etats

wird fortgesetzt.

Staatssekretär v. Lindquist betont gegenüber dem Abg. Erzberger, daß er immer eine deutsch-nationale Kolonialpolitik getrieben habe und treiben werde. Das werde ihn aber nicht abhalten, die Ausländer in den deutschen Kolonien freundlich zu behandeln.

Abg. Hans Eder Graf zu Putz (L): Die Prophezeiungen, daß durch die Finanzreform die Industrie in ihrer Entwicklung geschädigt werden würde, haben sich nicht bewahrheitet. Die sogenannte „Harmlosigkeit“ der Sozialdemokraten geht deutlich hervor aus der Rede des Herrn Wendel in Frankfurt, die hier auch erwähnt ist. Da wird darüber geklagt, daß wir keine richtige bürgerliche Revolution gehabt haben und das Wesen der Revolution wird so erklärt: „den Junkern den Kopf ab“. Die Sozialdemokraten seien alle Großtaten unserer Geschichte und unserer Romane herab; ebenso ist es in dem Verhältnis mit den Unternehmern. Sie (zu den Sozialdemokraten) wollen ein anderes Wahlrecht, aber nicht ein gesundes Volk und Schulen fürs Volk. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Alles, was wir geschaffen haben, wovon Millionen ihr Brot verdienen, das wollen die Sozialdemokraten vernichten. Wir freuen uns, daß der Reichskanzler zu schärferen gesetzlichen Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie bereit ist. Nichts anderes hat auch Herr v. Heydebrand verlangt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. David (Soz.):

Der Herr Reichskanzler sagte, die frühere unsolide Wirtschaft des Reiches sei durch die Reichsfinanzreform überwunden. (Sehr richtig! rechts.) Da möchte ich fragen: Wer trägt denn die Verantwortung für die frühere unsolide Finanzwirtschaft? Doch die Herren von der Regierung und die Konservativen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wer übrigens glaubt, wir wären aus der Schuldenwirtschaft heraus, muß ein ganz unverständlicher Illusionär sein. Es ist anzuerkennen, daß Herr Wermuth mit einer finanztechnischen Solidität arbeitet, die seinem Vorgänger nicht in dem Maße eigen war. Aber wenn er glaubt, es werde ihm gelingen, den Finanzstau auf den Berg hinauf zu bringen, bis er oben auf gefestigter Plattform liegt, so wird diese Hoffnung, glaube ich, sehr eitel sein. Denn es sind zwei Männer, die sind stärker als er, und die stehen oben, um den Felsblock wieder herunter zu stoßen, das sind seine beiden Nachbarn, der Kriegsminister und der Marineminister. (Große Heiterkeit.) Der preussische Kriegsminister hat schon damit begonnen, die Ausgaben zu steigern, ohne daß für Deckung gesorgt wäre. Es ist ganz ausgeschlossen, und ich wage in dieser Beziehung eine Prophezeiung auszusprechen, die Finanzen des Reiches zur Gesundung zu bringen, so lange man die Sache nicht am anderen Ende anfängt und gründlich da spart, wo allein gespart werden kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) An Kulturaufgaben kann im Reichshaushaltsetat nicht gespart werden. Und wenn man so sparsam wäre, daß man sie alle striche, so würde das den Etat noch nicht zur Gesundung bringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gespart werden kann nur an den Ausgaben für die Rüstungen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung aber geht den entgegengelegten Weg.

Ich hätte doch erwartet, daß von der Regierung in diesen Verhandlungen etwas härter das Echo der Reden der englischen Staatsmänner wiedergelungen wäre, die bis in die letzte Zeit hinein immer wieder die unbedingte Notwendigkeit hervorgehoben haben, daß die europäischen Völker sich über die

Einschränkung der Rüstungen

verständigen, um dadurch Mittel zur Lösung von Kulturaufgaben zu bekommen. So hat der englische Staatskanzler Lloyd George gesagt: Die Ausgaben der zivilisierten Länder der Erde für militärische Zwecke betragen jetzt jährlich rund zehn Milliarden.

Kleines Feuilleton.

Aus Heines Matratzenruft. Eine Vermehrung erfährt unser Wissen um Heine durch die Veröffentlichung neuer Briefe und Aufsätze des Dichters, die der Neffe Heines, Maximilian von Heine-Geldern, aus dem Nachlaß seines Vaters bei Karl Curtius erscheinen läßt. Die Briefe, die zum größten Teil an seinen Bruder Gustav und an seine Mutter gerichtet sind, geben uns Kunde von jener furchtbaren letzten Zeit seines Lebens in Paris, da er, ans Bett gefesselt, den Wecker der Leiden bis zur Keige tören mußte. Erschütternd ist es, was er von seinem Zustand erzählt; imponierend wie er trotzdem noch den Kampf mit allen feindlichen Mächten aufnimmt. „Das Schreiben wird mir sauer“, heißt es in einem Brief an Gustav vom 1. Februar 1846, „denn ich sehe jetzt so schlecht. Lesen kann ich gar nicht, schreiben nur wenig. Ein Auge ist seit einem Jahr ganz geschlossen, das andere sehr matt, und es des Geistes, inklusive den Mund, sind gelähmt. Dabei bin ich lebensmüde gebildet und habe gar keine Lust mich ruhig mit Pflügen treten zu lassen.“ Das Schreiben muß er schließlich fast ganz aufgeben. Mit gelähmten Gliedern liegt er im Bett und ist fast ganz blind: „Du hast keinen Begriff davon, wieviel ich gelitten und noch leide; beständig Krämpfe und Zusammenziehungen, besonders der Beine und des Rückgrats, zusammengekrümmt liege ich auf einer Seite im Bette, ohne mich bewegen zu können, und nur alle 24 Stunden werde ich auf einige Minuten wie ein Kind auf den Sessel gesetzt, während man mir das Bett macht; um die Schmerzen zu betäuben, nehme ich beständig Jufucht zum Opium, auch mein Kopf ist daher sehr dumpfig.“ „Meine Lähmung ergreift auch den Oberteil des Körpers“, klagt er in einem anderen Briefe aus dem Jahre 1850, „und die Krämpfe der Armbänder und des ganzen Gesichts bestärken und ermüden mich außerordentlich. Ich leide wie ein Hund und habe doch das Leben zäh wie eine Kase.“ Schon seit zwei Jahren ist er nicht mehr ins Freie gekommen, sondern liegt auf seiner Matratze in dem trüben Häufwerk der Rue d'Amsterdam, wo über ihm Klavier gespielt wird und unter ihm Teppiche geklopft werden. Erst 1854 zog er nach den Champs Elysées, wo er auf dem Balkon ruhend ins duftige Grün sehen konnte. Leider durfte er aber auch hier nur ein einzigesmal die entzückende Aussicht genießen: selbst den Besuch des Balcons gestattete ihm sein Leiden nicht mehr. Neben den körperlichen Leiden spielen literarische und finanzielle Misere die Hauptrolle in den Briefen des Dichters. In ihm lebt noch der alte Horn und die alte Schärfe; mit um so mehr ingrimmiere Witterkeit empfindet er seinen hilflosen Zustand. „Hätte ich nur meine Beine!“ ruft er des öfteren aus. „Ich sterbe an den Prügelein, die ich nicht austeilen kann.“

Russische Pressefreiheit. Ueber die Lage der russischen Provinzpresse weiß die „Njessy“ allerlei Erbauliches zu berichten. Tolstois

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß, sagte er, müssen auch wir, so lange die anderen Mächte rüsten, unsere Weltstellung um jeden Preis verteidigen, aber erst die Rüstungseinschränkung auf Grund internationaler Verständigung kann uns Sicherheit geben, weil sie sowohl uns wie den fremden Staaten die Macht nimmt, Unrecht zu tun.“ Es wäre wirklich zu wünschen, daß einmal eine solche Erklärung auch von der deutschen Regierung abgegeben würde. Die Erklärung, die uns der Reichskanzler gegeben hat über unverbindliche Beipredigungen mit England, klang ja, wie ich zugeben will, etwas besser als das, was wir aus dem Munde des Fürsten Bismarck zu hören gewohnt waren, aber sie genügt nicht. Deutschland läßt eine Schuld auf sich vor der ganzen zivilisierten Menschheit, wenn es nicht in die dargebotene Hand einschlägt und den ernsthaften Versuch macht, sich zu verständigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Herr Erzberger war gestern außerordentlich stolz auf die Finanzreform und er hat der Sozialdemokratie vorgeworfen, sie sei in ihrem Steuerprogramm insofern unklar und unsicher. Er hat da auf die Erbschaftsteuer verwiesen. Ich verstehe sehr wohl seinen Wunsch, daß auch wir auf dem Sänderfährchen sitzen möchten als Verantwortliche für die Ablehnung der Erbschaftsteuer. Das ist aber nicht möglich. Wenn Herr Erzberger abfolot nicht herauskriegen kann, wie wir zur Erbschaftsteuer stehen, so erinnere ich ihn daran, daß die Sozialdemokraten 1906 für die Einführung der Erbschaftsteuer gestimmt haben und daß wir auch bei der letzten Vorlage für diese Steuer in zweiter Lesung gestimmt haben, während Herr Erzberger gegen alles stimmte und nicht einmal die Ueberschrift bewilligte, so daß es zu keiner dritten Lesung gekommen ist. Ja, Herr Erzberger, dann hätten Sie doch wenigstens für die Ueberschrift stimmen können (Heiterkeit), dann wäre die schwierige dunkle Frage, was die Sozialdemokratie in dritter Lesung getan hätte, klipp und klar beantwortet. (Heiterkeit.)

Herr Erzberger hat uns gefragt: Was wollen Sie denn für eine Steuer? Nun, wir haben eine Skala zur Erbschaftsteuer eingebracht, das weiß doch Herr Erzberger, der ja alles weiß, was im Reichstage vorgegangen ist. (Heiterkeit.) Unsere Skala hätte erkleckliche Summen eingebracht, warum haben Sie nicht dafür gestimmt? Und wir haben Ihnen auch noch andere Steuerentwürfe gebracht, wir haben die

Reichsvermögens- und Reichs-Einkommensteuer

beantragt. (Zuruf im Zentrum.) Gewiß, Sie wollen sie nicht, aber dann können Sie nicht behaupten, daß wir Ihnen nicht gesagt hätten, wo wir die Einnahmen des Reiches herkommen wollen. Ich verstehe ja, daß Sie das Bedürfnis fühlen, sich vor dem deutschen Volke zu rechtfertigen für die Lasten, die Sie ihm auferlegt haben, denn all' Ihr Stolz und Ihre Freude ist nicht echt, Sie haben ein ungeheures Bedürfnis sich reinzuwaschen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das ist auch sehr erklärlich, denn, ob das Werk, was Sie geschaffen haben, gut oder schlecht war, darüber zu urteilen, ist Sache der breiten Schichten des Volkes, die die Suppe, die Sie ihnen eingetrocknet haben, ausessen müssen, und die werden Ihnen sagen, wie ihnen die Suppe schmeckt. Bei jeder Raftwahl haben sie es Ihnen schon gesagt. Draußen wird das Urteil über Ihr Werk gefällt und da fühlen Sie das Bedürfnis, sich zu entschuldigen. Aber das wird Ihnen nicht gelingen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das deutsche Volk fühlt am eigenen Fleische, was Sie für Geissele gemacht haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Erzberger hat sich in einem merkwürdigen logischen Widerspruch bewegt. Er hat zunächst bewiesen, daß die Finanzreform sozial wirke, und dann hat er bewiesen, daß das Kapital keinen Schaden von dieser Steuer habe, daß die Kapitalisten die Steuer abwägen. Ja, diese beiden Beweise freffen sich aber gegenseitig auf. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das letztere richtig ist, und diese Anschauung teile ich auch, wir wissen ja, daß z. B. die Brauereien infolge der Monopolisierung die Steuer abwägen, wo bleibt dann die soziale Wirkung dieser Steuererhebung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Wirkung ist vielmehr gemeinschädigend.

Sie ruiniert die Gesundheit des Volkes,

indem sie die Lebenshaltung der Armen noch mehr belastet als bisher, und daraus entsteht die wachsende Enttäuschung im Lande. (Zustimmung links.)

Der Reichskanzler hat dann gemeint, das Streben der Reichsregierung für das Volk werde nicht erschöpfen und das Volk werde die Reichsversicherungsordnung als ein großes Geschenk von dem jetzt noch lebenden Reichstage bekommen. Aber gerade die Vorgänge in der Reichsversicherungsordnungskommission hatten klar bewiesen, daß wir in der Sozialreform nicht weiter

Loth hat, wie alle bedeutenderen Vorgänge im russischen Leben, für die Provinzpresse eine Reihe von Strafen nach sich gezogen; diese Strafen haben so mancher Zeitung den letzten Stoß versetzt. „Es kam zu einem aruten Anfall im chronischen Verlauf der Krankheit“, schreibt das zitierte Blatt, „einer Krankheit, die dazu berufen erscheint, die unabhängige russische Provinzpresse zu vernichten und die Reptilienblätter erziehen zu lassen, die keine Leser besitzen und auf irgendeine geheimnißvolle Weise existieren. Obgleich jeder Administrator gegen die Provinzpresse in anderer Weise vorgeht, fühlt man einen bestimmten Plan heraus. Wenn man von drei oder vier größeren Städten absieht, kann man sagen, daß die unabhängige russische Provinzpresse systematisch vernichtet und „mit Gefühl“ ruiniert wird. Das alles geschieht unter der Maske der Pressefreiheit. Die Lage der Provinzpresse ist unter Stolypin hundertmal schlimmer geworden, als unter Plehwe mit seiner Präventivjur. Damals durfte ein Provinzblatt nichts gegen einen Gorodnnoi sagen; die Unterschrift eines Zensurs bewahrt es aber in allen allgemeinen Fragen vor Strafe. Jetzt darf man einem Gorodnnoi auch nichts Schlechtes nachsagen, aber es ist jetzt viel ärger geworden. Wenn unter Plehwe ein Blatt sich verging, wurde es einfach unterdrückt. Jetzt hat man das System der hohen Geldstrafen eingeführt, die ebensogut für irgendeine kleine Kolonial wie für die Verhütung wichtiger Fragen der hohen Politik verhängt werden können. Dabei kann einem kein Mensch sagen, was erlaubt und was verboten ist. Jeder Gouverneur und jeder Polizeimeister hat da seinen besonderen Standpunkt, und es läßt sich, genau genommen, jede Zeitung für jeden beliebigen Artikel bestrafen, denn es wird immer jemand geben, dem ein bestimmter Artikel nicht gefällt. Mehrere Polizeimeister haben den Provinzblättern kurzerhand den Abdruck aller Aufsätze erregenden Nachrichten verboten, so daß die Blätter nicht mehr wissen, was sie ihren Lesern eigentlich erzählen sollen.“

Antoine, „der Geister“. Eine mit 100 000 Unterschriften versehene Petition ist der Krüffeler Deputiertenkammer überreicht worden, in der der Antrag gestellt wird, die „Antoine-Verehrung“ für gesetzlich zu erklären. Welches Schicksal nun auch dieser Petition beschieden sein mag, so ist sie doch ein betrübendes Zeichen für die religiöse Verwirrung, die sich um einen merkwürdigen Heiligen, Antoine „den Geister“, in Belgien gebildet hat. Antoine, ein einfacher Vergewerksarbeiter, geriet in die Kreise des Spiritismus, wurde ein ausgezeichnetes Medium und behauptete nun, den Besuch von Geistern zu empfangen. Die Geister haben ihm dann eine neue Religion übermittelt und die Gabe des Heilens zuteil werden lassen. Nachdem er eine große Anhängerzahl um sich gesammelt hatte, erbaute er vor zwei Jahren eine Kirche in Jeuneppe, für die in einer Woche 80 000 M. aufgebracht waren. Hier hat Antoine das Zentrum seiner Wirkamkeit aufgeschlagen und lebt hier mit seiner Anhängerzahl, die immer mehr anwächst. Der „Geister“ nimmt kein Geld für seine Dienste, die er den Kranken erweist, und ist heute noch so arm wie damals,

kommen, weil wir kein Geld haben. Was da herankommt für die Witwen und Waisen, für die Kranken, das ist geradezu

bekühmend für das Deutsche Reich.

(Zuruf rechts: Und wie ist es in anderen Ländern?) Ich habe hier nur zurückgewiesen, daß man dem deutschen Volke hier ein großes Geschenk als Äquivalent anpreist für die ungeheure Steuerlast, die man ihm aufgebürdet hat. Der Reichskanzler hoffe, daß das Gesetz zustande kommt. Dann soll er doch die Herren von der Regierung ernstlich ins Gebet nehmen, denn die haben sich ja geweigert, die Beschlüsse der zweiten Lesung der Kommission anzunehmen. Wenn auch dieses Schicksal an der sozialen Einheitslosigkeit der deutschen leitenden Kreise gerichtet, so wird das deutsche Volk wissen, woran es ist. Der Kanzler hat dann das alte Lied gesungen, wir seien nur neugierig und leisten keine positive Arbeit. Er tut so, als ob er glaube, die Sozialdemokratie habe bei allen sozialen Gesetzen nein gesagt. Dabei war er zuvor Staatssekretär des Innern und hat selbst in einer Reihe von Kommissionen gearbeitet. Er muß also wissen, daß es kein Gesetz von sozialer Bedeutung gibt, bei dem die Sozialdemokratie nicht mitgearbeitet und ständig Verbesserungen beantragt hat. Auch bei der Reichsversicherungsordnung hat die sozialdemokratische Partei die meisten Anträge gestellt, von denen viele auch angenommen sind, die er also unmöglich als unausführbar und phantastisch bezeichnen darf. Beim Arbeitskammergesetz hat der Staatssekretär Delbrück das Zeugnis ausgestellt, daß wir durchaus fruchtbare positive anerkannterwerte Arbeit leisteten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als er von den Arbeitersekretären sprach, sagte er: Sie alle kennen die Tätigkeit der Arbeitersekretäre aus den Parlamenten, insbesondere aus den Kommissionen dieses Hauses. Wir alle wissen, daß sie mit ihrer Sachkunde angenehme und ehrenvolle Mitarbeiter sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Rog Herr Delbrück sich mit Herrn v. Bethmann Hollweg auseinanderlegen. Wir freilich haben es nicht nötig, uns erst auf Herrn Delbrück zu berufen. Unsere Wählererschaft weiß, was unsere positive Arbeit wert ist, und drückt uns ein von Wahl zu Wahl wachsendes Vertrauen aus. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichskanzler erklärte, er wolle mitwirken, die Reichsposition der Sozialdemokratie in den Krankenkassen zu befestigen. Das haben die Scharimacher seit Jahren verlangt. Jetzt ist die Regierung glücklich soweit, den Scharimachern dies auf den Weihnachtstisch zu legen. Aber Sie werden die Verdienste der Sozialdemokratie um die Sozialpolitik und die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse mit allen Ihren Reden nicht aus der Welt bringen.

Sie sind eingeschrieben als ein Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler kann da nicht mit uns in Konkurrenz treten. Seine sozialen Taten wiegen federleicht gegen die Jentner, die wir in die Waagschale zu legen haben. Er will an den bewährten Grundfragen unserer Wirtschaftspolitik festhalten, d. h. an dem agrarischen Hochschulungssystem.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er meint, er ist im Einverständnis dabei mit der Mehrheit des Reichstages. Aber die Mehrheit des Reichstages repräsentiert nicht die Mehrheit des Volkes, und ein Staatsmann sollte Gewicht darauf legen, mit der Mehrheit des Volkes in Uebereinstimmung zu sein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die

Wahl in Luban-Wehlan

ist die schärfste Kritik des schwarzen Blodes. Der Vorredner nahm die Sache ja auf die leichte Schalter und meint, die Wahlen sind mit Geld gemacht. Einen gewissen Druck kann man mit Geld ja ausüben. Aber er läßt sich nicht vergleichen mit dem Druck, den die Konservativen, unterstützt von ihren Landratsämtern und sonstigen Kemptern, auf ihre Wähler ausüben. Wenn trotzdem diesmal der konservative Kandidat unterlegen ist, dann sollten Sie nachzudenken beginnen. Sie sind ja fromme Leute, und ein Sprichwort sagt: Volles Stimmte ist Gottes Stimme. Der Vorredner sagte, die Sozialdemokratie führe den Wahlkampf mit den schärfsten Mitteln. Nun, ich erlaube mir, Ihnen Einseitigkeit in ein konservatives Flugblatt zu geben, um die edle Kampfesweise der Welfen der Nation zu charakterisieren. In diesem offiziellen Flugblatt wird gefragt, wo das Geld zu den Wahlen herkommt. Es heißt dann: „Nun, das nimmt die Sozialdemokratie den Arbeitern ab. Sie nimmt höhere Steuern als der Staat. Hier ist sie noch machtlos. Würde sie Macht gewinnen, so müßte jeder

Notizen.

— Theaterchronik. „Erano von Bergerac“, die seit über 10 Jahren in Berlin nicht gegebene romantische Komödie von Kostand, geht als nächste Neuenitubierung im Friedrich-Wilhelmstädtischen-Schauspielhaus in Szene.

— Beethoven auf der Eisbahn. Es handelt sich hier nicht um die bedeutsame Frage, ob Beethoven Schiffschuh gelaufen hat oder ob er etwa „die unsterbliche Geliebte“ auf der Eisbahn kennen lernte, oder welchen Einfluß der Eisport auf sein Schaffen hatte. Nein, diese Fragen sind ebenso viele noch nicht gelöste Doktoraufgaben. Hier aber wollen wir nur den Gradmesser erreicher Kultur an ein musikalisches Ereignis anlegen, das am Sonntag auf einer Berliner Eisbahn vor sich ging. Bisher konnte man in Berlin Beethoven auch bereits mit Lendenbraten, Eßtem und auch mit Eis serviert genießen. Aber auf Eis noch nicht! Ein neuer Musikal. der Hof- und Kulturhöfepunkt wurde geschaffen, als die königliche Kapelle mit Richard Strauß an der Spitze inmitten der Eisbahn Beethovens 9. Symphonie aufführte. Für des Reiches Ruhm, für Kühnheit und akrobatische III (verschiedene Mitwirkende rutschten aus) sorgte der Sportplatz, für den Rest die königliche Kapelle. Die Konkurrenz wird nicht raufen, bis dies neue Musikprinzip bald weiter ausgebaut wird. Mozart im Schwimmbad (mit Weingartner an der Reine), Verdis Requiem in der Markthalle, die Matthäuspassion als Einlage des Retropalastes sind die nächsten Staffeln. Berlin in der Musikkultur immer vorneweg, und für die Bekleme ist und keine Kunst zu schade — heißt die Geschäftsparole.

— Dat der Nobelpreis Ruhm geküßte? Dieser Tage wurde der Nobelpreis wieder einmal (und zwar zum zehnten Mal) verurteilt. Für die Öffentlichkeit hat die Verteilung kein Interesse, und diesmal erst recht nicht, weil die Preisräder — außer Paul Heyse — nur den Todmännern bekannt sind. Eine schwedische Zeitung hat bei diesem Anlaß endlich einmal die Kundstare aufgeworfen, ob denn der Nobelpreis in Medizin und Naturwissenschaften (in der Literatur hat sie offenbar desgleichen gar nicht erwähnt) von Ruhm gewesen sei. Leider sind nur bisherige Preisräder gefragt worden, und die waren begreiflicherweise der Meinung, daß die Preise anregend gewirkt hätten. Sie setzten aber auch hinzu, daß diese Wirkung um so deutlicher werde, je mehr jüngere Forscher Preise bekämen.

an sie Steuern und zwar nimmt sie von jedem mehrere Mark monatlich. (Schallende Heiterkeit.) Nun weiter, noblesse oblige: von diesem Gelde leben die Parteisekretäre und Agitatoren, und wahrscheinlich ganz angenehm. Das entblödet sich nicht, Männer und entgegenzuwerfen, deren ganze Politik im Zeichen des großen Portemonnaies steht, deren ganze Politik darauf gerichtet ist, die Reichen noch reicher, die Armen noch ärmer zu machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das sind die Freunde des Herrn Abg. v. Gans und Ebdler zu Püttli, und die Herren Klagen über Notheit, Lügen, kulturwidriges Agitieren der Sozialdemokratie. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Hier ist noch ein konservatives Flugblatt, das durch seinen ganzen Stil geradezu ein Bild auf die sozialen Verhältnisse in jenem Kreis wirft. Da heißt es: „Wer sorgt und mäht sich ab, um Euch und Euren Familien das notwendige Stück Brot zu verdienen? — Euer Herr! (Schallende Heiterkeit.) Wer kleidet für Euch, daß Ihr im Alter etwas habt? Nicht der Herr Wagner und nicht der Herr Linde aus Königsberg, sondern Euer Herr! (Erneute Heiterkeit.) Und zum Schluss heißt es: „Eures Herrn Brot ist Euer Brot!“ (Erneute lärmliche Heiterkeit.) Das ist ein Flugblatt, mit welchem die Konservativen glauben, Tausende von Wählern zu gewinnen. Spricht daraus nicht der

Geist des Feudalismus in nacktester Form zu uns! Haben wir nicht ein Stück Mittelalter vor unseren Augen, wo es heißt: Wir sind die Herren, Ihr seid die Knechte. Wenn dann ein sozialdemokratischer Agitator den Arbeitern sagt, sie sollen vergleichen, was sie durch ihre Arbeit gewinnen, mit dem Leben der Herren, und was für ein ungerechtes System es ist, in welchem sie als Knechte behandelt werden, so werden Sie begreifen, daß diese Leute nicht wieder für Sie zu gewinnen sind. Der Ausfall der Wahl in Zabian-Wehlan wie überhaupt die Nachwahlen sind überaus wertvolle Zeichen der Zeit. Sie lauten an den

Zusammenbruch des Fundaments, auf dem Ihre Macht in Preußen beruht.

Sie zeigen, daß die Massen sich der Beeinflussung durch den Terror entziehen. Einzelne wagen ja nicht, gegen den Stachel zu lösen; wenn sie aber sehen, daß Massen gegen ihre Herren marschieren, dann schließen sich Massen an. Wenn diese Massen aufwachen und zum Bewußtsein kommen, dann können Sie (noch recht) einpacken. Ohne diese unaufgeklärten Massen sind Sie nichts. Denn mit Ihrer Intelligenz und Leistungsfähigkeit werden Sie in Preußen-Deutschland keinen Einfluß erlangen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Bethmann Hollweg spricht jedesmal, wenn eine Kundgebung gegen ihn erfolgt, in verächtlichem Ton von der Waffe. Wenn er sich dagegen auf etwas zu seinen Gunsten bezieht, dann spricht er von der Nation. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Welches Recht hat der Reichskanzler, im Namen der Nation zu sprechen?

Die Nation hat ihn nicht an seine Stelle gesetzt, sondern die Person, die er als seinen Herrn bezeichnet. Niemand aber kann zwei Herren dienen. Ist es richtig, daß er die Befehle seines Herrn anerkennt, so kann er sich nicht als Mandatar der Nation hinstellen.

Wenn ein englischer Ministerpräsident im Namen der Nation spricht, so hat er ein Recht dazu, denn die Nation hat ihn mit ihrer Mehrheit ein Mandat dazu gegeben, aber Burenkrate, die von der Gnade oder Ungnade eines Herrn an ihren Platz und wieder wegkommen, haben das Recht nicht. Der Reichstag in seiner Gesamtheit kann im Namen des deutschen Volkes sprechen.

Die Regierung hat dem Parlament zu dienen, weil das Parlament in sich die Mandate der Nation vereinigt. Meint die Regierung, daß die Mehrheit des Parlaments nicht mehr die Mehrheit des Volkes darstellt, dann hat sie das Recht und die Pflicht, das Parlament nach Hause zu schicken und die Nation von neuem zu befragen. Die Masse, das Volk in seiner Gesamtheit kann natürlich nicht selbst die Exekutive sein. Die Masse ist selbstverständlich genötigt, sich repräsentieren zu lassen. Dadurch erscheint eine Auswahl von Intelligenz als Mandatäre der Masse im Parlament. Daß der Reichskanzler über den Parteien steht, glaubt vielleicht außer ihm gewiß kein Mensch. Seine Laten und seine Reden zeigen, daß er ein

Gefangener des schwarzenen Bloks ist, der Ritter und Heiligen.

(Zustimmung links. Lachen rechts und in der Mitte.) Es muß ja den Konservativen wehe tun, es ist ihnen immer noch etwas genannt, Verbündete des Zentrums zu sein, und ebenso dem Reichskanzler, aber (zum Zentrum) das müssen Sie ihm austreiben. (Große Heiterkeit.) Was er ist, soll er auch sein, und wenn Herr Erzberger gekümmert gelacht hat, daß man in der Politik auch feste Beize haben muß: Sie vom Zentrum haben doch auch feste Beize und haben gewiß auch schon

Ihren Preisurteil beim Reichskanzler abgegeben. (Heiterkeit und sehr gut! links.) Wir können Sie nicht schonen, denn Sie ziehen die Religion in den politischen Kampf hinein. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir können Ihnen mit Vergen von Material beweisen, wie Weisliche von der Kanzel herab, im Weichtstuhl agitieren. (Widerstand im Zentrum.) In meinem Wahlkreis hat man auf diese Weise Abonnenten für katholische Blätter gewonnen. Sehr amüsan ist die in den Zentrumsblättern geführte Diskussion, ob das Zentrum eine konfessionelle Partei sei. Natürlich ist davon gar keine Rede. (Heiterkeit links.) Deshalb hat wohl auch Graf Doppersdorf vor wenigen Tagen eine Proklamation geschrieben, worin der Aufnahme des Prof. Spahn in die Zentrumsfraktion damit widersprochen war, weil Spahn Bestrebungen unterfuge, die darauf abzielen, das Zentrum zu entkatholisieren. Wenn man keine konfessionelle Partei ist, wie kann man denn da entkatholisieren werden? (Große Heiterkeit links.) Sie haben wohl auch in dem Preisurteil, den Sie dem Reichskanzler vorgelegt haben, die Aufhebung des Jesuitengesetzes, wofür Sie wahrscheinlich eine Gegenleistung bieten wollen. Sie wissen, daß wir zu jeder Zeit mit Ihnen gegen Ausnahmegeetze für die Katholiken gekämpft haben. Man sollte daher erwarten, daß auch Sie jedes Ausnahmegeetz gegen eine politische Partei, gegen die Sozialdemokratie ablehnen. Nun weiß man ja, daß Sie beim Sozialistengesetz durch

Abstammänderungen für seine Verlängerung gesorgt haben. Nun erscheinen wieder Ausnahmegeetze am Horizont, aber in der langen Rede, in der Herr Erzberger gestern über so vieles gesprochen hat, hat er kein Wort über die Stellungnahme des Zentrums zu den Ankündigungen des Herrn Bethmann Hollweg über Verschärfungen des Strafgesetzes gesprochen. (Hört! hört! links.)

Das Zentrum ist der ausschlaggebende Faktor in diesem Hause. Sollte es so sein, daß Sie bei dieser Sache ein Handelsgeschäft machen wollten: Jesuitengesetz weg, dafür sind wir bereit, die dortigen Wünsche zu erfüllen — so würde das auch dazu beitragen, den letzten freihändlerischen Schimmer, den Sie vielleicht noch bei Leuten haben, die den reaktionären Kern Ihrer Partei nicht kennen, Ihnen zu nehmen. (Lebhafte Zustimmung links.) Herr Erzberger hat erklärt, es sei durchaus unwahr, daß die Zentrumsparthei oder der ihr entsprechende Teil der Kirche irgendwie die Gewissens-, Weistes- und Fortschrittsfreiheit einschränke. Nun, Herr Erzberger hat ja hier dem Kriegsanminister die

Vorteile der geistlichen Exerziten für Rekruten vorgeführt. (Abg. Erzberger: Das geht Sie gar nichts an. Große Ironie links.) Wenn Sie das vortragen, geht das mich an und das ganze Haus. (Sehr wahr! links.) Erst sagen Sie, es sind innerkatholische Angelegenheiten. (Zuruf links.) Wenn es Ihnen paßt. Dann tragen Sie es dem Kriegsanminister vor. Und schließlich sagen Sie anderen Parteien, das geht Sie doch gar nichts an. Nach einer Mitteilung der deutsch-evangelischen Korrespondenz schreibt eine

in Koblenz erscheinende, sich selbst als katholisch-politisch bezeichnende Zeitschrift. (Zurufe aus dem Zentrum.) Das ist Ihnen nicht angenehm, aber ich kann es Ihnen nicht eripieren. (Große Heiterkeit.) In katholischen Kreisen wird häufig Stimmung und Propaganda für Exerziten aller Art gemacht, für Väter, Mütter, Söhne und Töchter, Gastwirte und Handwerker usw. nur von einer Art Exerziten wird nicht gesprochen, die sehr, sehr notwendig wäre, nämlich von

Exerziten für Abgeordnete. (Große Heiterkeit links. Zahlreiche Rufe: Erzberger, Erzberger, Exerziten für Bescheidenheit, Herr Erzberger!) Damit ihnen die Moralgrundzüge, nach denen sie im Parlament zu handeln haben, kargehüllt werden, und Exerziten für Beamte, in denen diese darauf hingewiesen werden, daß sie unter keinen Umständen ungerechte Beziehe durchzuführen dürfen. (Hört! hört! links.) Durch diese Art von Exerziten läme auch sofort der enge Zusammenhang zwischen Politik und Moral ans Licht, und man würde leicht erkennen, daß die Politik katholischer Abgeordneter im Einklang stehen muß mit der katholischen Weltanschauung. Weiter heißt es darin, daß diese Volksvertreter auch die Pflicht haben, für die Rückgabe der der Kirche einmal weggenommenen Güter einzutreten. Und dieses Blatt bringt weiter folgendes Zitat über die Bedeutung der Exerziten aus dem Statut des Ordens Jesu, Rom 1670: „Unter gänzlicher Beseitigung des eigenen Urteils muß der Geist stets bereitgehalten werden, die katholischen Kirchenlehren zu befolgen. Wenn unserem Auge etwas weiß erscheint, was die Kirche als schwarz definiert hat, ist das gleichfalls als schwarz zu erklären.“ (Stürmische Heiterkeit links.) Nach solchen Kostproben für ihren Geist begreife ich, daß sich Herr Bethmann Hollweg geniert, vor dem ganzen Reiche als

Zentrumskanzler dozustehen. Jetzt, wo er zum Doktor der Philosophie ernannt ist, kann doch niemand daran zweifeln, daß er ein Philosoph ist. (Große Heiterkeit.) In seinem Dankschreiben an die Universität Berlin hat er erklärt, daß er sich sehr geehrt fühle und in diesem Sinne eintreten werde (Heiterkeit) für eine starke, freie Kultur. (Hört! hört! links.) Nun soll der Mann mit der Fahne, auf der eine stolze, starke, freie Kultur prangt, geschmäht mit dem philosophischen Doktorhut vor der Zentrumsfraktion herziehen. (Erneute Heiterkeit.)

Um vor aller Welt zu beweisen, daß er nicht abhängig von Heydebrand, Oldenburg und deren Freunden ist, hat der Kanzler hier neulich energisch dem Heydebrand eine Absage erteilt. Man war ja im ersten Moment erst erstaunt, aber nachher rasch wieder geheilt. Ich persönlich bin sehr überzeugt, daß der Vorfall dieser Absage vorher zwischen Heydebrand und dem Reichskanzler vereinbart war. (Schallende Heiterkeit links. Bewegung) und ich schließe das daraus, daß die von dem Reichskanzler nachher gebrauchten Wendungen fast identisch sind mit den Erklärungen des Herrn von Heydebrand auf dem konservativen Parteitag für Pommern zu Stettin wenige Tage vorher abgegeben hat. (Hört! hört! links.) Die Absage war notwendig. Man muß doch das Gesicht wahren, insbesondere dann, wenn man etwas machen will, was man nur schwer vor dem Volke verantworten könnte. Herr v. Heydebrand hat in Stettin gesagt, wir wollen keine Ausnahmegeetze. Was wir wollen, sind nur

Verschärfungen des gemeinen Rechts.

Und Herr v. Bethmann Hollweg sagt: Ich schlage Ihnen keine Ausnahmegeetze vor, was die Regierung ins Auge gefaßt hat, sind nur Verschärfungen des gemeinen Rechts. (Stürm. Hört! hört! links.) Das ist eine verblüffende Selbstgesamtheit. Ich habe mich wirklich gewundert, daß sich die Liberalen täuschen lassen. Man sagt, wir wollen keine Ausnahmegeetze und fährt fort, indem man diese Ausnahmegeetze ankündigt. Kein Mensch mit gesundem Verstande kann in den angekünigten Verschärfungen des gemeinen Rechts etwas anderes als Ausnahmegeetze sehen. Und ich schätze auch die Intelligenz des Reichskanzlers so hoch ein, daß auch er das begreift. Er verlangt Verschärfungen des Strafgesetzes für Aufregung und für Verherrlichung begangener Verbrechen. Wer glaubt, daß solche Strafbestimmungen jemals gegen Freunde der Regierung angewendet werden würden? Aller Welt ist klar, daß diese Herren fortwährend aufwiegel.

Haben Sie nicht in der „Kreuzzeitung“, im „Reichsboten“ zum Staatsstreich aufgewiegelt,

zum Verfassungsbruch? Ist das keine Aufwiegelung zum Verbrechen und verherrlicht man dabei nicht vergangene Staatsverbrechen? Meinen Sie, daß die Strafgesetzwirkungen gegen diese Vergehen gemeint sind? (Lachen links.) Nur wer das glaubt, kann der Meinung sein, daß das keine Ausnahmegeetze gegen die politische Opposition und namentlich die Sozialdemokratie sein sollen. Ist nicht von dieser Stelle aus die Verletzung des Duellparagrafen, also ein Vergehen oder gar Verbrechen zum mindesten nicht verurteilt sondern toleriert worden? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: für notwendig erklärt.) Will man auch die Hochschullehrer treffen, die sich vor aller Welt mit der Pistole bedrohen.

Nein es soll zweierlei Recht geschaffen werden.

Wir haben hier oftmals Fälle von Klassenjustiz vorgeführt. Aber wir haben hier erklärt, daß die Richter sich dessen nicht bewußt sind, sondern daß sie den Dingen fremd sind, und aus einem Milieu stammen, wo sie die Dinge, über die sie zu urteilen haben, verzerrt sehen. Wir haben das psychologisch erklärt. Aber was Sie hier schaffen wollen, ist Sanktionierung der Klassenjustiz.

Sie wollen die Justiz zu einer Dine der jeweiligen politischen Macht herabwürdigen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Weiter verlangt der Reichskanzler Schutz der persönlichen Freiheit und Selbstbestimmung, d. h. auf deutsch ein

Arbeitswilligengesetz, ein Ausnahmegeetz gegen die Arbeiter, die im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und gegen Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingung sich des Mittels der gegenseitigen Verständigung, des Streikpostenstehens usw. bedienen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein nationalliberales Blatt, die „Münchener Neuesten Nachrichten“ vom vorigen Donnerstag, weist mit Recht darauf hin, daß nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Angehörigen jeder anderen Gesellschaftsklasse sich der Mittel des Boykotts usw. bedienen. Dies Blatt weist auch darauf hin, daß unter den Arbeitswilligen mehr und mehr höchst unerfreuliche Elemente hervortreten, die in normalen Zeiten keine Arbeit finden, weil sie wenig leisten oder aber von Ort zu Ort ziehen, weil sie sittlich bemakelt sind. Aus diesen Menschen rekrutieren hauptsächlich gewisse Agenturen ihre Kolonnen von Arbeitswilligen, die sie, natürlich gegen hohe Bezahlung, überall hinschicken, wo ein Streik ausgebrochen ist. Reist ist der Arbeitgeber froh, sie nachher mit guter Manier wieder los zu werden, denn ihm liegt weniger an der Arbeit, als an gewerdmäßigem Streikbruch. Sie sind mit Knippseln ausgerüstet und im

Moabitier Prozeß hat sich auch wieder gezeigt, daß diese Arbeitswilligen mindestens ebenso gehauen haben, wie die Streikenden und zwar nicht nur in der Verteilung, sondern auch im Angriff. Bezeichnend ist auch die Tatsache, daß alle wirklich großen Arbeitskämpfe in Deutschland sich in vollster Ruhe und Ordnung abspielen. Angesichts dieser Zustände will der Reichskanzler entsprechend den Einflüsterern der Scharfmacher mit einem neuen Arbeitswilligen-Gesetz, einer neuen Zuchttaubvorlage kommen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Der Dinkel!) Dafür, daß bei großen Arbeitskämpfen die Sache meist ruhig abläuft, haben wir auch das Zeugnis des Grafen Posadowsky, der am 1. Februar 1905 gelegentlich des großen Bergarbeiterausstandes in Westfalen, als in der scharf-

moderischen Presse auch die Arbeiter wieder bezichtigt wurden, zu Ungehelichkeiten gegriffen zu haben, erklärte: Ich kann nicht umhin, den Arbeitern dort das Anerkenntnis zu erteilen, daß dieser Streik bisher in aller Ruhe und Besonnenheit verlaufen ist. Ich habe aus dem Munde des Herrn preussischen Handelsministers selbst gehört, daß die Behauptung, es hätte ein Ausschreiten gegen Arbeitswillige stattgefunden, entweder vollkommen aus der Luft gegriffen ist, oder daß es sich nur um ganz gewöhnliche Vorgänge handelt, die beim Zusammensein großer Arbeitermassen fast täglich vorkommen, und die man von einer gewissen Presse ausgehört hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber Herr Dued und seine Freunde, Herr Camp, die Vertreter der Schwereindustrie, haben vor wenigen Tagen im Hotel Adlon eine Resolution gefaßt, worin sie die Regierung zu den schärfsten Maßnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen auffordern, und

der Reichskanzler ist der Gefangene dieser Herrschaften.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler bedenkt wohl auch gar nicht, daß ein solches Gesetz nicht nur die freien Gewerkschaften treffen würde, sondern ebenso die Christlichen und Girsch-Dunkerischen. Das wird zur Aufklärung dieser Leute beitragen und sie von der Notwendigkeit überzeugen, daß die Arbeiter auch politische Macht bekommen. Wenn Sie behaupten, es wäre kein Ausnahmegeetz gegen die Arbeiter geplant, so frage ich Sie: Wollen Sie auch diejenigen Arbeitswilligen schämen, die von Arbeitgebern zu Tausenden ausgeperrt werden? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wollen Sie auch die Leute schämen, die auf die

schwarzen Listen gesetzt werden? Wollen Sie etwa auch den Junkerterrorismus dadurch treffen? Das glaube ich kaum. Herr v. Heydebrand hat in Stettin gesagt, man müsse sich schämen gegen den sozialdemokratischen Terrorismus, der die freie Meinungsäußerung auch bei den Wahlen unterdrückt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das sagt ausgerechnet ein Führer der konservativen Partei. Da ist mir ein

vertrauliches Rundschreiben des Vorsitzenden des konservativen Wahlvereins

im Wahlkreis des Herrn v. Heydebrand in die Hand gefallen, in dem vor allem empfohlen wird, den „Preussischer Generalanzeiger“ zu boykottieren. (Hört! hört! links) und worin weiter die Bitte ausgesprochen wird, daß alle Gasthäuser, in denen sozialdemokratische Versammlungen stattfinden, unter keinen Umständen mehr besucht werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Vorsitzende des konservativen Wahlvereins bittet, ihm auch die Namen solcher Gasthäuser mitzuteilen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also wenn Herr v. Heydebrand die Inassen seines eigenen Wahlkreises schämen wollte vor Terrorismus, vor wirtschaftlicher Verdrückung, wenn er ihre freie politische Meinung sicher stellen will, dann sollte er doch einmal mit dem Vorsitzenden dieses konservativen Wahlvereins ein ernstes Wort reden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und weshalb wehren sich denn die Konservativen so sehr dagegen, daß in Preußen die öffentliche Wahl beseitigt wird,

damit es ihnen ermöglicht wird, jeden, der sich in Preußen mißliebige gegen sie macht, der gegen sie stimmt, wirtschaftlich und gesellschaftlich zu boykottieren.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie sind aus Prinzip Terroristen, und da beschwerten Sie sich über die Sozialdemokratie. Wenn Sie glauben, daß von der Sozialdemokratie Terrorismus ausgeht, so sichern Sie doch das Wahlgheimnis in Preußen und im Reiche. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Diefelbe Aufforderung möchte ich auch an das Zentrum richten, die Herren können ja jetzt Verbesserungen stellen, feste Beize. (Heiterkeit.) Ich erinnere Sie an Ihren früheren Antrag auf Sicherung des Wahlgheimnisses, den (heinen Sie ganz vergessen zu haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Nationalliberalen haben einen ähnlichen Antrag früher eingebracht. Sorgen Sie dafür, daß die nächsten Wahlen bereits unter einem geschützten Wahlgheimnis stattfinden. Die Frage ist aktuell, und Sie haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß Ihr Antrag jetzt Gesetz wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Dann verlangte der Reichskanzler beschleunigtes Verfahren bei Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, das ist, kurz gesagt, ein

Standrecht gegen die Arbeiter

bei Vergehen, die im Zusammenhang mit Streiks und Aussperrungen stehen. Ein Standrecht, das natürlich nur gegen Sozialdemokraten zur Anwendung kommen soll und nicht etwa gegen Korpsbrüder des Herrn v. Bethmann Hollweg und des Kaisers, gegen die Bonner Vorposten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dies beschleunigte Verfahren ist dann gerechtfertigt worden durch den Hinweis auf den

Moabitier Kriminalprozeß.

Das beschleunigte Verfahren bedeutet gar nichts anderes, als daß das Urteil, was als fertiges Urteil bei den ersten Nachrichten in der konservativen und sonstigen arbeiterfeindlichen Presse geschöpft wird, möglichst bald vom Gericht gefällt werden soll. Ein solches Urteil wird gebildet auf Grund der

Nachrichten einer feilen Presse,

die im engen Zusammenhange steht mit der Polizei, und die Berichte, die aus Polizeibureaus stammen. Ihren Besern vorsetzt, ohne das zu sagen und damit den Eindruck erweckt, als seien es Berichte objektiver Zuschauer. Im Moabitier Prozeß haben die Verteidiger verlangt, daß die Polizeibeamten vernommen würden darüber, daß von der Polizei Berichte an die Presse gegeben werden. Der Polizeipräsident hat seinen Beamten die Genehmigung zur Aussage hierüber verweigert. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Er weiß warum? Das ist das böse Gewissen!) Die Leser dieser Blätter hätten ja ruhig werden müssen, als das Ereignis mit den vier englischen Journalisten kam. Da mühte doch jeder denkende Mensch, auch wenn er nur aus der Polizeipresse, nur aus dem „Vokal-Anzeiger“ (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) informiert war, sich sagen: wie kann denn so etwas vorkommen. Aber gewisse Leute sind auch dadurch nicht ruhig geworden, und wenn es an sich schon nicht schön ist, wenn man blindlings solchen tendenziösen Mitteilungen glaubt, so ist es noch viel schlimmer, wenn man den Anspruch erhebt, als Staatsmann ernst genommen zu werden und trotzdem heute noch, nachdem die Verichte über die Verhandlungen wochenlang ins Land gegangen sind, an denselben Vorsetzungen haftet, wie sie durch die von der Polizei beeinflussten Presse hervorgerufen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber noch viel schlimmer ist es, wenn dieser Mann als oberster Beamter des Reiches und als preussischer Ministerpräsident hier ein

fertiges Urteil

abgibt in einem Prozeß, der noch draußen in Moabit seinen Gang nimmt. Der Reichskanzler hat sich damit entschuldigt, mein Fraktionskollege Scheidemann habe ihn dazu gezwungen. Das ist nicht ernst zu nehmen, denn mein Freund Scheidemann hat nur mit wenigen Bemerkungen die Ausschlichtungsversuche zurückgewiesen, die von konservativen Rednern beim Arbeitskammergeetz betrieben wurden. Darauß will der Reichskanzler das Recht ableiten,

als oberster Vorgesetzter der Staatsanwaltschaft ein Urteil abzugeben, bevor das Gericht gesprochen hat.

Das ist ein ganz unerhörtes Vorgehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will ihm nicht darin folgen, indem ich auch ein fertiges Urteil abgebe über Schuld oder Nichtschuld der dort Angeklagten. Aber ich muß zurückweisen, was er im Zusammenhang gegen die sozialdemokratische Partei gesagt hat. Als Philosoph ist er natürlich theoretisch immer gründlich und hat

und denn auch mehrere Theorien vorgeführt, die die Sozialdemokratie aufgestellt habe. Zuerst die

Jahngeltheorie.

Er meinte, wenn es wirklich Jahngel gewesen wäre, dann trügen wir die Schuld, denn wir hätten die Macht, den Jahngel im Zaum zu halten. Aber unser Einfluss auf die preussische, speziell die Berliner Polizei ist außerordentlich gering, da überschätzt uns der Reichskanzler, wir haben uns gar nicht getraut, Herrn v. Jagow Vorstellungen zu machen.

Vizepräsident Schulz: Herr Abgeordneter, Sie wollen die Polizei in Berlin als Jahngel bezeichnen! (Lautes Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

(Der Reichskanzler erscheint im Saal.)

Sie haben gesagt: Sie haben keinen Einfluss auf die preussische Polizei, nachdem Sie gesagt haben, Sie haben keinen Einfluss auf den Jahngel. (Erneutes Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. David (fortfahrend): Sie haben mich vollkommen mißverstanden. Mein Gedankengang war: der Herr Reichskanzler hat uns verantwortlich gemacht für etwas, was der Jahngel tut. Daraus erwiderte ich: das ist die falsche Stelle, wir haben keinen Einfluss auf den Jahngel, Macht über ihn besitzt die Polizei, Herr v. Jagow, wir aber sind nicht in der Lage, auf die Maßnahmen der Polizei durch Vorstellungen hinzuwirken.

Vizepräsident Schulz: Danach haben Sie die Polizei allerdings nicht mit Jahngel bezeichnet. Aber nach Ihren Worten muß ich es annehmen. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. David: Das hat mir vollkommen fern gelegen, das Stenogramm wird das auch völlig klar ergeben. Also ich fahre fort: die Polizei hat die Macht, den Jahngel im Zaume zu halten. Der Jahngel ist der Vordenker in Großstädten wie Berlin, die Schuld an seinem Verhalten tragen nicht wir, sondern er ist ein Produkt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zum Teil werden diese Leute durch erbliche Veranlagung, zum Teil durch schwere Schicksalsschläge usw. dazu. Diesen Jahngel lehnen wir ab, den behalten Sie gefälligst an Ihren Hochschulen, die sie die moralische Verantwortung für diese Gesellschaftsordnung haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens befinden sich unter diesem Jahngel auch manche Persönlichkeiten, die wenn sie nicht als arme Teufel, sondern als Söhne reicher Eltern auf die Welt gekommen wären und viel leicht ins Corps Borussia eingetreten wären, dort eine ganz hervorragende Rolle spielen würden, denn dort wird ja die Tüchtigkeit im Nebensachen und Sausen als hohe Tugend angesehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Also diese Jahngeltheorie weisen wir ab. Auch glauben wir nicht, daß die Leute, die in Moabit auf der Anlagelände sitzen, zum Jahngel gehören. Solche Menschen wissen sich meist in Sicherheit zu bringen, die kriegt die Polizei gewöhnlich nicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Dann sagt der Herr Reichskanzler, ist die Sozialdemokratie gekommen mit der

Provokationstheorie

und hat behauptet, die Unruhen seien angezettelt von Lockspiegeln der Polizei. Ob es in Moabit der Fall gewesen ist, darüber will ich nicht urteilen, aber wenn unsere Presse, wenn Leute, die das politische Leben kennen, auf den Gedanken kommen, daß bei solchen Vorgängen von Lockspiegeln geschürt, aus einem kleinen Feuerchen ein großes Feuer angeblasen wird, so sind diese Leute dazu auf Grund der gemachten Erfahrungen berechtigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ist es doch in einem Gerichts-urteil festgestellt, daß

bei den letzten Demonstrationen Polizeispiegel mitmarschiert

und die Menge durch Aufse: Nieder mit Wälz! hoch das allgemeine Wahlrecht! aufgezogen haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In dem Urteil heißt es: „Für die Wahrheit dieser Behauptung sei manches beigebracht, nur konnte ein schlüssiger Beweis nicht erbracht werden, zumal der Polizeipräsident den Kriminalbeamten die Genehmigung zur Aussage versagt hat.“ (Sehr! Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und ganz dasselbe hat ein zweites Berliner Gericht am 16. April 1908 in bezug auf zwei Kriminalbeamte festgestellt. Also Herr v. Bethmann möge sich mit diesen Instanzen auseinandersetzen, wenn er sich wundert, daß heute bei solchen Vorkommnissen der Verdacht entsteht, daß wieder der Lockspiegel mit an der Arbeit ist. Der Reichskanzler hat dann ein fertiges Urteil abgegeben über das

Verhalten der Polizei in Moabit,

die ihre Pflicht erfüllt hätte. Hat der Herr Reichskanzler denn die Berichte über die Zeugenaussagen in diesem Prozeß in Blättern gelesen, die die Zeugenaussagen von beiden Seiten bringen? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nur im „Lokal-Anzeiger“.) Hat er gelesen, daß zahlreiche Zeugen bekundet haben, daß die Polizei, ohne sichtbare Veranlassung, auf Personen, die harmlos auf der Straße gingen,

mit dem Sädel eingeschlagen,

hat er gelesen, daß z. B. ein alter Mann an solchen Verlehnungen durch die Polizei gequält ist, der auf die Straße gegangen war aus Sorge um sein Kind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Redner verliest die bekannten Aussagen des Mechanikers Frost, des zweiten Vorsitzenden des besagten Verbandes, und des künftigen Reichsanwalts Dr. Edmund Vallien. Wie steht der Herr Reichskanzler da, wenn sich diese Aussagen bestätigen. Wenn er sagt, die Polizei hat ihre Pflicht erfüllt, so heißt das, alle diese Zeugenaussagen sind unwahr. Dadurch haben Sie, Herr Reichskanzler, ein Urteil abgegeben, wozu das Gericht berechtigt sein mag, wozu Sie aber, der Sie nicht dem Gericht angehören, nicht berechtigt sind. Es bedeutet das einen

unberechtigten Eingriff in die Justiz,

der um so schwerer wiegt, als er von dem obersten Beamten Preußens und des Reiches geschehen ist, der berufen ist, das Recht zu schützen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In welche Lage der Reichskanzler das Gericht durch seine Ausherrschung heringebracht hat, hat er dabei sicher nicht gedacht. Und nun der Hauptgrund. Der Reichskanzler sagt, zum wenigsten sei die Sozialdemokratie moralisch schuldig an den Moabiter Vorgängen, die arbeite ja darauf hin, die Menschen in eine solche Aufregung hineinzubringen. Herr Reichskanzler, wenn Sie die Vorgänge der Arbeiterbewegung in anderen Ländern und in Deutschland verfolgen, so kann Ihnen die Tatsache nicht entgehen, daß in Deutschland, wo die Sozialdemokratie am stärksten ist, sich die Vorkämpfe verhältnismäßig am ruhigsten abspielen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Selbst in England und erst recht in Frankreich, in Spanien, Amerika usw. nehmen diese Kämpfe sehr oft einen viel wilderen Charakter an. Auch das Zeugnis des Grafen Potjomski, was ich schon anführte, ist ein weiterer Beleg dafür.

Wie kommt es denn, daß in Deutschland diese schweren Kämpfe sich in geordneter Form abspielen? Nach der Theorie des Reichskanzlers müßte hier bei der starken Sozialdemokratie das Gegenteil der Fall sein.

Es ist aber gerade den großen Organisationen in der Gewerkschaft und der Sozialdemokratie zu danken.

Auch in Moabit hätte es so sein können. Die Sache ging mit einem Kampf bei der Firma Kupfer um ein paar Pfennige Lohnherhöhung an, von 13 auf 50 Pfennige. Schuld daran

sind die Agrarville, in deren Folge man heute für 50 Pfennige nicht mehr so leben kann, wie früher für 43 Pf. Der Verband bot sich der Firma als Vermittler an, und als die Firma das zurückwies, wurde die Vermittlung des Oberbürgermeisters und eines Gewerberichters angeboten. Auch diesen Vorschlag lehnte die Firma ab. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie ist eine

Fisiale des Stinneskonzerns,

der die Arbeiterorganisationen nicht anerkennen will, und dann kamen die Ereignisse. Nun überlegen Sie doch einmal, wer Moabit gemocht haben kann, wenn diese Ereignisse ein gesundes Pressen waren. Wer konnte wohl auf den Gedanken gekommen sein, aus diesem Feuerchen ein großes Feuer anzublasen und politische Geschäfte damit zu machen. Der Gedanke liegt nicht fern.

Der schwarze Block konnte ein solches Geschäftchen brauchen.

(Unruhe rechts.) Die Presse der Rechten und die Zentrums- presse hat sich der Sache denn auch liebedeul angenommen, so daß man gleich sah, daß sie glaubte, jetzt könne sie den

Poganz für die nächsten Wahlen

herausstellen. Dies war das Stichwort für die Sammlungspolitik. Seht die Sozialdemokraten, die machen die Probe auf die Revolution. Sie wollten einen politischen Tendenzprozess haben, und haben ihn als solchen entriert. Anfangs war die Anklage nicht auf das politische Moment gestellt. Das kam erst nachher. Wer war der Urheber der Idee?

Nachdem ich den Reichskanzler gehört habe, glaube ich, daß er nicht allzu weit von dem Posten des obersten Reichsbeamten zu suchen ist.

(Der Reichskanzler lacht. Die Rechte lacht.) Diese Spekulation ist gründlich daneben geraten. Das gesunde Pressen wird ihnen Tag für Tag aus dem Rachen herausgeschoben, den Sie schon geöffnet hatten und nun wird Ihre Presse wild wie ein Hund, dem man den Knochen nimmt, den er schon hatte. (Lebhaftes Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Märchen, die Sozialdemokratie hatte den Aufstand organisiert, ist schon abgetan, daran glaubt schon niemand mehr. Nun soll sie wenigstens moralisch verantwortlich gemacht werden. Als die Schlacht für den schwarzen Block verloren war, da kommt der Reichskanzler spornstreichs von der Hofjagd daher gesagt (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), um zu retten. Während noch die Klagen über eine Reihe von Polizeibeamten ertönen, sind

Ordnungsverleihungen

an sie erfolgt. Wer der höchsten Stelle diesen Rat gegeben hat, hat ihr sehr unglücklich geraten. Die Richter setzen sich in die Zwangslage verlegt, die Defektorien eventuell zu beurteilen, und damit auch die Stelle, die die Orden verteilt hat. Als Monarchisten sollten sie sich vor solchen Vorkommnissen hüten. Entweder hat der Reichskanzler die Berichte über den Prozeß nicht gelesen und war nicht informiert — das ist noch der mildere Fall (Lachen rechts, auch der Kanzler lacht) — Sie lachen, aber dieses Lachen wird kein Echo bei Ihren Wählern finden. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es wäre jetzt Pflicht des Kanzlers, alles zu tun, um die üblen Folgen seines Eingreifens auszugleichen, soweit er das noch kann. Es kommt hierbei nicht nur der Staatsmann in Frage, sondern auch der Mensch. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die auch den Charakter des in Frage kommenden Mannes angeht. Es ist auch eine Frage der persönlichen Ehre. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dann hat der Kanzler gemeint, er muß Aufklärung geben über das, was die Sozialdemokratie will. Herr Kanzler, da stehen Sie sehr spät auf. (Heiterkeit.) Das ist seit 40 Jahren immer und immer wieder geschehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der Zukunftsstaatsdebatte gaben die Herren Söder, Wagem, Richter solche Aufklärung, und wir haben die Protokolle über die Verhandlungen damals zusammengefaßt und in Hunderttausenden Exemplaren zum Preise von 10 Pf. herausgegeben. So sehr haben wir die Aufklärung zu fürchten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dann kam Fürst Bülow und stürzte auch das Volk auf. Er hat alles gesagt, was Sie gesagt haben. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aber viel besser. Heiterkeit.) Gewiß, er wußte es besser zu inszenieren, er wußte besser für den Chorus zu sorgen. Wähler haben wir auch bei der letzten Wahl nicht verloren. Und nun kommt der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und sagt, jetzt will ich einmal aufklären, und das Vorgesandene der Sozialdemokratie aufzeigen. Daß die Sozialdemokratie einen gewalttätigen Umsturz nicht herbeiführen will, ist von hervorragenden Führern immer betont. Es ist hier die Wendel-Professur angeführt worden, und im Anschluß an sie will man unsere Taktik als eine Kopfabhad-Taktik hinstellen. Diese Taktik haben gerade Ihre Vorgänger befolgt. Daß Ihre Vorgänger 1789 die 30 000 Aristokratenköpfe abgeschlagen haben, konnte, wie Sie selbst sagte, nur geschehen, weil seiner Bildungsstufe entsprechend das Volkergut glaubte, wenn es den Personen die Köpfe abschlagen, müßten die Dinge sich ändern. Hätte man sozial ungestaltete Maßregeln nicht ergriffen, so wäre die Revolution nicht zum Siege gelangt, auch wenn 300 000 Köpfe abgeschlagen wären. Umgekehrt aber wären die Dinge auch gekommen, wenn sie auch nicht einen einzigen Kopf abgeschlagen hätten. Das ist eben der Unterschied zwischen uns und Ihren Vorfahren. Wir wissen, daß der Schwerpunkt nicht in den Personen, sondern in den Dingen liegt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wollen Sie wissen, wo die Leute mit der Kopfmethode sitzen, so verweise ich Sie auf den Nachruf, den das Söderische „Volk“ seinerzeit dem Freiherrn v. Hammerstein widmete. Und vor wenigen Wochen, am 2. November, erinnerte ein Major a. D. in der „Kreuzzeitung“ rühmend daran, daß Luther dem Umsturz gegenüber die Barockaufgabe, jetzt hauen, jetzt stehen. Auch Herr v. Oldenburg sagte in Halle vor den Studenten, wenn der gordische Knoten fertig ist, wird ein Alexander ihn durchhauen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Und weiter sprach er davon, daß es zum Klappen kommen und Blut fließen müsse. An diese Adresse also, Herr Kanzler, wenden Sie sich mit Ihren Mahnungen.

Wir haben den Taktik der Gewalt stets abgelehnt.

Wir haben den in der Gewalt stehenden jederzeit den gangbaren Weg gezeigt. Wir haben stets erklärt, wir wollten Reformen, und werden den Versuch machen, auf dem Wege der organischen Begegnung unser Ziel zu erringen. Und wir haben auch im Laufe der Jahre Ihnen eine ganze Reihe von Gesetzesvorschlägen unterbreitet. Ihre Kopfabtheorie wird uns keinen Abbruch tun.

Kann denn in Deutschland die Republik nicht auch auf gesetzlichem Wege eingeführt werden?

Die Bedingung der Zustimmung der beteiligten Instanzen schießt das nicht aus. (Zuruf rechts: Das ist doch unglücklich!) Geben Sie nicht dem Kaiser und den Bundesfürsten das Recht, die Verfassung auch in diesem Sinne zu ändern? (Heiterkeit links.) Wir haben in Deutschland selbst Republik, und niemandem ist verboten, sich zu dieser Staatsform zu bekennen und sie für die bessere zu halten. Gerade während Herr Erzberger gestern hier sprach, erschien in dem Stuttgarter Zentrumsorgan „Deutsches Volksblatt“ ein Artikel, worin bemerkt wird, daß man ein sehr guter Bürger des Deutschen Reiches und zugleich Republikaner sein kann. (Er. Heiterkeit links.) Wie das Beispiel der Hansfährte zeige. Ich wünte auch meinen Zitatensack öffnen und nachweisen, wie viele katholische Geistliche sich für die Republik ausgesprochen haben.

Wo haben wir uns jemals, wie Erzberger behauptet, für den gewalttätigen Umsturz der Monarchie ausgesprochen?

(Bewegung! Verlegenes Schweigen im Zentrum. Erzberger ruft: Wie wollen Sie es denn erreichen!) Wenn Sie den Beweis nicht

erbringen können, dann seien Sie so ehrlich und nehmen Sie die Behauptung zurück. (Lachen im Zentrum.) Der Reichskanzler meinte, eine Verhöhnung sei nur möglich, wenn sich die Sozialdemokratie zur Monarchie bekenne. (Reichskanzler v. Bethmann Hollweg: Ich habe nur Herrn Wasserfall zitiert.) Umgekehrt muß gefahren werden. Die Monarchie muß sich nicht etwa zur Sozialdemokratie, wohl aber zur sozialen Demokratie bekennen. Das ist die Voraussetzung. (Sehr gut! links. Lachen rechts.) Wie man das zu machen hat? Umgekehrt, wie die Monarchie es bisher gemacht hat. (Bewegung.) Die Monarchie hat sich bis jetzt bei allen sozialen Begegnungen am stärksten beeindrucken lassen von den Vätern des Kapitalismus. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, zitiere ich nur folgende Notiz des früheren Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe aus seinen Aufzeichnungen, die sich auf die Zeit bezieht, wo die preussischen Konservativen die Kanalvorlage bekämpften: „Mit der Kanalvorlage sieht es schlecht aus. Wir haben zwar etwas erreicht. Aber das hindert nicht, daß das Kompromiß zwischen Zentrum und Nationalliberalen, wodurch das Zentrum bestimmt werden soll, für den Mittellandkanal eintreten, nachdem das Kommunalabgabengesetz erledigt ist, ins Wasser fällt.“

Der Kaiser will nun nicht auflösen, weil ihm mehr an dem Zuchthausgesetz als an den Kanälen liegt und zu dem Zuchthausgesetz braucht er die Konservativen im Reichstag.

Ich würde vorziehen, wenn er auflöste. Wenn aber der Kaiser kein liberales Ministerium zusammenstellt, dann hat die Auflösung keinen Zweck.“ Also der frühere Reichskanzler und persönliche Freund des Kaisers, Fürst Hohenlohe bezeugt, daß der Kaiser größeren Wert auf das Zustandekommen des Zuchthausgesetzes als der Kanalvorlage legt.

(Stürmisches Hört! hört! links. Bewegung.) Wenn also die Monarchie wissen will, was zu tun ist, dann muß sie es nur umgekehrt machen wie seither, sie muß zur sozialen Demokratie kommen. (Zuruf rechts: Rezept Raumann.) Einmal muß sie gründlich soziale Reformen treiben, nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern mit ihr. (Verlegenes Lachen im Zentrum.) Gründliche Sozialpolitik kann man nur treiben, wenn man die Sozialdemokratie und ihre Massen hinter sich hat, die stark genug sind, um den Widerstand zu brechen, den Kapitalisten und Junkerbiener jeder gründlichen Sozialpolitik entgegenzusetzen. Graf Sojadowich ist darüber gestürzt, daß er Ihnen zu viel Sozialpolitik gemacht hat. Wenn der Reichskanzler glaubt, er könne gründliche Sozialpolitik gegen die Sozialdemokratie machen, dann irt er sich, das ist Unsin, denn die Widerstände des großen Geldbads sind so kräftig, daß kein Monarch ihnen trotzen kann, es sei denn, daß er sich stützen könnte auf die breiten Massen des Volkes. Das haben wir öfter gesagt. In der Zukunftsstaatsdebatte hat Liebknecht erklärt, daß auf diese Weise es möglich sei, ohne schwere blutige Katastrophen und Schritt für Schritt eine friedliche Umgestaltung zu erreichen und am 4. April 1905 hat sich Vebel im Reichstage ähnlich ausgesprochen. Die zweite Grundforderung hierfür ist die Demokratie, die politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger in Gemeinde, Staat und Reich. Das parlamentarische Regime ist kein Zukunftsbild. Wollen Sie doch nur nach England! Das ist auch die einzige Möglichkeit, der Monarchie das Leben zu verlängern, soweit es zu verlängern ist. (Lachen rechts und in der Mitte.) Inwieweit das ist der einzige Weg, der Monarchie das Leben auch in Deutschland zu verlängern — als Kinderbettsmonarchie, die nur getragen wird von einer Klasse, einer Minderheit, kann nicht von Dauer sein. Sie kann nur bestehen mit dem Vertrauen der großen Mehrheit.

Wollen Sie die Monarchie erhalten, dann machen Sie es nicht so wie in Portugal. Dort ist die Sache zusammengebrochen, weil der portugiesische Oldenburg (Stürmisches Heiterkeit), der Joao Franco, den gordischen Knoten durchhauen wollte. Die Monarchie mußte es da büßen, daß sie sich geküßt hatte in den Mantel der Mitter und in die Kratten der Mönche. (Sehr gut! links.) Das gibt ja auch der „Reichsbote“ vom 18. November 1910 zu. Da sitzen die Wittkandigen. (Der Redner weist auf das Zentrum. Stürmisches Heiterkeit.)

Wäre in Spanien das terroristische Regiment des Maura, des spanischen Oldenburg geblieben, wäre der König weiter das Werkzeug der Mitter und Heiligen geblieben, des spanischen schwarzen Blocks, es wäre ihm wahrscheinlich unter der Einwirkung der Dinge im Nachbarstaate die Krone vom Kopfe gefallen. Spanien rettete sich, indem es das Bündnis mit den Mittern und Heiligen aufgab und einen frühlichen Krieg gegen den Militarismus begann.

Da haben Sie den Weg.

Denken Sie einmal darüber nach: Wenn es in Deutschland Republikaner gibt, deren Zahl von Jahr zu Jahr zunimmt, so ist das weniger der Effekt der sozialdemokratischen Auffklärung, als der Politik die Sie in Preußen Deutschland treiben. (Sehr richtig! links.) Sie schaffen Republikaner zu Tausenden und Abertausenden und Ihr Reichskanzler hilft Ihnen dabei, ohne daß er es weiß.

Der konservative Redner hat sich darüber beschwert, daß preussische Angelegenheiten hier herangezogen werden. Aber die Stellung Preußens im Reiche ist so, daß preussische Angelegenheiten eben deutsche Angelegenheiten sind. Wenn Sie den Herrn von Bethmann Hollweg mitten durchschlagen, dann fällt die eine Hälfte nach Preußen, die andere nach Deutschland. (Stürmisches Heiterkeit. Ein Ruf: Lang genug ist er! ruft erneut schallende Heiterkeit hervor.) Die konservativen rechnen sich die Schule als Verdienst an. (Sehr richtig! bei den Konservativen.) Wollen Sie doch die Schulen nach unseren Entwürfen im Landtage aus. Geben Sie auch den jugendlichen Arbeitern die Möglichkeit, sich besser unterrichten zu lassen. Aber Sie stimmen ja alle unsere Anträge mitleidlos nieder, und dann sind Sie so naiv sich hier als die Schulfrunde auszugeben. Wir beanspruchen allerdings, daß wir von jeder der Verbindung der Arbeiterbewegung mit der Wissenschaft, mit den Arbeitern des Kopfes als notwendig zusammengehörig angesehen haben seit Vosska. Und wie hat der konservative Professor Hans Delbrück (Zuruf rechts: konservativ? Eibinger Konservatismus) anerkannt, daß die Sozialdemokratie aus eigener Kraft den Aufschwung, den Sie in der Zeit der Aufklärung und Kultur unternahm (Oh! Oh! Geschrei rechts und im Zentrum), zurückgeschlagen hat. Er sagt da, Kunst, Wissenschaft und Bildung haben sich in Deutschland unter die Herrschaft der Sozialdemokratie fügen müssen. Jeder Gedanke, der mit Scharmacherei der Sozialdemokratie schaden will, muß schwinden. Wir sind so weit, daß wir diese Partei gar nicht mehr entbehren können. (Hört! hört! links.) Ich glaube zwar, daß das Wort Vebels, daß die Hohenlohen nicht bekehrbar sind, sehr wahr ist. Und es scheint dies auch für die anderen Hochgestellten zu gelten.

So muß es eben beim Kriege bleiben.

Denn wir haben die Pflicht, den Krieg zu führen, wenn man Sozialpolitik gegen den Willen der Mehrheit macht. Ja, wir wollen die Eroberung des preussischen Volkes, aber nicht mit Strafkraft, mit blutigen Revolutionen und mit „Kopf ab“. Wir wollen nicht wieder ein Regiment gegen die Mehrheit des Volkes einrichten, das wir als ein aufgeklärtes Volk wünscheln, nicht mit den Waffen kämpfen, die Sie gegen uns führen, mit Ausnahmegeboten usw. Aber daß die jungen Leute, die später zum Militär einrücken, mit sozialdemokratischen Gedankengängen erfüllt werden, das sollen sie freiwillig, das werden sie und müssen sie, das können Sie aber nicht verhindern. Gegen unsere geistigen Waffen werden Ihre Maschinen

Gerichts-Zeitung.

Ein Strafmandat anstatt Entschuldigung.

Der Schneidermeister Wieland in Rixdorf hatte sich bei der Polizei beschwert, weil seine beiden Söhne in der Nacht zum 1. Oktober von Schulheuten belästigt und verfolgt wurden. Die beiden kamen von einer Geburtstagsfeier; gemeinsam mit anderen jungen Leuten gingen sie um 1 Uhr nachts durch die Wessertstraße, als sie von Schulheuten beobachtet und verfolgt wurden, angeblich, weil sie ruhstörnden Lärm verübten. Schließlich wurde ein Teilnehmer verhaftet. Die Schulheute sollen dabei blank gezogen und die jungen Leute in Schreien versetzt haben. Auf die Beschwerde, die Meister Wieland erhob, kam als Antwort für jeden Sohn ein Strafmandat in der Höhe von 8 Mark wegen groben Unfugs. Auf die beantragte gerichtliche Entscheidung wurde die Angelegenheit von dem Schöffengericht in Rixdorf gestern verhandelt. Die Beschäftigten, drei Schulheute und ein Leutnant, konnten keinerlei Belastungsmaterial gegen die Brüder Wieland vorbringen. Durch die Beschwerde des Vaters hatte die Polizei erst erfahren, daß die beiden sich in der Gesellschaft befanden, die Lärm verübte haben sollte. Das Gericht hob die Strafverfügungen auf, lehnte aber den Antrag ab, die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen, da immerhin gewisse Verdachtsmomente vorhanden seien, daß die beiden jungen Leute gemeinsam mit den anderen ein Einschreiten der Polizei veranlaßt haben.

Witterungsübericht vom 13. Dezember 1910. morgens 8 Uhr.

Stationen	Baromet. hohes mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in C.	Stationen	Baromet. hohes mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in C.
Strombe	759	SE	3	bedekt	2	Hannover	768	SE	bedekt
Damburg	756	SE	4	bedekt	7	Petersburg	764	D	2 Schneec
Berlin	759	SE	1	bedekt	3	Stettin	765	SE	7 wolfig
Frankfurt	758	ND	1	Dunst	5	Bremen	740	SE	3 wolfig
München	764	SE	1	heiter	1	Wien	754	SE	3 wolkenl
Wien	763	SE	1	wolfig	4				

Wetterprognose für Mittwoch, den 14. Dezember 1910. Mild und ziemlich heiter, zeitweise neblig bei ziemlich lebhaften südlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 12. 12. 1910	am 11. 12. 1910	Wasserstand	am 12. 12. 1910	am 11. 12. 1910
Remel, Mühl	313 ¹⁾	+34	Saale, Großsch	140	0
Bregel, Ankerburg	5 ¹⁾	+30	Havel, Spandau	92	+10
Weißel, Thora	50 ¹⁾	+10	Kathenow	125	-1
Ober, Rathor	247	-15	Spree, Spremberg	116	0
Kroffen	206	0	Beetzow	161	+2
Frankfurt	222	-6	Seer, Rindow	-12	-3
Barthe, Sarnum	66	+14	Rindow	59	-5
Landenberg	30	-3	Rein, Maximilians	422	-2
Nege, Boddamm	24	0	Stad	265	-4
Elbe, Zeimern	173	-1	Stin	300	-13
Dresden	74	-2	Redar, Heilbronn	115	+5
Barba	327	+9	Rain, Berthum	208	-3
Magdeburg	288	+6	Roßel, Trier	182	-23

¹⁾ + bedeutet Sturz. - Rosl. - ²⁾ Unterbeel. - ³⁾ Eisstand. - ⁴⁾ Oberhalb der Angerapp-Brücke. - ⁵⁾ Eisreifen.

gewehre und Ausnahmegeetze nicht andrücken. An dem festen Glauben an unser gutes Recht werden alle Ihre Machinationen zu schanden werden. Wenn Sie uns Gewaltmännchen heißen, so wird ein Blick in unsere Literatur die Leute aufklären, und jene Verse, die bei jedem Arbeiterfest gelungen werden: Nicht mit dem Rißzug der Barbaren, mit Flint und Säbel, kämpfen wir! Versuchen Sie es mit dem Regime der scharfen Waffen gegen Wahrheit und Recht, und Sie werden sehen, wer zuletzt Oberhand behält. Bismarck war wohl aus anderem Holze geschnitten als der gegenwärtige Reichskanzler. (Schallende Heiterkeit.) Bismarck versuchte es, die Sozialdemokratie mit Ausnahmegeetzen und durch die Staatsanwälte niederzuschlagen, zu einer Zeit, wo die Sozialdemokratie noch ein Zwerg war, und der Effekt war, daß nach zwölf Jahren Ausnahmegeetze die Sozialdemokratie die doppelte Wählerzahl hatte und rasch zur stärksten Partei wurde. Und nun meinen Sie, daß Ihr Alexander (Schallende Heiterkeit) jetzt das gegen den Meilen Sozialdemokratie vermag, was Bismarck dem Zwerge Sozialdemokratie gegenüber nicht gelang; daß der die vier Millionen Wähler wieder gewinnen, vernichten und als politische Partei lahmlegen kann? Wir kämpfen gegen diese Ausnahmegeetze. Auf rechts: Es sind ja keine! Derartige Wendungen sollten Sie sich schenken. Sie glauben doch selbst nicht daran. — Versuchen Sie es damit, die Geschichte wird nachher zeigen, wer Recht gehabt hat.

Die Sozialdemokratie ist unbezwingbar

weil sie die Ausföhrung ist der mächtigen Naturgewalt, die in den breiten Schichten stets und stark nach oben streben. Dieses unbezwingbare Hinaufstreben nach dem Licht, nach voller Anteilnahme an der Kultur, dieses Hinaufdrängen des Volkes zu gleichberechtigten Mitgliedern der sozialen Gemeinschaft ist die gewaltige Kraft, die in der sozialdemokratischen Bewegung wirkt. Darüber sind wir Ihnen allen mit Ihrem Terrorismus und Ihren Gewalttätigkeiten, Ihren Verleumdungen überlegen! Diese Macht könnte nur vernichtet werden um den Preis der Vernichtung der deutschen Nation und der deutschen Kultur! (Die Junker fallen hier wieder mit dem Gelächter ein, das sie sich für jede Wiederholung des Wortes Kultur durch einen sozialdemokratischen Redner zurechtgelegt haben.) Jawohl der deutschen Kultur. Denn darum handelt es sich. Worum wir jetzt kämpfen, ist nicht eine Parteifrage im engeren Sinne, es handelt sich um die große Schicksalsfrage des gesamten Volkes. Darum, ob das deutsche Volk auf so hoher wirtschaftlicher und geistiger Kulturstufe den anachronistischen Zustand ertragen kann, diese rücksichtslos politischen Verhältnisse, daß eine Minderheit, die in keiner Weise den Anspruch erheben darf, an der Spitze der geistigen und wirtschaftlichen Dinge zu marschieren, der Mehrheit des Volkes noch länger in den Weg tritt. Es handelt sich darum, diese Minderheit zum Weichen zu bringen, die Politik treiben will für ihre eigenen Vorteile, während auf der anderen Seite das Interesse der großen Mehrheit der gesamten Nation steht.

So steht die Frage. Und diese Frage wird das deutsche Volk lösen, darauf können Sie sich verlassen, wird es so lösen, wie es seiner Entwicklung entspricht, und Sie werden dann dabei untergeordneter Faktor sein, der Sie Ihrer Zahl und Leistungsfähigkeit nach sein lassen. Denn auch Ihnen wollen wir ja die Gleichberechtigung nicht wegnehmen. Wir wollen keine Ausnahmegeetze gegen Sie und Sie werden dann selbst einsehen, daß das das Beste ist.

Und darum kämpfen wir in dem Bewußtsein des Sieges, mit uns das Volk, mit uns der Sieg! (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten, Zischen rechts.)

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Ich will nur zu einem Punkte der Ausführungen des Abg. David sprechen. Er hat sich mit meiner Erwiderung auf die Rede des Abg. Scheidemann beschäftigt. Die Sozialdemokraten meinen

noch nicht etwa, daß sie sich ein Vorrecht zur Besprechung der Roabiter Dinge in Anspruch nehmen können. (Beifall rechts.) Nachdem von sozialdemokratischer Seite nicht etwa nur der Verdacht ausgesprochen worden ist, die Roabiter Strafwälle seien durch Polizeispitzel hervorgerufen worden — so verjuchte es Abg. David eben darzustellen —, sondern nachdem sie ausdrücklich erklärt haben, die Roabiter Prozeßverhandlung habe bisher festgestellt, die Unruhen seien zu neun Zehnteln auf das Konto der Polizei und der Arbeitswilligen zu schieben, nachdem dies behauptet worden ist, war ich nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet (Lebhafter Bravo! rechts), die Polizei gegen derartige Angriffe in Schutz zu nehmen. Das hat mit dem schwebenden gerichtlichen Verfahren gar nichts zu tun.

Den Vorwurf der Prozeßbeeinflussung, den Sie mir machen, zurückzuweisen, verbietet mir die Achtung vor der Unabhängigkeit des Gerichts. Im übrigen ist es ganz gleichgültig, ob die in Roabit Angeklagten verurteilt oder freigesprochen werden. Die moralische Mitschuld der Sozialdemokratie an den Roabiter Vorgängen steht fest. (Zosender Beifall rechts. Stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Zurufe links: Lüge! Pfui! Pfui! Rufe rechts! Unverschämte Vurschen! Glode des Prääsidenten.)

Vizepräsident Schulz: Ich rufe den Abgeordneten Kunert zur Ordnung. (Weiter andauernde starke Unruhe.) Ich rufe den Herrn zur Ordnung, der das Wort Freiheit gerufen hat. (Abg. Zubeil [Soz.]: Ich war das.) Ihrem Redner ist drei Stunden ruhig zugehört worden; ich verlange von Ihnen dasselbe gegenüber dem höchsten Beamten des Reiches. (Rufe rechts: Unreife Vurschen.)

Reichskanzler von Bethmann Hollweg (fortfahrend): Die Schuld der Sozialdemokratie hängt nicht von dem Roabiter Gerichtsurteil ab, vielmehr richtet darüber die Öffentlichkeit, und sie hat es bereits getan, und ihr Urteil steht so fest und sicher, daß es weder durch dialektische Kunstfertigkeiten, noch durch Zeugenansagen über polizeiliche Mißgriffe einzelner Beamten gegenüber Unschuldigen und auch nicht durch die Zwischenrufe, die Sie mir eben an den Kopf geworfen haben, erschüttert werden kann. (Zobender, ostentativer Beifall rechts und im Zentrum, große Erregung und lebhafter Zurufe bei den Sozialdemokraten. Abg. Ledebour: Vollkommen beweistose Behauptungen! und schamlos!)

Vizepräsident Schulz: Herr Abg. Ledebour, ich rufe Sie wegen des Ausdrucks Schamlosigkeit zur Ordnung. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Recht hat er!)

Abg. Schröder (Sp.): (In der großen Unruhe und Bewegung des Hauses geben die ersten Ausfü. ungen des Redners verloren.) Wenn der Reichskanzler die Sozialdemokratie stark machen will, sind das beste Mittel Ausnahmegeetze. Wie gut sind die Ausnahmegeetze dem Zentrum früher bekommen. (Sehr wahr! links.) Ob Sie besondere Ausnahmegeetze beschließen oder Verschärfung der bestehenden Gesetze ist gleich. Einer so großen, so gut organisierten Partei mit so intelligenten Vertretern wie der Sozialdemokratie, kommen Sie mit Ausnahmegeetzen nicht bei.

Das ist eine große geistige Bewegung,

die man nur auf geistigem Gebiete durch eine vernünftige Politik bekämpfen kann. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.) Die Arbeiter werden am ehesten von der Sozialdemokratie zurückkommen, wenn sie sehen, daß auch andere Parteien sich wirklich ihrer Interessen annehmen. — Redner geht des weiteren auf die Engherz gegen den Modernismus ein.

Abg. Graf Wielzinski (Pole) kündigt ein näheres Eingehen auf das Verhalten der Justizbehörden gegenüber den Polen in den östlichen Provinzen für die zweite Lesung des Justizgesetzes an.

Abg. Hilpert (bayr. Bauernbund) bleibt auf der Tribüne unbeständig.



Weihnachts-Tage

Billige Angebote für Fest-Geschenke!

<p>No. 1 Herren-Anzüge Cheviot m. farbigen Effekten, in grau, braun, olive. . . Mk. 27.-</p> <p>No. 2 Herren-Anzüge Kammgarn und Cheviot, Ersatz für Maß . . . Mk. 50.-</p> <p>No. 3 Herren-Ulster Masur Cheviot in angewebtem Futter, braun, grau, l-u. ll reihig. Mk. 30.-</p> <p>No. 4 Herren-Ulster Echt englisch, Direktor Import. l-u. ll reihig. Lederknöpfe. Mk. 50.-</p> <p>No. 5 Herren-Hosen Dunkel gestr. Kammgarn-Arten. Sehr halbar . . . Mk. 6.-</p> <p>No. 6 Herren-Hosen Berühmte Marke „Kern und Kraft“. Amülich gepflegt . . . Mk. 8.-</p> <p>No. 7 Herren-Joppen Derb. Loden Durchweg warm gefüttert . . . Mk. 12.-</p> <p>No. 8 Herren-Joppen Unverwundlicher Kern-Loden. Durchweg warm gefüttert. Mk. 18.-</p>	<p>No. 9 Schlafrocke weicher Velourstoff mit verschiedenen Besätzen . . . Mk. 12.50</p> <p>No. 10 Schlafrocke kerniger Velourstoff mit angewebtem Futter Mk. 21.-</p> <p>No. 11 Morgenjoppen glatter Velourstoff mit Tuchbesatz Mk. 12.-</p> <p>No. 12 Morgenjoppen pelma Velourstoffe mit Verschönerungen Mk. 18.-</p> <p>No. 13 Samt-Jackette dunkelbraun Velvet, mit Borte eingefalt Mk. 30.-</p> <p>No. 14 Loden-Pelerinen für Herren u. Damen, derber Strichboden . . . Mk. 15.-, 12.-, .</p> <p>No. 15 Loden-Pelerinen für Knaben u. Mädchen, Mk. 11.-, 10.-, 9.-, 8.-, 7.-, 6.-, .</p> <p>No. 16 Pikee-Westen besonders schöne Muster Mk. 2.00 und</p>	<p>No. 17 Geh-Pelze Feiner Berag. Seal-Elektrio-Kragen. Astrachanfutter . . . Mk. 115</p> <p>No. 18 Pelz-Joppen Derber Loden mit Kattunseitenfutter Mk. 27.-</p> <p>No. 19 Knaben-Anzüge Kammgarn, Manchester in Blau.-u. Norfolk-Fass., f. 3-8 Jahre Mk. 6.60</p> <p>No. 20 Knaben-Pyjacks Blau Aermel mit Abzeichen Durchw. warm gefüttert. Für 3-8 Jahre Mk. 4.25</p> <p>No. 21 Norfolk-Anzüge Neueste Muster u. Fassons. Gestreift u. kariert. Or. 7, Mk. 9.50</p> <p>No. 22 Jünglings-Ulster Kleidams Formen. l.u. ll reihig. Nouveautés von Mk. 12.-</p> <p>No. 23 Wäsche-Kragen Prima ffach. 12 Formen. Ausnahmepreis, 6 Stück Mk. 1.75</p> <p>No. 24 Englische Haar-Hüte Neueste Formen. Partierware Mk. 2.65</p>
--	--	---

Krawatten, Oberhemden, Serviteurs, Manschetten, Hosenträger, Kragenschoner, Handschuhe, Pelzartikel etc.

Wäsche, Hüte, werden in unserem Geschäftshause Große Frankfurter Straße 20 noch nicht geführt.

BaerSohn

Kleider-Werke

Chausseestraße 29-30 □□ 11 Brückenstraße 11

Gr. Frankfurter Straße 20 □□ Schöneberg, Hauptstr. 10

Sonntag bis 8 Uhr abends geöffnet

Der Haupt-Katalog Nr. 41 und der Spezial-Pelz-Katalog Nr. 40 kostenlos und portofrei

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Moabiter Vorgänge vor Gericht.

Fünfundzwanzigster Tag.

Die Erörterung des allgemeinen Teils der Anklage wird gestern fortgesetzt. Den Fall der

Mißhandlung eines Mannes mit einem Stetfuß

Durch einen Polizeileutnant bestätigt die Zeugin Frau Koa, die in einer vorhergehenden Sitzung gemachten Angaben ihres Mannes: Der Krüppel mit dem Stetfuß lag am Boden, da kam ein Polizeileutnant und schlug auch mit dem Degen auf den Mann ein. Dieser kroch unter einen Wagen und der Polizeileutnant stach mit dem Degen unter den Wagen. Die Zeugin rief ihrem Manne zu: „Herr Gott, es sieht ja so aus, als wenn er den Mann noch klopft.“ — Frau Koa hat den Vorgang von Anfang an beobachtet: Der Mann mit dem Stetfuß wurde von Schulheuten niedergeschlagen. Dann kam der Leutnant, schlug den am Boden liegenden Krüppel auch noch. Dieser kroch unter den Wagen, da stach der Leutnant mit dem Degen unter den Wagen. — Der Zeuge Maurer Wederth stellt den Vorgang ebenso dar, nur weicht er infolgedessen von den Vorzügen ab, daß er sagt, der Leutnant schlug den Mann, als er auf dem Boden lag und als er unter den Wagen kroch. In diesem Augenblick wandte der Zeuge seine Aufmerksamkeit anderen Vorgängen zu. Er sah dann den Leutnant erst wieder, als dieser sich entfernte. Gleichzeitig sah er, daß ein Schuhmann unter den Wagen nach. Ueber das, was dem Niederliegenden Krüppel vorherging, sagt der Zeuge: Die Schulheute machten eine Attacke auf eine Menge von Schuljungen und halbwüchsigen Burschen, welche gepöbelt und gejoßt hatten. — Andere Zeugen geben an, daß sie bestimmt gesehen haben, wie der Leutnant unter den Wagen nach. — Journalist Steinberg, Herausgeber einer Zeitungs-Korrespondenz, stellt den Vorgang mit dem Krüppel genau so dar wie Polizeileutnant Folte: Ein Schuhmann wollte den Mann unter dem Wagen hervorholen und suchte mit dem Säbel unter dem Wagen herum. Da kam Leutnant Folte und zog den Schuhmann zurück.

Zu diesem Falle werden noch mehrere Zeugen, darunter auch einige Schulheute, vernommen. Es ergibt sich ein gewisser Widerspruch in den Aussagen, besonders dadurch, daß ein Schuhmann mit Bestimmtheit sagt, der Mann kroch „mit affenartiger Geschwindigkeit“ unter den Wagen, er kann also wohl kein Krüppel gewesen sein. Dieser Mann war es, den ein Schuhmann unter dem Wagen herausziehen wollte, aber vom Polizeileutnant Folte aber zurückgehalten wurde. Diese Widersprüche in den Zeugenaussagen lassen darauf schließen, daß es sich um zwei Fälle handelt, wo jemand vor dem Polizeisäbel unter einem Wagen Schutz suchte.

Ueber die

polizeiliche Räumung des Lokals von Krüger,

Sidingenstr. 10, geben mehrere Zeugen folgende Darstellung: Am 26. September abends waren etwa 8—10 Gäste im Lokal. Es war drinnen so ruhig, als wenn niemand da wäre. Da stürzten etwa 10 Schulheute mit blanken Säbeln in das Lokal und warfen die Gäste hinaus. Vor dem Lokal standen andere Schulheute, welche die Hinausgeworfenen mit dem Säbel schlugen. Ein Mann, der von einem reitenden Schuhmann geschlagen wurde, schrie so laut auf, daß es straßenweit zu hören war. Von den Leuten, die durch die Schulheute aus dem Lokal getrieben wurden, ist niemand verhaftet worden, obgleich etwa 60 Schulheute in unmittelbarer Nähe waren. Die Zeugen schließen daraus, daß die Gäste des Lokals nichts Strafbares getan haben. — Polizeileutnant Folte gibt im Gegensatz zu diesen Zeugen an: Aus dem Krügerischen und dem gegenüberliegenden Lokal wurde mit Klätern auf die draußen stehenden Schulheute geworfen. Deshalb wurde das Krügerische Lokal geräumt und die Schließung angeordnet. Das gegenüberliegende Lokal wurde indessen durch den Wirt selbst geschlossen. Daß aus dem Lokal nach den Schulheuten geworfen wurde, hat Polizeileutnant Folte nicht gesehen. Eine Zivilperson hat es ihm gesagt. Diese Zivilperson ist, wie sich später herausstellte, der Journalist Steinberg.

Einen der zu diesem Fall vernommenen Zeugen fragt Rechtsanwalt Rosenfeld, ob es wahr sei, daß in der ersten Klasse der Gemeindeschule, welche die Tochter des Zeugen besucht, Aufsätze über die Moabiter Unruhen angefertigt und diejenigen Arbeiten zurückgewiesen wurden, in denen die Polizei belästigt erschien. Der Vorsitzende lehnt die Frage ab, weil die Schulaufsätze nichts zu tun hätten mit den Handlungen der Angeklagten. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Aber es dient zur Beurteilung der Glaubwürdigkeit des Zeugen Schröder, der hier vernommen wurde. Rechtsanwalt Heine: Und ist auch von Bedeutung dafür, wie die öffentliche Meinung beeinflusst wurde. Vorsitzender: Auch das geht uns nichts an.

Einem Zeugen, der gesagt hatte, die von den Schulheuten attackierten Gäste des Lokals seien unschuldig, legt der Erste Staatsanwalt die Frage vor, ob der Zeuge wisse, was die Leute vor dem Eindringen der Polizei gemacht haben. — Der Zeuge antwortet, es sei doch niemand festgenommen worden, also müßten doch alle unschuldig sein. Rechtsanwalt Heine weist darauf hin, daß eine Festnahme von etwa Schuljungen leicht möglich gewesen wäre, weil doch 60 Schulheute zur Stelle waren. Nebenbei habe doch die Polizei kein Festigungsrecht gegenüber Personen, unter denen sie den Verdacht einer strafbaren Handlung vermute. — Hier greift der Vorsitzende ein mit der im energischen Ton gesprochenen Bemerkung: Ich dulde jetzt nicht mehr, daß Ausführungen gemacht werden. Nur Fragen dürfen gestellt werden. — Rechtsanwalt Heine: Die Frage des Ersten Staatsanwalts machte meine Bemerkung notwendig. — Polizeileutnant Folte gibt noch an, von den Gästen des Krügerischen Lokals sei deshalb niemand festgenommen, weil derjenige, welcher warf, nicht ermittelt werden konnte.

Rechtsanwalt Rosenfeld fragt den Polizeileutnant Folte, ob es richtig sei, daß er wegen einer von ihm gemachten Aussage nachträglich Bedenken bekam, deshalb mit einem seiner Vorzeuhen sprach und nach dem Gespräch seine Zeugenaussage ergänzte. — Polizeileutnant Folte: Ich habe meine Aussage in der Autogeschichte ergänzt, weil es mir erheblich schien. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Haben Sie mit Ihrem Vorzeuhen darüber gesprochen? — Polizeileutnant Folte: Was ich mit meinem Vorzeuhen gesprochen habe, das ist meine persönliche Angelegenheit; darüber verweigere ich jede Auskunft. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Die Beantwortung dieser Frage dient zur Prüfung der Glaubwürdigkeit des Zeugen Folte. Mir ist mitgeteilt worden, daß Polizeileutnant Folte zu seinem Vorzeuhen — es soll der Polizeioberst sein — gesagt hat, er fürchte einen Meineid geleistet zu haben, denn er habe in seiner Zeugenaussage etwas verschwiegen, was, wenn er es gesagt hätte, die Polizei belastet haben würde. Der Oberst soll Herrn Folte geraten haben, seine Aussage zu ergänzen, was er dann auch tat. Ich beantrage, beim Polizeipräsidenten die Genehmigung nachzusuchen, daß Polizeileutnant Folte meine Frage beantworten darf.

Das Gericht lehnt den Antrag ab mit der Begründung: Die Tatsache, welche die Verteidigung unter Beweis stellt, ist nicht geeignet, die Glaubwürdigkeit des Zeugen Folte zu erschüttern, sondern sie zu verstärken.

Nachdem hierauf einige Zeugen zum Falle des mißhandelten Krüppels vernommen waren, beantragt Rechtsanwalt Rosenfeld, einen Mann, den er als Zeugen laden müsse, aus dem Zuschauerraum zu entfernen. Dieser Mann ist der

Kriminalbeamter Babuk, der sich unter dem falschen Namen Kuhlmann im sozialdemokratischen Wahlverein hat aufnehmen lassen. Auf Anordnung des Vorsitzenden muß Babuk den Saal verlassen. Längere Zeit nimmt die

Vernehmung des Journalisten Steinberg

in Anspruch, der sich über seine Wahrnehmungen in Moabit äußert. Diese beginnen bei dem mehrfach erwähnten Vorfall am 26. September, der sich nach dem von einem arbeitswilligen Kutscher abgegebenen Revolvererschuß ereignete. Nach der Angabe des Zeugen Steinberg ist der Begleitmann des Wagens von einem Steinwurf aus der Menge am Kopf getroffen worden und landete infolgedessen auf seinem Sitz zusammen. Hierauf zog der Kutscher den Revolver und schuß in die Menge. Nun verlangte die Menge von der Polizei die Feststellung des Kutschers; dieselbe wurde verweigert. Dadurch wurde die Menge erregt und es folgte die Attacke und die Verfolgung der hiesigen Arbeiter auf den Fabrikhof. Was der Zeuge weiter über seine Wahrnehmungen sagt, deckt sich vollkommen mit den Angaben, die schon an den ersten Tagen des Prozesses von den Polizeioffizieren gemacht wurden und deshalb an dieser Stelle nicht wiederholt werden brauchen. Der Zeuge ergeht sich in auffallenden Uebertreibungen. Hier nur ein Beispiel davon: Als er erfahren hatte, daß die Reformationskirche demoliert war, ging ich hin, um mir das Schlachtfeld anzusehen. — Der Zeuge ist während der unruhigen Tage in Moabit gewesen, meist in unmittelbarer Nähe der Polizei, teils dicht hinter den Schuhmannsketten. Von unberechtigtem Vorgehen der Beamten will er nichts bemerkt haben. Dagegen meint er, habe die Menge in jedem Falle durch Rufen, Schreien und Befehl zum polizeilichen Einschreiten gegeben. Am 27. September, abends 7 Uhr, will er in der Beuffelstraße eine Menschenmenge von etwa 3000 Personen gesehen haben. Von der Kirche bis zum Bahnhof sei alles schwarz von Menschen gewesen. Die Menge habe die Arbeitermarzschritte geschlagen, ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausgebracht und gleich darauf sei ein Steinwurf gegen die Schulheute erfolgt, die dann mit blanker Waffe die Menge vertrieben. Der Zeuge will auch bei anderen Gelegenheiten ein einseitiges Handeln der Menge bemerkt haben, er kann aber keine Tatsachen angeben, auf welche sich diese Annahme stützt. — Rechtsanwalt Heine fragt den Zeugen, ob er die Verichte in die Presse gebracht hat, worin die Rede davon ist, daß die Kirche demoliert sei, die heiligen Geräte geschändet, der Altar zerstört und die Menge in die Kirche eingebrungen sei. — Der Zeuge antwortet, er glaube nicht, daß diese Darstellung von ihm herrühre. — Nachdem er seine Verichte durchgesehen hatte, scheint er die Frage verneint zu haben. Dem Zeugen wird der betreffende Zeitungsbericht vorgelegt und Rechtsanwalt Heine fragt, ob er den Verfasser des Verichts kenne. — Der Vorsitzende läßt diese Frage nicht zu. — Rechtsanwalt Heine fragt den Zeugen, ob er Nachrichten von der Polizei bekommen habe. — Der Zeuge gibt ausweichende Antworten. — Vorsitzender: Zwei Mitglieder des Gerichts beanstanden diese Frage. — Rechtsanwalt Heine beantragt einen Gerichtsbeschluss und führt zur Begründung des Antrages aus: Es ist wichtig, festzustellen, ob die Polizei durch Verbreitung bewußt unwahrer, alarmierender und aufregender Nachrichten die Aufregung gesteigert und dadurch Unruhen verursacht hat.

Der Beschluss wird einstweilen ausgesetzt.

In seiner weiteren Vernehmung gibt der Zeuge Steinberg an, er habe gesehen, daß vor Schanklokalen das Mosaispflaster stellenweise aufgerissen war und daß Steine davon in den Lokalen lagen. — Daß Kriminalbeamte sich unter das Publikum mischten und aufreizende Rufe ausstießen, hat der Zeuge, wie er angibt, nicht bemerkt, auch nicht, daß Kriminalbeamte Leute aus dem Publikum schlugen. Auf eine Frage des Rechtsanwalts Heine gibt der Zeuge zu, daß er sich sehr oft in Begleitung der Journalisten v. Reichenstein und Rosowski befand. Rechtsanwalt Heine weist darauf hin, daß Herr v. Reichenstein angegeben hat, er habe gesehen, daß Kriminalbeamte barbarisch auf das Publikum einschlugen. Auffallenderweise habe der Zeuge Steinberg nichts davon gesehen. — Nach wiederholten Fragen gibt der Zeuge schließlich an, daß einmal Kriminalbeamte auf das Publikum einschlugen, er sieht aber hinzu, er vermute, die Geschlagenen würden wohl vorher Widerstand geleistet haben. — Auf weitere Fragen bekundet der Zeuge nach mehrfachen Versuchen des Anwalt Heine, daß er sehr häufig auf dem Polizeipräsidentium verkehrt, dort gehört hat, es sei ein

Kriminalbeamter, der sich als Arbeiter verkleidet unter die Menge gemischt hatte,

von seinen eigenen Kollegen verhauen worden.

Das sei ein allgemeines Gespräch in den Kreisen der Polizeibeamten gewesen. Zeuge Vollbrecht ging aus der Sitzung eines Wählervereins nach Hause. Plötzlich kam ihm eine Kette von Schulheuten entgegen. Als sie ihn erreichten, da bekam er — wie er sagt — Drehsche. Er wandte sich nach der entgegengesetzten Seite. Da stieß er wieder auf eine Anzahl Schulheute und bekam nochmals Drehsche. Ein Entkommen war nicht möglich, da er sich zwischen zwei Schuhmannsketten befand. Die Folgen der Prügel waren eine Wunde am linken und eine Deule am rechten Arm.

Kaufmann Hüart, der ein Geschäft in der Rostocker Straße hat, sagt unter anderem: In meinen Laden kamen öfter junge Leute und wollten Kanonenschläge kaufen. Als ich sagte, die habe ich nicht, meinten die Leute, ich wolle ihnen bloß keine verkaufen. Ich antwortete ihnen, wenn ich Kanonenschläge hätte, so würde ich in diesen Tagen doch keine verkaufen. Bald darauf hörte ich es auf der Straße mindestens 6 bis 8 mal knallen. Ich weiß ganz bestimmt, daß das Kanonenschläge waren, denn ich kenne ihren Knall und kann ihn von dem Knall einer Schußwaffe sehr genau unterscheiden. Ich sagte gleich zu meiner Frau: Jetzt haben diese Bengels doch irgendwo Kanonenschläge bekommen. — Ferner teilt der Zeuge eine Beobachtung mit: Ein betrunkenere alter Mann hielt sich an einen Laternenpfahl fest. Fußschulheute gingen vorbei und ließen ihn unbedrängt. Dann kamen reitende Schulheute, die hieben mit Säbeln auf den Mann ein und als er schon am Boden lag, wurde er immer noch geschlagen. — Später, die Straße war fast menschenleer, kam ein Polizeileutnant. Dieser jagte zu einem Schuhmann, der ihm anscheinend eine Meldung erhaltete: „Hauen Sie die Kerls in die Presse, daß sie fürzen.“ — Eines Abends sah der Zeuge eine Menschenmenge auf der Straße. Vorn standen junge Bengels — wie der Zeuge sagt — und piffen. Sie rissen aus, wenn die Schulheute voringen, und waren nicht zu kriegen. Manchmal haben ja die Kriminalbeamten einen gekriegt und verhauen. Aber die Schulheute schlugen jeden, der ihnen vor die Hand kam. Auf der Straße war es für die Passanten so gefährlich, daß der Zeuge, wenn er nach Geschäftsfeld nach Hause ging, stets im bloßen Kopf ging, um sich den Polizeibeamten gegenüber als Bewohner eines Nachbarhauses zu kennzeichnen und sich so vor Prügel zu schützen. Einmal sah der Zeuge zwei Schulheute mit umhängenden Karabinern über die Straße gehen. Der eine brüllte mit lauter Stimme, daß sozusagen die Fenster klirren: „Saubande, Schweinebände, Räuberbände.“ — Der Zeuge schließt seine Aussage mit den Worten: Bei aller Geduld, die ich bisher vor der Polizei hatte, muß ich bedauern, sie nicht schlagen zu können. Ja, selbst

die Grundlagen meines christlichen Glaubens sind mir durch das Verhalten der Polizei in Moabit erschüttert worden.

Polizeileutnant Folte tritt vor und bittet, ihm zu gestatten, die Szene vorzuführen, wie er den Schuhmann von dem Wagen, unter dem sich der mißhandelte Krüppel verdrückt hatte, zurückgerissen habe. — Der Vorsitzende lehnt das ab mit der Bemerkung, daß eine solche Vorführung für das Gericht keine Bedeutung habe. — Rechtsanwalt Heine: Vielleicht kann der Zeuge Grausch nochmal vortreten und dem Herrn Polizeileutnant ins Gesicht sagen, daß er, Grausch, gesehen hat, wie der Polizeileutnant den Mann geschlagen und unter dem Wagen nach ihm gestochert hat. — Vorf.: Das hat ja der Zeuge schon gesagt. — Schriftsteller Nagel kann nichts über Einzelvorgänge angeben. Seine allgemeinen Angaben gehen dahin, daß sich die Polizei, so weit er sehen konnte, sich nichts habe zuschulden kommen lassen.

Wie die Polizei Eigentum demolierte.

Hauseigentümer Jach gibt an, daß die Schreien in der Tür seines Hauses in der Wittlicher Straße durch Schulheute entzwei geschlagen wurden. Gesehen hat er, daß auch an einem gegenüberliegenden Hause ein vorübergehender Schuhmann mit dem Säbel eine Türscheibe einschlug, einige Schritte weiterging, umkehrte und auch die andere Scheibe zerschlug.

Die Straße dient Polizeimißhandlungen.

Eines Abends fand der Zeuge auf dem Flur seines Hauses einen jungen Mann, der auf Befragen angab, er sei Vädergesele, arbeite bei einem in der Nähe wohnenden Vädergesele und habe sich auf dem Wege nach der Arbeit in das Haus geflüchtet, weil er schon zweimal von Schulheuten geprügelt habe. Der Zeuge gab dem Manne den Rat, sich an einen Polizeileutnant zu wenden. Als der Mann an die Straßenecke kam, wo eine Reihe von Schulheuten stand, wurde er wieder geschlagen. — In anderen Fällen hat der Zeuge gesehen, daß Straßenspassanten von Schulheuten mit dem Säbel geschlagen wurden, und, als sie flüchteten, von anderen Schulheuten aufs neue Prügel bekamen.

Polizeipöbel.

Ein Mann in Zivil, der ruhig und von den Schulheuten unbedrängt stehen blieb, nachdem diese eine Menschenmenge vertrieben hatten, holte einen Revolver aus der Tasche und schuß in eine Schaufensterscheibe. In demselben Augenblick kamen uniformierte Schulheute vorbei, kümmerten sich aber gar nicht um den Mann mit dem Revolver. Der Zeuge hat denselben Mann — er trug einen gelblichen Paletot — vorher in einer Gruppe von Kriminalbeamten gesehen, die mit Blendlaternen in der einen und Reboltern in der anderen Hand eine Haustür betrachteten. — Ein andermal hörte der Zeuge einen Polizeileutnant zu Schulheuten sagen: „Hauen Sie feste drauflos und schießen Sie. Die Salunken werden wir schon kriegen.“

Publikum war zu dieser Zeit nicht auf der Straße. — Als der Zeuge eines Abends von seinem Ballon aus an untenstehende Polizeibeamte die Frage richtete, wann er das Haus schießen müsse, erhielt er die Antwort: „Gehen Sie vom Ballon oder wir schießen.“ — Der Zeuge hat auch gesehen, daß der Mohrleger Senf von 3 bis 4 Schulheuten mit Säbeln geschlagen wurde. Ein Weiter des Zeugen, der auf dem Wege von der Arbeit nach Hause nicht durch die Absperrungslinien gelassen wurde, wollte sich einen polizeilichen Passierschein erwirken und ging deshalb in Begleitung des Zeugen nach dem Polizeibureau. Der Polizeileutnant sagte: einen Passierschein könne er nicht geben, wer dahin gehe, wo Tumult sei, der müsse sich gefallen lassen, daß er seine Keile kriegen. Wenn ich — habe der Leutnant gesagt — in Zivil dahin gehen würde, dann bekäme ich auch Keile. — Auf den Einwand, man müsse doch von der Arbeit nach Hause gehen, bemerkte der Leutnant, er könne keinen Passierschein geben.

Damit schloß die Sitzung. Heute um 9 1/2 Uhr wird die Verhandlung fortgesetzt.

Die Hölle von Mielsch.

Zweiter Tag.

Unter den für gestern geladenen Zeugen befinden sich auch einige Fürsorgezöglinge und solche, die es waren. Der Vorsitzende ermahnt sie in seiner eindringlichen, aber jedes Wortes vermeidenden Art, nur die reine Wahrheit zu sagen, nicht zu übertreiben, sich nicht von Gefühlen des Rühmutes, des Kerkers, ja des Hasses hinreißen zu lassen, doch auch nichts zu verschweigen.

In der Beweiserhebung wird fortgefahren mit der Vernehmung des Zeugen Pentzschel, ersten Lehrers der Anstalt Lichtenberg. Er legt zwei Briefe Breithaupt vor, in denen er den Inspektor Buth um gelegentliche Ueberzeugung der für Lichtenberg geltenden Vorschriften gebeten hat. Ueber das Leben und Treiben in Lichtenberg bekundet Pentzschel unter anderem, daß dort ein regelmäßiger Unterricht von täglich zwei Stunden erteilt wird. — Vorsitzender: Als sie aber Mielsch besuchten, war in dieser sogenannten Fürsorgeanstalt davon keine Rede. Breithaupt hatte seinen Lehrer zur Verfügung, es war gewissermaßen nur eine Arbeiterkolonie. — Zeuge: Damals war kein Lehrer dort angestellt, aber soviel ich mich entsinne, jagte mir Hr., es solle später ein Lehrer zugezogen werden. Die Verwahrlosung ist ja auch größtenteils auf mangelnde Erkenntnis zurückzuführen, darum ist Unterricht nötig. — Ueber das Personal in Lichtenberg sagt Zeuge, es bestehe aus Meistern für Unterweisung im Handwerk, aus Lehrern für Unterricht und Erziehung, aus einigen besonderen Aufsehern zum Schutz der Anstalt. Die letzteren sind bewaffnet, aber Gummimäppl gibt es in Lichtenberg nicht. Nur Leute mit tadelloser Führung werden angestellt, vorbestraft darf keiner sein. — Vorf. (zu Breithaupt): Sie hatten also die Disziplinvorschriften nicht, obwohl Sie wußten, daß Sie danach handeln mußten. Wonach handelten Sie denn nun? — Angekl.: Ich habe mir von verschiedenen anderen Anstalten Hausordnungen und Vorschriften geben lassen. — Vorf.: Was für Anstalten waren denn das? — Angekl.: Oh, das waren keine Fürsorgeanstalten. — Vorf.: Da gab es aber wohl auch keine Diöbe.

Auf Veranlassung des Nebenklägers Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld äußert sich Zeuge Drnschel noch über die Notwendigkeit individueller Behandlung der Zöglinge, die schon deshalb ganz selbstverständlich sei, weil es sich oft um wirklich abnorme Personen handelt. — Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Würden Sie es für angemessen halten, Zöglinge zu fesseln? — Zeuge: Mir tun das nicht. — Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Wie sieht es mit der Prügelstrafe in Lichtenberg? Darüber wird doch eine Statistik geführt? In 1907 sollen 7,9 Proz., in 1908 8,1 Proz. der Zöglinge geprügelt worden sein. — Zeuge: Das kann richtig sein. Im letzten Jahre wurden wohl nur drei Zöglinge geprügelt. — Auf eine Frage des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Hirschfeld erklärt Zeuge es für möglich, daß die Lichtenberger Zöglinge auf dem Transport nach Mielsch gefesselt waren. Gesehen habe man sie wohl deswegen, weil die Zeugen sich ungern aus der Nähe von Berlin wegbringen lassen und daher Fluß zu fürchten war.

Magistratsrat Voigt und Inspektor Buth werden über einige Punkte noch einmal vernommen, unter anderem darüber, ob Breithaupt über Vorleben und Charakter seiner Zöglinge hinreichend durch Ueberweisung von Akten informiert wurde. Das war offenbar nicht der Fall, aber Voigt konnte mitteilen, daß jetzt in diesem Punkte gewissenhaft verfahren werde.

Pastor Matthias, Geschäftsführer der G. m. b. H. „Fürsorgeanstalt Mielsch“, bekundet, wie er an Breithaupt geraten ist. Als er die Anstalt Mielsch einrichtete, sah er sich zunächst andere Anstalten an, auch „Hoffnungstal“, und dort lernte er Dr. kennen. Dieser schien ihm geeignet zur Leitung der neuen Anstalt, und als Dr. ihm später schrieb, er wüßte sich zu betätigen in einer Arbeit,

Die so recht für eine Manneskraft paßt, wurde er aus den Bewerbern ausgewählt. — Vorf.: Sprechen Sie mit ihm über das Wesen der Fürsorgeerziehung? — Zeuge: In Hoffnungstal sagte er mir, er habe sie in Bethel kennen gelernt. — Vorf.: Ja, er war zweimal in Bietlingsmoor gewesen! — Zeuge hat angenommen, Dr. sei seiner Aufgabe gewachsen, auch hat er die Anwerbung der Erziehungsgehilfen ihm überlassen. Unterricht der Jüglinge war — geplant; der Zusammenbruch führte dazu, daß schließlich überhaupt kein Lehrer angestellt wurde. Bezüglich der Disziplin und im besonderen der Bückigungen hatte Dr. dem Zeugen gesagt, er werde seine Erfahrungen aus dem Johannesstift zugrunde legen. Im Johannesstift sollen aber nur drei bis fünf Schläge gegeben werden. Daß für Mielschcin die Lichtenberger Vorschriften gelten sollten, wußte Dr., weil es ja in dem ihm bekanntgegebenen Vertrag mit Berlin stand. Um Erlangung der Vorschriften habe, bestätigt der Zeuge, Dr. sich vergeblich bemüht. Auch Matthies hat sie nie zu sehen bekommen. In Mielschcin ist ihm über Dr. nie eine Beschwerde zu Ohren gekommen, nie hat er etwas von übermäßigen Bückigungen gehört, bis der Artikel des „Vorwärts“ erschien. Als er dann Dr. darüber befragte, antwortete der: „Was geschähe ich, kann ich verantworten.“ Auch beantragte Dr. selber gegen sich eine Disziplinaruntersuchung. — Vorf.: Was war denn geschähe? Was gab er zu? 50 Hiebe? 100? — Zeuge: Die im „Vorwärts“ angegebene Zahl der Schläge hielt ich von vornherein für Uebertreibung. — Zeuge hat den Einbruch gehabt, als ob Dr. nicht recht wußte, wie er zu der Verhängung solcher hoher Strafen gekommen war. Sonst sei Dr. freundlich mit den Jünglingen umgegangen, das sei ihm, dem Zeugen, aus Befragen der Jünglinge bestätigt worden. — Vorf.: Wie erklären Sie es sich dann, daß die vorgekommenen Dinge Ihnen verborgen blieben? — Zeuge: An der Stimmung der Jünglinge habe ich nie etwas bemerkt, vielleicht deshalb, weil sie die körperliche Strafe wohl nicht so schwer empfanden. — Daß Dr. leicht erregt war, kann Zeuge nicht sagen, doch habe er allerdings Widerspruch nicht betragen können. Ueber die Frage einer ärztlichen Aufsicht sagt er, eine solche sei für die Anstalt — geplant gewesen, aber boretz habe er nur privatim mit Kreisarzt Dr. Woehne (Wilkom) abgemacht, daß er sich um Mielschcin kümmern möchte, wenn es seine Zeit erlaube.

Pastor v. Dabrowski aus Bethel bei Bielefeld, ein Sohn des „alten Bodelschwings“, berichtet über Breithaupt's Aufenthalt in Bethel, wo er die Stellung eines pflegenden Bruders gehabt habe und als „Vorarbeiter“ tätig gewesen sei. Dr. habe sich dort seiner Aufgabe, so hat der Vater des Zeugen erklärt, mit großem Eifer und mit vieler Hingabe gewidmet. Allerdings sei bei Dr. damals eine

gewisse Neigung zur Erregtheit und zur Unklarheit des Urteils zu bemerken gewesen. Große Menschenkenntnis habe er nicht gehabt, wohl aber ein selbstbewusstes Auftreten, das den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprach. Dr. wäre weder dem Vater des Zeugen noch ihm selber als der geeignete Mann für Mielschcin erschienen; beide hätten ihn nicht empfohlen, wenn sie gefragt worden wären. Aus Bethel wurde Dr. entlassen wegen eines Konflikt mit der Polizei. Er war in Berlin, sagt Zeuge, „betrunken und verkehrshaltend“ aufgefunden und zur Polizei gebracht worden. — Staatsanwalt Meiner fragt, warum denn dann Dr. so gute Zeugnisse aus Hoffnungstal usw. habe. — Zeuge: Die wurden von meinem Vater ausgestellt, aber vor jenem Vorfall. — Nach Dr.'s Entlassung haben übrigens die Unabänderlichen Kolonisten um seine Wiederanstellung gebeten.

Ueber den Angeklagten Engels, den der Zeuge gleichfalls kennen gelernt hat, äußert er sich nicht ungünstig. Auch der Angeklagte Wendland ist ihm bekannt, er ist jetzt sogar wieder in Bethel, doch kann er kein bestimmtes Urteil über ihn abgeben. Auf eine Frage des Vorsitzenden nach der Prügelstrafe in Bethel erklärt Zeuge, sein Vater sei fälschlich als ein „großer Verfechter der Prügelstrafe“ hingestellt worden. Das Gegenteil sei der Fall, doch habe er allerdings gemeint, daß für einen Jungen ein Schlag manchmal besser als einprezern sei.

Anhänger Hietemeyer aus Mielschcin bezeugt, auch in der Bevölkerung sei bekannt gewesen, daß Dr. mit Weitschenhieben und Arrest die Jungen zu hart traf. Von einer besonderen „Voreingenommenheit“ der Polen gegen Dr. weiß er nichts, wenn es auch richtig sei, daß die Polen nicht gut auf die Deutschen zu sprechen sind. In der Voruntersuchung hat Zeuge gesagt, Dr. sei ihm sehr heftig vorgekommen, „wie ein Barbar“. Er gibt hierzu an, einmal habe er gesehen, wie Dr. einen Jungen mit der Faust auf den Kopf schlug, da habe er, der Zeuge, gerufen: „Gnade! Gnade!“ Dr. aber habe geantwortet: „Ach was, Gnade!“ (Das war im September, also zu einer Zeit, wo Breithaupt längst zur Besonnenheit hätte kommen sein müssen.) Breithaupt bemerkt zu jenem Vorfall, es handle sich um den Jügling Fische, den er damals wegen dummer Reden wohl mit der Faust geschlagen habe. Zu Hietemeyer habe er nur gesagt, er solle seine Nase nicht hineinstecken. Auf eine Frage des Justizrats Wronker gibt Zeuge an, daß er die Jungen der Anstalt auch mal am Sonntag einen Ausflug habe machen sehen. Auf eine Frage des Rechtsanwalts Wülf bezeugt er, daß nach Aufdeckung der Mielschciner Zustände er und andere Mielschciner dem Breithaupt'schen Anstaltsgottesdienst ferngeblieben sind, doch sei das nicht auf Anstiften des Lehrers Wendler geschähe.

Die von der Verteidigung geladenen Entlastungszeugen haben zumeist von Mielschcin nichts gesehen und nichts gehört. Oberförster Redlich, Mitglied des Aufsichtsrats der G. m. b. H. „Fürsorgeanstalt Mielschcin“, hatte wohl Gerüchte vernommen, ihnen aber nicht geglaubt, bis die Zeitungsmeldung kam. Nachher habe Dr. ihm gesagt, er habe geglaubt, der Stadt Berlin einen Gefallen zu tun, wenn er ihre Jüglinge nicht entlassen lasse und ihre Kosten erpäre.

Bauunternehmer Wöbner war bei dem Bau der Anstalt tätig. Jüglinge haben ihm gesagt, es gefalle ihnen trotz der Schläge in Mielschcin besser als in Lichtenberg. Breithaupt habe ihm gesagt, daß die Jungen so schwer zu behandeln seien, auch habe er gebeten, die Arbeiter möchten sich nicht hineinmengen. Maurerpolier Wittig habe, sagt Zeuge, sich über Mielschcin aufgeregt, doch der übertriebene sehr. Wittig und auch Lehrer Wendler seien dem Pastor feindselig gesinnt gewesen.

Auch dem Pastor Bolt, einem Mitglied des Aufsichtsrats der Anstalt Neu-Bethel, war nichts über Mielschcin in Mielschcin zu Ohren gekommen. Bei Besuchen hatte er den Einbruch, daß Breithaupt „nicht despotisch“ war. Das Verhältnis zu den Jüglingen war „neut“ und einen redete Dr. mal „Mein Junge!“ an.

Maurermeister Gerhard aus Gnesen, der Bauarbeiten für die Anstalt übernommen hatte, führt alles auf einen Rohraß des Poliers Wittig zurück, über den Breithaupt Klage geführt habe, sowie auf die Intrigen des mit Wittig verbundenen Lehrers Wendler. Der Vorsitzende sagt ihm, es seien ja tatsächlich vorgekommene Mielschciner festgesetzt, z. B. 100 Weitschenhiebe für einen Einbruchdiebstahl, aber Zeuge weiß davon nichts. Er hat „nur furchterliches Geschrei“ allerdings manchmal gehört. Mit Breithaupt hat er, der Laie, merkwürdigerweise oft und eingehend über seine Erziehungsmethode gesprochen. Dabei hat Dr. Strenge für nötig gehalten und gesagt: „Mit Prügeln habe ich in einer früheren Anstalt sehr gute Erfolge gehabt.“ — Angekl. Breithaupt: Ich entsinne mich dessen nicht. — Vorf.: In kritischen Fällen konnten Sie immer mit der Erwiderung: „Ich entsinne mich nicht.“ — Dr. hat gegenüber dem Zeugen gesagt, Berlin schide ihm den Auswurf der Menschheit, sogar Kalbbloten.

Polizeikommissar Schaefer (Wilkom) hat „nichts Angehöriges“ erfahren. Die Jungen schildert er in echaotem Polizeisprache als „zum großen Teil schlecht“, es seien ja „meist sehr vorbestrafte Leute“ gewesen. „Na, einige waren vorbestraft“, korrigiert der Vorsitzende. Von diesem Herrn Polizeikommissar hat Dr. die „große Aette“ entlassen, Schaefer glaubt: „zum Transport“. Der Vorsitzende meint: „Das mühte dann schon ein schwerer Mörder gewesen sein.“ Angekl. Brosinsky fragt, ob Zeuge sich erinnert, daß er einmal den Jügling Schwarzenberg nach einer Abtötung zu sehen bekam und diese nicht für zu hart hielt. Zeuge erinnert sich nicht.

Regierungsbaumeister Drescher ist in Mielschcin überaus gefasst gewesen, „wie wenig zuchttauglich die Anstalt und die ganze Behandlung war“. — Vorf.: Gingen Sie davon aus, die Behandlung von Fürsorgezöglingen müsse zuchttauglich sein? — Zeuge: Das nicht. Aber körperliche Mißhandlungen sah ich nicht. Zeuge hat den Einbruch gehabt, daß Dr. an seine Aufgabe mit großer Begeisterung heranging.

Jungenieur Petasche, der als Beauftragter der Deutschen Lagerbau-Gesellschaft in der Anstalt Mielschcin Bauarbeiten ausführte, hat „die Jungen sehr veranlaßt“ gefunden. Polier Wittig und Kontor Fleischer seien dem Pastor feindselig gesinnt gewesen, letzterer habe ihm auch mal mit einem Verwandten in Berlin gedroht, der „bei der Sozialdemokratie eine führende Stellung habe und dem er alles mitteilen werde.“ Der Vorsitzende mahnte: „Lassen wir die parteipolitischen Erörterungen aus dem Spiel.“

Die Erörterung der Einzelsfälle beginnt mit dem Fall Anders, an dem die Angeklagten Breithaupt und Engels beteiligt sind. Der Schneiderlehrling Anders hatte bei seiner Einlieferung am 4. Mai 1900 im Stiefel einen Brief für einen anderen Jügling mitgebracht und entflohen dann. Nach seiner Wiedereingekerkung ließ Breithaupt ihm durch Engels 50 Weitschenhiebe geben. Einige Zeit später soll Anders zu einem bei dem Umbau der Anstalt beschäftigten Maurer gesagt haben: „Lassen Sie nur erst die letzten Jungen aus Berlin kommen, dann spielen wir die Herren und haben den Meistern die Jade voll.“ Die Frau des Aufsehers Brodel, die es gehört zu haben meinte, hinterbrachte das dem Pastor, und der verordnete die üblichen Hiebe. Wieviel es waren, fragte der Vorsitzende. „Es werden wohl 50 gewesen sein“, meinte Engels. Breithaupt mußte dem Gericht vormachen, wie er mit der Weitsche zugedacht habe. Er selber bemerkt dazu: „Mit aller Wucht, aber nicht mit voller Körperkraft.“ Der Vorsitzende stellte fest, daß Anders früher an Kniegelenktuberkulose gelitten hat und daher ein verkrüppeltes Bein hat.

Als erster Zeuge unter den geladenen Fürsorgezöglingen hinfalte Anders in den Saal. Der jetzt 19jährige junge Mann, den der Vorsitzende nochmals eindringlich zur Wahrheit ermahnte, bezeugte, er sei folglich in der ersten Nacht mit Jügling Grasse aus Mielschcin entflohen, weil Grasse ihm gesagt habe: „Hier gibst du Reite!“ Schon in Gnesen habe er sich freiwillig auf der Polizei gestellt, und nach seiner Wiedereinlieferung in Mielschcin habe dann Breithaupt ihm durch Engels 50 Hiebe lassen. Brodel habe ihm das Hemd höher ziehen müssen, Breithaupt habe die Uhr gehalten, Engels habe geschlagen und sich alle Mühe gegeben, tüchtig zu schlagen, und er selber habe die Schläge zählen müssen. Es habe sehr weh getan, jedoch es seien, einzelne Stellen seien wund geschlagen worden. Circa 3 Wochen später sei Anders von einem polnischen Arbeiter gefragt worden, ob er „Kesse getrieft“ habe. Da habe er erklärt, wenn erst andere Jungen kämen, die sich nicht schlagen ließen, werde es hier anders werden. Von „lesten Jungen“, von „Herren spielen“ und „den Meistern die Jade voll haben“, wisse er nichts. Bald darauf habe Breithaupt, der wohl gelaunzt haben müsse, ihn am Kragen gepackt und ihn mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Er habe ihn zum Herrenhaus geführt, vor dessen Tür Schwester Olga mit Gutsinspektor Wary stand, und im Hause ihm erst einen Hieb über den Kopf und dann mit der Weitsche oder dem Stock an 50 oder mehr Schläge über's Gesicht gegeben. Als Anders im August über die erduldeten Mißhandlungen vernommen wurde, sagte er dem Pastor Matthies nichts von dieser zweiten Abstrafung. Vor Gericht erklärte er das damit, daß bei der Vernehmung Breithaupt zugegen gewesen sei. Erst später machte er in Lichtenberg genaue Angaben darüber, und vor Gericht berichtete er jetzt noch über eine dritte Mißhandlung, die er am selben Tage erlitten habe. Nach der Bestrafung sei er um die Frühstückzeit in den Kartoffelfelder gesperrt worden, in dem er ohne Nahrung bis zum Abend habe bleiben müssen. Abends sei er nach der Station gebracht worden, und nun habe Breithaupt ihn nochmals geschlagen, zunächst mit dem Weitschstock, dann mit der Reitpeitsche; 50 Hiebe oder mehr seien es im ganzen gewesen. — Vorf.: Warum haben Sie hiervon bisher nichts gesagt? — Zeuge: Ich wollte immer noch nicht so leicht handeln. Ich wollte die Sache verberheimlichen. Ich dachte ja nicht, daß ein so großer Prozeß daraus werden würde. — Breithaupt und Engels wissen von dieser Bestrafung nichts, aber Anders hält seine Angaben aufrecht. Im übrigen erklärt er, daß Breithaupt sonst immer gut zu ihm gewesen sei, nur gestraft habe er sehr streng. Er habe auch Ausflüge mit seinen Jüglingen unternommen und dabei alles mitgemacht. Ueber seinen Weitschaden bezeugt Zeuge, daß er ihn seit seinem 9. Jahre habe. Er sei durch „Aniawasser“ nach einem Sprung entstanden, und Zeuge habe deshalb 2 Jahre im Krankenhaus zubringen müssen. Dem Pastor Breithaupt habe er das sogleich am Tage seiner Einlieferung nach Mielschcin gesagt. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie oft er entflohen sei, antwortet Anders, beim zweitenmal sei er nach Berlin gelangt. Doch habe dann ein Herr vom „Vorwärts“, der zu seinen Eltern gekommen sei, ihn gesehen und ihm geraten, sich lieber wieder der Waisenverwaltung zu stellen, und das habe er getan. Anders befindet sich jetzt als Jügling in Witzhofs.

Jügling Nieß schildert eine Mißhandlung von Anders, bei der er, der Zeuge, 71 Hiebe geschlagen habe. Das soll jener dritte Mißhandlungsfall gewesen sein, der im übrigen nicht Gegenstand der Anklage ist. Auch Jügling Knopp scheint diesen Fall zu meinen; er schätzt die Zahl der Schläge auf 50.

Die „Schwester Olga“, jetzt Frau Schröder, geb. Redwan, die in Mielschcin dem Wirtschaftsbetrieb vorstand, kann sich an nichts mehr erinnern. Sie meint zunächst, nicht dabeigewesen zu sein, wenn gerügt wurde. Erst auf Vorhalten fällt ihr ein, daß sie wenigstens zweimal dabei war. Aber gekümmert habe sie sich um nichts, nur schreiben habe sie die Jungen gehört. Gesehen habe sie weder, wie Anders durch Breithaupt ins Herrenhaus geführt wurde, noch einen anderen Fall, bei dem der Jügling Ranke an einen Baum gebunden und geschlagen worden sein soll. Der Vorsitzende mahnte: Sie dürfen unter keinen Umständen mit der Wahrheit juridizieren. Schonung gibt es hier nicht. Haben Sie nun noch etwas mitzuteilen? — Zeugin: Die Jüglinge haben eine Sparbüchse mit Geld gestohlen; ich nehme wenigstens an, daß es Jüglinge waren. — Mehr fiel der Zeugin nicht ein. Dem Verteidiger Justizrat Friedmann bestätigte sie noch, daß Breithaupt selber bedauert habe, streng sein zu müssen.

Vernommen wurde noch ein Maurer Jbrand, der in der Anstalt Mielschcin an den Umbauten gearbeitet hatte. Er hörte und sah schlagen, und auch andere erzählten ihm, daß dort viel und kräftig geschlagen werde. Von Polen sei gesagt worden, wenn das einer ihre Leute wäre, so würden sie dagegen vorgehen. Einmal hat er gesehen, wie ein Junge vor einem Speicher sich sogleich über das Treppengeländer legen mußte und von Breithaupt 20 bis 25 Hiebe mit dem Handtuch bekam. Breithaupt bestätigte, das sei Edlich gewesen, der sich an Drenke vergrißen hatte. Dafür habe er ihn auf freier Tat gestraft; 20 bis 25 Hiebe, das könne himmen.

Heute um 9 Uhr wird die Beweiserhebung fortgesetzt.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.

Die Budgetkommission erledigte am Dienstag den Geze-entwurf über die Reichsbesteuerung in zweiter Lesung. Es wurden, wie das bei der zweiten Lesung meist der Fall zu sein pflegt, wichtige Beschlüsse der ersten Lesung geändert und damit die hinter den Kulissen zwischen dem schwarz-blauen Block und der Regierung getroffenen Abmachungen sanktioniert. So wurde die in der ersten Lesung hingebraute Bestimmung, wonach das Reich sein Einkommen aus Grundbesitz bei den Gemeinden zu versteuern habe, gegen die Stimmen unserer Genossen und die der Freisinnigen wieder gestrichen. Der wichtige § 5, der die Zuschüsse des Reichs für solche Gemeinden regelt, die durch Reichsbetriebe belastet werden, erhielt eine für die Gemeinden

wesentlich schlechtere Fassung. Während diese Gemeinden nach den Beschlüssen der ersten Lesung einen Zuschuß zu verlangen schon dann berechtigt sein sollten, wenn die in der Gemeinde wohnenden und in den Reichsbetrieben beschäftigten Arbeiter und sonstigen Angestellten nicht ihren Familienangehörigen 2 Proz. der Zivilbevölkerung ausmachten, sollen sie nach den Beschlüssen der 2. Lesung dieses Recht erst erlangen, wenn die Zahl der genannten Personen acht Prozent beträgt. Eine Ausnahme soll nur bei solchen Orten gemacht werden, die keine Garnisonen haben. Bei diesen bleibt es bei den zwei Prozent.

Der sozialdemokratische Vermittlungsantrag, statt acht Prozent fünf Prozent zu sagen, wurde abgelehnt. Alle Anstrengungen unserer Genossen, für die durch die Reichsbetriebe manchmal sehr stark belasteten reichsländischen Gemeinden etwas mehr herauszuholen, scheiterten an der Mehrheit. Zentrum und Konervative, unterstützt von den Nationalliberalen, stimmten für alle Regierungswünsche und befehligten ihre eigenen Anträge aus der ersten Lesung.

Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission.

Sitzung am 18. Dezember.

Fast die ganze Sitzung war Verschlechterungsanträgen gewidmet. Zunächst handelte es sich um die

Versicherungspflicht der Personen mit Hochschulbildung.

Die Nationalliberalen hatten beantragt, daß die Personen mit Hochschulbildung auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung befreit werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß versicherungspflichtig nur solche Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in einer ähnlich gehobenen Stellung sind, deren regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 2000 M. an Entgelt nicht übersteigt. Mit ihm handelt es sich durchweg um Angestellte, die trotz ihrer Hochschulbildung mit einem geringen Verdienst abgefunden werden. Deshalb erhoben die Sozialdemokraten entschiedenen Widerspruch gegen den Antrag der Nationalliberalen, der dann auch nach längerer Debatte zurückgezogen wurde.

Ein neuer Unfall des Zentrums.

In der ersten Lesung hat die Kommission die Bestimmung gestrichen, daß auch diejenigen Arbeiter auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht befreit sein sollen, die bei ihrer Erkrankung an ihre Arbeitgeber einen Anspruch auf eine den Leistungen der zuständigen Krankenkasse gleichwertige Unterstützung haben, wenn die Arbeitgeber die volle Unterstützung aus eigenen Mitteln decken und ihre Leistungsfähigkeit höher ist. Bei der damaligen Beratung der Bestimmung wurde festgestellt, daß diese Ausnahme für die Industrie keine Bedeutung habe, dagegen in der Landwirtschaft zur Umgehung der Krankenversicherung führen werde. Gerade, um dies zu verhindern, wurde die Ausnahme sowohl für die Industrie als auch für die Landwirtschaft gestrichen. Ganz besonders hatte sich das Zentrum durch Abg. Triumborn dagegen erklärt, daß für die landwirtschaftlichen Arbeiter auch in dieser Beziehung ein Ausnahmerecht geschaffen werde. Heute erklärte Abg. Hise, daß das Zentrum das Ausnahmerecht doch annehmen werde: für die Industrie lebte es mit den Sozialdemokraten und Fortschrittlichen die Ausnahmebestimmung ab, für die Landwirtschaft aber werde das Zentrum sie mit den Konservativen und Nationalliberalen annehmen.

Für Personen, deren regelmäßiges Gesamteinkommen 4000 M. übersteigt, erlischt die Versicherungsberechtigung. So wurde von den Nationalliberalen, Zentrum, Konservativen und Fortschrittlichen befohlen. Damit werde, wie der Regierungsdirektor erklärt, ein dringender Wunsch der Ärzte erfüllt, die von diesen Personen ein höheres Honorar haben wollen, als sie von den Krankenkassen erlangen können.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Aus der Reichswertwachstener-Kommission.

In der Dienstagssitzung wurden die §§ 52, 53, 54 nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen. § 55 gibt dem Bundesrat auf die Ausführungen zum Geze zu erlassen und die nach diesen Gezeen fälligen Abgaben auch über den Anteil des Reichs hinaus aus Vermögensgründen zu erlassen und auch Rechtsvorgänge für steuerpflichtig zu erklären, die es — ohne unter § 1 bis 3 zu fallen — einem anderen ermöglichen, über das Grundstück wie der Eigentümer oder der Berechtigte zu verfügen. Durch diese Bestimmungen sollten diejenigen getroffen werden, welche sich der Steuerpflicht entziehen. Von mehreren Mitgliedern wird ausgeführt, daß man dem Bundesrat solche Rechte nicht einräumen dürfe. Nach langer Debatte wird der § 55 mit einigen kleinen Änderungen angenommen. Der § 56 ist der schwierigste im ganzen Geze. Es liegen eine ganze Anzahl Anträge vor, die eine lange Debatte hervorgerufen, bei der sich die großen Meinungsverschiedenheiten über das ganze Geze so recht zeigen. Angenommen wird ein von Konservativen und vom Zentrum gestellter Antrag, welcher eine vollständige Abänderung der zweiten Lesung bedeutet. Dann wird noch ein § 54 eingeschaltet: Von den Grundstücken, welche der Abgabe nach § 89 des Reichssteuergezetzes vom 15. Juli 1900 unterliegen, wird anstatt der Zuwachssteuer, nach den Vorschriften des § 89, eine weitere Abgabe von einem Drittel vom Hundert erhoben. Daraus wird die Sitzung auf Mittwoch vertagt.

Der Schaden der Kaisermandver.

Die Petition des Reichstages hatte sich anlässlich einer Eingabe von 40 Landwirten aus Lauda (Weden) auch mit der Frage zu befassen, ob wegen der behaupteten ungenügenden Klarschadenverhältnisse im Kaisermandver 1900 eine Änderung der gesetzlichen Vorschriften vorgenommen werden soll. Die prinzipielle Erledigung dieser Frage wurde dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen, über die Forderungen einer erhöhten Entschädigung der Petenten ging die Kommission zur Tagesordnung über.

Beim Kaisermandver des XI. Armeekorps wurden von etwa 61 000 Geschädigten Ersatzforderungen gestellt. Der Abg. Rehner teilte mit, daß allein auf badischem Gebiete 147 Ermartungen mit meistens stark porzelliertem Besitz geschädigt wurden; etwa zehn Abschätzungs-Kommissionen seien in Tätigkeit getreten. Von einem genügenden Ertrag des durch die Truppen dem Wäner entwendeten Obstes und Wäferdunters sei keine Rede gewesen. Von sozialdemokratischer Seite wurde verlangt, daß wenigstens solche intensiv bewirtschafteten Gegenden mit Mandvern verschont werden.

Aus der Frauenbewegung.

Die Arbeiterinnen und die Konsumvereine.

In vielen Versammlungen ist schon über die Lebensmittelteuerung gesprochen worden. Die Frauen haben aber nicht nur gegen die Teuerung demonstriert, sie schauen auch nach Abhilfe aus und kommen dahinter, daß sie in den Konsumvereinen ein Mittel haben, wenigstens in gewissem Sinne die Preisgestaltung zu beeinflussen.

Das Interesse der Frauen an den Konsumvereinen könnte noch belebt werden, wenn den Verwaltungen auch Frauen zugeteilt würden. Man sage nicht, die Frauen haben keine Geschäftkenntnis, sie verstehen den Warenverkehr nicht und was dergleichen Behauptungen mehr sind. Die Frauen müssen mit all den Waren wirtschaften und wissen deshalb auch oft viel besser als die Männer Qualitätsunterschiede festzustellen, überhaupt ein Werturteil über eine Ware zu gewinnen. Man denke doch daran, daß in den privaten Kaufmannsgeschäften die Frauen sehr oft die Seele von dem ganzen Unternehmen sind. Wenn die Frauen die Möglichkeit haben, an der Konsumvereinsleitung teilzunehmen, so wächst natürlich auch ihr Interesse an der Institution.

Die Frauen sollten jedoch unter allen Umständen mehr als bisher für den Konsumverein agitieren.



Diese große Tasse

feinster Fleischbrühe liefert Ihnen ein Aufguß heißen Wassers auf einen

OXO Bouillon-Würfel der Comp^{te} **LIEBIG.**



Preis **5 Pfg.**

Geschäfts-
Gründung
1896

Juwelenhaus Zimmermann & Co.

Juweliere

Gold- u. Silberwaren-Fabrik Uhren-Großhandlung

Berlin SO. Oranienstr. 204, 206, 207
Telephon: Amt 4, No. 3549

Empfehlen zum bevorstehenden Weihnachtsfest ihr großes
Lager in Juwelen, Uhren, Gold- und Silber-Waren
Eigene Werkstatt für Reparatur u. Neuarbeit im Hause

Zum Weihnachtsfest

In allen 3 Geschäften
mit
Teilzahlung
wöchentl. nur 1 M.
Herren- und Damen-
Uhren, Haus-Uhren,
Regulateure, Frei-
schwinger Ohrringe,
Broschen, Ketten,
Ringe, Armbänder,
Operngläser.

Gr. Auswahl an Phonographen,
Zithern, Spielklosetts, Harmonikas,
Mandolinen, Geigen, Christbaum-
ständer etc.

Jeder Grammophon-
Käufer erhält Platten,
Nadeln und einen
hochfeinen Platten-Album umsonst.

Jahre & König

Warschauer Strasse 60
Reinickendorfer Str. 101
Goeben-Strasse 19

Sprechmaschinen-
und Schallplatten-
Versandgeschäft

Rosenthaler Str. 40-41
Hof rechts 1 Treppe
direkt am Hackenschen Markt
und Bahnhof Börse

Liefert nur pr. Fabrikate
zu billigsten Preisen
gegen bar und auf

Teilzahlung

Wochenrate
1⁰⁰
Mark

CONSTANTIN

CIGARETTEN

verdanken ihr Renommee der hervor-
ragenden Qualität und Bekömmlichkeit

In allen besseren Cigarrengeschäften zu haben

Hesse, Dresden

Das beste u. liebste Geschenk
sind jeder Dame einige
Straußfedern.

Ich habe 1200 Sorten voll am Lager
und verkaufe solche
40 cm lang, 10-15 cm breit für
1 R., 42 cm lang 2 R., 45 cm 3 R.,
15-20 cm breit, 85 cm lang 2 R.,
4 R., 5 R., 60 cm lang 6 R., 8 R.,
10 R. je nach Sortierung.

**Ausgesucht
prima Federn**

kosten 50 cm lang, 20-25 cm breit
12, 15, 18, 25 R., 60 cm lang, 25 bis
30 cm breit 30, 36, 42, 48 R., 75 cm
lang 75 R., 100 cm 100 R.

Von den kurzen Federn werden **Wass**
u. **Stielen** gemacht, solche kosten 2 m
lang 5 R., 8,50 R., 12 R., 2 1/2 m
lang 17 R., 31 R., 50 R. bis 120 R.

Farben: schwarz, weiß, braun, nera-
und schotterfarbig.

Abfallfedern auf Vuppenhüte
50 gr 50 R.

ff. echte Reiterbüchel bis 150 R.
Mit 2000 Sorten wunderbarste Ent-
blumen u. Blätter 50 Dg. sortiert
5 R., Japanellen u. andere Japan-
blumen per Dg. 1,50 R., ff. Ball-
blumen, Gold- und Silberrosen
Stück 3 R. etc.

Verf. keiner Posten p. Nachnahme
ff. Straußfedern geg. Rel. u. Post-
ersch. auch zur Wahl. 3/4 Preisliste
auch über Palmen, Früchte, Stroh-
und Kranzblumen usw. frei.

Pelz-Stola-Verkauf

zu hervorragend billigen Preisen!

Eigene Kürschnerei.

an gros **Riesenhafte Auswahl** detail

aber **1000** Stolas von 3 Mark
Collers von 1,50 M.
Echte Skunks-
Stolas von 85 M.

Eile zu Weile

Dresdener Str. 119, Oranien-Platz. Eckhaus

Jedermann erhält die im Fenster
ausgestellten Gegenstände sofort
für den bezeichneten Preis.

Die drei Wünsche

der Hausfrauen an grossen Wäsche- und
Reinigungstagen:

1. Erleichterung der Arbeit,
2. gründliche Reinigung und
3. Erzielung einer schneeweißen,
unverdorbenen Wäsche,

werden seit 25 Jahren von Dr. Thompson's
Seifenpulver, Marke Schwan, getreulich erfüllt

Cigarren-Händlern

begünstigsten Einkauf zu billigen Preisen bietet das größte und
reichhaltigste aufgestellte

Cigaretten-Engroslager Carl Röcker, Berlin.

Grüner Weg 112 (Fernspr. VII, 3861).

Offertiere sola Besten u. Original-Fabrikpreis von 100 St. an einer Sorte:
Cordón, Nofel, Ramol, Problem, Phänomen, Kapitän, Herbstoll,
Carmen Coloa, Graf von Königsmarck, Kolesitas, Halopp, Salina,
Fredd, Batschar, Konstantin, Ketzal, Indes, Bessarabia, Klappa,
Salem, Kliffun, Lerna, Bolero, Genit, Reunion, Laferme,
Cyprian Comp., Österreichische und ungarische Regie-Tabake usw.

Generaleintrieb für Deutschland der böhmisches Kapitän-Tabake,
Rausch- und Schnupftabake; Hauptniederlage der Rautabal-Fabriken
Joh. Donnell, Balgow; G. H. Hancock und Grimm &
Friedel in Nordhausen; W. Br. Braun in Kopenhagen sowie
A. Goldfarb Schnupftabake, Fr. Stargard, Bessarabia,
Spreiberg.

Bei Neuankünften von Cigarren-Geschäften bitte mein bestsortiertes
Cigarren-Engroslager
zu besichtigen. Ich führe nur ausgelagerte, feinste Qualitäten in
allen Preislagen.

Weihnachts-Präsent-Packungen
in reichhaltiger Auswahl

NEU!
80 Stücke
auf einmal
zugleich mit
Apparat!

5 Tage zur Probe

mit Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen, also
ohne jede Kaufverpflichtung und
ohne Anzahlung
lediglich gegen monatliche Teilzahlungen von

2 Mark

an liefern wir Pathé-Sprech-
apparate (ohne Nadelwechsel
spielbar), Musik-
werke aller Art,
Violinen, Celli, Zithern, Operngläser, Feldstecher,
photogr. Apparate, Schusswaffen, Bücher, Reiz-
zeuge, Schreibmaschinen, gerahmte Bilder etc.
Verlangen Sie per Postkarte III. Katalog

Bial & Freund

Breslau 60

Jagdgewehre,
Brownings, Revolver,
Schuldenbüchsen,
Teeshing etc. etc.

Manufaktur künstlicher Blumen und Straußfederhandlung

Hermann Hesse,

Dresden, Scheffelstraße
10/12,
Leistungsfähiges Werkhaus
dieser Branche.

Teppdecken

kauf man am besten u.
preiswertesten
direkt in der Fabrik

Bernhard Strohmandel,

Berlin, 72. Wallstr. 72,
zwischen Rob- u. Inselstraße.
Alle Decken werden aufgearbeitet.
Praktische Weihnachts-Zugabe.

Möbel

Liefert auf **Teilzahlung**
bequeme
bei kleinster Anzahlung in be-
kannter Güte
(mit größter Rücksicht bei Krank-
heit und Arbeitslosigkeit)

E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Kronleuchter-Fabrik.

Größte
Auswahl.
Verkauf zu billigsten
Fabrikpreisen a. Private.
- Musterbuch -
n. Außerhalb franko.
Auf Wunsch kulante
Zahlungsbedingungen
ohne Preiserrhöhung.

Siegel & Co.,

Prinzenstraße 33.

A. B. Koch

Kohlen- und Briketts-Großhandlung

Berlin O. 34. Hauptkontor: Petersburger Str. 1.
Telephon: Amt 7, 3040 u. 3096

Wir auf weiteres liefern ich frei Keller bis 4 Treppen:

Ia. Senftenberger Salon-Briketts.

(„Marienglück“ unübertroffen im Heizwert.)
Nach Gewicht: Bei 20 Rlc. (1 Rlc. ca. 120 Stück) per Rtr. 97 Pf.
Nach Stückzahl: Bei 2000 Stück per 1000 Stück 8,75 R.

Mit Offerte in **Ilse** wie **Diamant**-Briketts habe gern zu Diensten.
□ □ Größere Abnahmen entsprechend billiger. □ □

Gelegenheitskäufe

Bildschöne Herren-
Ulster . . . M. 35, 25, 15
Paletots . . . M. 32, 22, 15
Anzüge M. 45, 35, 25, 15
teilweise aus Massstoffen.
Joppen, Hosen, bunte Westen
enorm billig.

August Pletsch

G. m. b. H.
9 Rosenthaler Str. 9
Ecke Auguststraße.

Heute, Mittwoch, Zahlabend in den Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Die Beitragserhöhung für den Wahlverein

tritt mit dem 1. Januar in Kraft. Um den Bezirksführern die Arbeit zu erleichtern, werden die Genossen und die Genossinnen dringend ersucht, am heutigen Zahlabend ihre Beiträge zu entrichten.

In die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Anfang Januar erscheint wiederum eine neue Lokalliste. Wir erlauben daher, alle Änderungen bezw. Neuaufnahmen bis spätestens Mittwoch, den 21. Dezember, an die nachverzeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

Für den I. Wahlkreis an den Genossen Jakob Ege, O. 19, Rohlstraße 31.

Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, S. 53, Bergmannstraße 95, II.

Für den III. Wahlkreis an den Genossen Gustav Müller, SO. 36, Grünauer Straße 16, IV.

Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Rott, O. 34, Strahmannstraße 29.

Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, O. 54, Auguststraße 51, Quergeb. IV.

Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Wilhelm Dams, N. 4, Schlegelstraße 9.

Für Nieder-Oranien an den Genossen Hermann Elias, O. 112, Blumenhofstraße 24.

Für Zeltow-Beeskow an den Genossen Karl Kohn, Nizdorf, Seldower Straße 15-16, IV.

Für Potsdam-Dönhaveland an den Genossen Emil Schubert, Spandau, Kurstraße 21.

Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokallistenangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitglied, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln. Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokallistenangelegenheiten der Lokalliste so oft gefassten Beschlus hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzusenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgelommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 21. Dezember einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten.

Des weiteren ersuchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokallistenangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einsendungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Sperrnotiz handelt (Verzögerung in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission:

Albert Hahnisch, O. 54, Auguststraße 51.

Zur Lokalliste. In Steglitz steht das Lokal „Paradiesgarten“, Birkenstraße 7, zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung, dagegen sind die Lokale von Dahl und Schultze nach wie vor gesperrt.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Zahlabend für Buchdrucker, Stereotypen usw. am Mittwoch, den 14. Dezember cr., abends 1/2 12 Uhr, bei Jul. Meyer, Oranienstraße 103.

Fünfter Wahlkreis. Ein kombinierter Zahlabend der zweiten und dritten Abteilung findet heute im „Landsberger Kasino“, Landsberger Straße 39, statt. Reichstagsabgeordneter Genosse Böhre, Pastor a. D., wird einen Vortrag halten.

Gieswalde. Der heutige Zahlabend findet im Lokal „Sonsouci“ statt.

Ordnungs-Wollersdorf. Heute Wahlvereinsversammlung.

Dahendorf b. Posen. Am Sonnabend, den 17. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, bei F. Wiese: Mitgliederversammlung, Tagesordnung: Bericht von der Verbandsgeneralversammlung, Neuwahl eines Kassierers und Verschiedenes.

Bezirk Bernau. Am Donnerstag, den 15. d. Mts., im Lokal des Genossen Salzmann, Vadorster Straße: kombinierter Zahlabend. Tagesordnung! 1. Bericht von Groß-Berlin. 2. Bericht der Stadtverordnetenfraktion über ihre Tätigkeit. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Weihnachtsbäume.

Vom Berliner Weihnachtsmarkt ist wieder ein Stück abgebrockelt. Die modernen Salomos vom Alexanderplatz haben es für gut befunden, den weihnachtlichen Strahnenhandel abermals zu beschneiden und die bescheidenen Weihnachtsmarktreste, die bisher noch rings um die Petrikirche, am Rosenthaler Tor und an einigen anderen Stellen etabliert waren, in die Versenkung zu befördern. Nur an die Weihnachtsbäume hat sich polizeiliche Weisheit in dem Bestreben, die Straße dem Verkehr zu sichern, noch nicht herangemacht. So sehen wir denn diesmal wieder an Tausenden von Strahnencken, auf Plätzen und Promenadenwegen, die harg-dumstenden Kinder des deutschen Waldes in ungezählten Exemplaren aufgestapelt. Im Berliner Publikum und auch in der Provinz spricht man seit Jahren schlechtweg vom „Tannenbaum“. Wer in der Botanik einigermaßen beslagen ist, unterscheidet drei Arten von Nadelhölzern, die als Weihnachtsbäume in Betracht kommen, nämlich die Fichte, die Tanne und die Kiefer. Die Fichten sind als Weihnachtsbaum am beliebtesten und verbreitetsten, weil ihre Zweige schon im jungen Alter dicke Nadeln tragen. Letztere sind meist vierkantig, nicht flach geschnitten, pflegen sich aber im warmen Zimmer nur höchstens zwei Wochen an den Zweigen zu halten. Die Zapfen stehen nicht aufrecht auf den Zweigen, sonder hängen. Die geeignetere als Weih-

nachtsbaum ist die namentlich im Harz und Schwarzwald massenhaft wachsende Tanne, deren flache und geschnittele Nadeln monatelang am abgeschnittenen Zweig haften bleiben. Bei ihr stehen die Zapfen stets aufrecht, und die Schuppen derselben fallen einzeln von der Spindel ab, während bei der Fichte der Zapfen als Ganzes sich löst. Ein völlig anderes Aussehen hat die als Weihnachtsbaum nur noch wenig verwendete, in geringen Mengen aus den märkischen Waldungen entnommene Kiefer oder Föhre, die prächtig ebenmäßigen Buchs zeigt, wenn sie zu ihrer Entfaltung den nötigen Spielraum hat. Die Nadeln sind hellgrün, weit länger als bei Fichte und Tanne, oft bis zu 20 Zentimeter lang. Die Rinde blättert sich besonders bei älteren Exemplaren an den Hauptverzweigungen leicht ab, ähnlich wie bei der Platane. „Silbertannen“ gibt es in der botanischen Sprache überhaupt nicht. Was unter diesem Namen auf den Markt kommt, sind gewisse Sorten der eigentlichen Tanne, die an der Unterseite der Nadeln weiße Streifen zeigen. Wohl aber kennt man Silberfichten, die jedoch so teuer sind, daß sie gar nicht gehandelt werden. Ebenso sind die als „Kottannen“ verkauften Bäume weiter nichts als gewöhnliche Fichten mit besonders dunkler, ins Rötliche spielender Färbung.

Neuerdings kommt in moderner Form auch die feuergefährliche Pyramide, vom Berliner „Perjamibe“ genannt, wieder auf. Man versteht darunter vor fünfzig und mehr Jahren, als der Eisenbahnverkehr noch nicht wie heute die Möglichkeit bot, ungeheure Mengen von Nadelhölzern aus den Wäldern nach den Städten zu transportieren, ein aus Holz und buntem Papier gefertigtes Kunstwerk in Pyramidengestalt. Das Holzgestell wurde mit grünem, gewachstem Seidenpapier umwickelt, obenauf kam ein knallgelber wächserner Kanarienvogel, und was ihm im Glanz der Lichter beinahe so etwas wie Poesie verlieh, das war das an den Leuchtern und auf der Spitze angebrachte Knister- oder Rauschgold. Heute würden an dem metallischen Rauschen der goldenen Fitter kaum mehr unsere Kinder, die in den Schaufenstern viel Schöneres sehen, Gefallen finden. Weit beliebter sind, wenn auch der Naturbaum noch so ziemlich die Alleinherrschaft hat, hängende Weihnachtskronen geworden, die wie ein waagrechttes Wagenrad oder eine Erntekrone mit Tannen- und Buchsbaumgrün, mit bunten Sont- und Seidenbändern geschmückt sowie mit Lichtern bestückt werden und den Vorteil der Feuerlosigkeit haben. Aber den reizvollen Hauber unseres althäutigen, naturwüchsigen Tannenbaumes, mag er auch noch so bescheiden geschmückt sein, wird diese neue Weihnachtsmode niemals erleben.

Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften und Wandschmuck-Ausstellung im Gewerkschaftshaus. Der von Jahr zu Jahr steigende Besuch dieser Ausstellungen zeigt, wie notwendig und zeitgemäß die Veranstaltungen sind. Als unser Genosse Dr. Leo Arons im Jahre 1901 zum erstenmal die Bücherausstellung veranstaltete, ging er von der Voraussetzung aus, daß es nicht genüge, allein eine Liste empfehlenswerter Bücher herauszugeben, daß man vielmehr den kaufwilligen Gelegenheiten geben müsse, selbst in Ruhe und ohne irgendeinen Kaufzwang die Bücher durchzuprüfen. Bei dieser ersten Ausstellung und auch den folgenden wurde das vom Hamburger Jugendschriften-Ausschuß herausgegebene Verzeichnis zugrunde gelegt; als dann später der Bildungs-Ausschuß sich ebenfalls mit der Jugendschriftenfrage beschäftigte und ein eigenes Verzeichnis herausgab, wurde dieses Verzeichnis gewählt und die darin angeführten Bücher ausgestellt. Die Ausstellung ist nunmehr so umfangreich, daß ein jeder etwas Passendes finden kann.

Die Wandschmuck-Ausstellung konnte in diesem Jahre bedeutend ausgedehnt werden, da durch den zur Verfügung stehenden Ausstellungsraum die Möglichkeit bestand, mehr Bilder als früher unterzubringen. Die Trennung der beiden Ausstellungen bewährt sich auch in der Weise, daß die Besucher auf zwei Räume verteilt sind und dadurch das Gedränge etwas eingeschränkt wird. Immerhin ist es aber zu empfehlen, den Wochentag zu einem Besuche zu benutzen.

Die Ausstellungen sind bis einschließlic nächsten Sonntag täglich von 3-9 Uhr geöffnet, die im Saal II untergebrachte Verkaufsstelle von 3 bis 8 Uhr. Jedermann hat unentgeltlich Zutritt, Kinder jedoch nur in Begleitung von Erwachsenen.

Ueber unhaltbare Verkehrszustände auf dem Ringbahnhof Wedding, die namentlich in den Morgenstunden beim Verkehr der Arbeiterzüge hervortreten, wird bei uns von zahlreichen Seiten Beschwerde geführt. Hiernach entsteht hauptsächlich in der Zeit von 6 1/2 Uhr bis 8 1/2 Uhr morgens, wenn die vollgepfropften Arbeiterzüge schnell hintereinander einlaufen, an der Fahrkartenkontrolle ein lebensgefährliches Gedränge. Die Ankommanden müssen mit jeder Minute rechnen, um pünktlich auf der Arbeitsstätte zu sein, und suchen daher die Kontrolle so schnell als möglich hinter sich zu bringen. Das ist aber, wie übereinstimmend geklagt wird, nicht so einfach, da in dieser Hauptverkehrszeit für Arbeiter fast ebenso viele Fahrgäste von unten nach dem Bahnsteig hinausstürmen. Von diesen Hinaufstürmenden werde oft der ganze Treppenaufgang eingenommen, so daß die ausgestiegenen Fahrgäste sich nur mit äußerster Mühe einen Weg bahnen können. Es soll bei diesem täglichen Gedränge schon vorgekommen sein, daß den Fahrgästen die Hüte heruntergerissen, die Schirme zerbrochen und die Holzablagen der Fahrkartenkontrolleure aus ihrer Stellung gerückt worden sind. Eine Zeitung sei auf dem Bahnsteig ein Schuhmann postiert gewesen, doch habe derselbe gegen den Uebelstand so gut wie nichts ausgerichtet können. Dabei werde hier der Verkehr in den Morgenstunden immer größer, somit wachse auch die Gefahrmöglichkeit, daß mal ein größeres Unheil angerichtet wird.

Wir haben uns gestern durch persönliche Beobachtung überzeugt, daß die Klagen begründet sind. Der größte Ansturm auf die Fahrkartenkontrolle findet statt bei der Ankunft der Volkringzüge, die die meisten Fahrgäste bringen. Der langgestreckte Ringbahnhof Wedding hat zwei Ein- und Ausgänge, den einen nach der Müllerstraße, den anderen nach der Reinickendorfer Straße. An letzterer Stelle, über die der Arbeiterverkehr nach den Werkstätten der A. G. am Gartenplatz und in der Voltstraße flutet, tritt der Mißstand ganz besonders hervor. Die Bahndirektion scheint

diesen Mißstand auch sehr wohl zu kennen, denn hier an der Reinickendorfer Straße hat man den Holzablagen der Fahrkartenkontrolleure von Meterhöhe ab schwere eiserne Häuben aufgesetzt, die an dem Ausgang nach der Müllerstraße nicht vorhanden sind. Jeder der beiden Ein- und Ausgänge hat vier Durchlässe. Davon sind je zwei für ankommende, je weitere zwei für abfahrende Personen bestimmt. Von 6 Uhr an waren alle acht Durchlässe geöffnet und ebenso viele Kontrolleure tätig. An der Reinickendorfer Straße wurden zu gleicher Zeit die vier Durchlässe in der Mitte durch zwei eiserne Ketten getrennt, um das Zusammenprallen ankommender und abfahrender Fahrgäste möglichst zu verhindern. Trotzdem ließ man fortgesetzt zahlreiche die Treppe hinaufkommende Fahrgäste, allerdings den weitaus geringeren Teil, durch alle vier Kontrollen passieren. Wir sind ja nun nicht so burokratisch betanlagt, um zu verlangen, daß stets eine genaue Scheidung befolgt wird. Es ist ganz praktisch, wenn sich das je nach den Umständen richtet. Aber zwischen 6 1/2 und 8 1/2 Uhr, wenn hier viele Tausende ankommen und die Züge sich mit Abstand von 1 bis 3 Minuten folgen, sollte niemand durch den falschen Durchlaß nach oben gelassen werden, weil der Zusammenstoß dann tatsächlich lebensgefährlich ist. Ferner müssen alsdann die vier, sich frei in den Angeln bewegenden Türen zurückgelegt und fest eingehakt werden, damit die Menge freie Bahn hat. Von 6 bis 7 Uhr kommen hier nicht weniger als 25 Züge an, die durchweg überfüllt sind. Während der Zeit von 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr befanden sich in den meisten Abteilen 15 bis 18 Personen, darunter viele Frauen und Mädchen, während die mitgeführten Wagen zweiter Klasse natürlich völlig leer fahren. Jeder der von Westen ankommenden Züge bringt in der erwähnten halben Stunde mindestens 500 Aussteigende, mehrere Hundert entfeigen oft gleichzeitig den aus anderer Richtung einlaufenden Zügen. Minutenlang befinden sich bis zu 2000 Menschen auf dem Bahnsteig. Man soll und nicht einwenden, daß ja an Sommerfesten ein viel stärkerer Verkehr herrscht und auch kein größeres Unglück geschieht. Es ist etwas anderes, ob man zum Vergnügen oder zur Arbeit fährt. Der Schuhmann, der auch gestern auf dem Bahnsteig patrouillierte, ist vollständig überflüssig und für den Mißstand ganz bedeutungslos. Sind die lokalen Einrichtungen so, wie sie sein sollen, dann regiert die Arbeitermenge schon sich selbst zur Genüge. Der Hauptfehler liegt darin, daß hier, wie es solange auch beim Bahnhof Schönhauser Allee der Fall war und noch jetzt bei anderen Ringbahnhöfen zutrifft, keine für Ankommende und Abfahrende getrennte Treppen vorhanden sind. Angesichts des stetig wachsenden Verkehrs in den Frühstunden muß auch auf dem Bahnhof Wedding schleunigst ein besonderer Ausgang nur für die Ankommenden, zunächst nach der Reinickendorfer Straße hin, mit vier gleichzeitig zu benutzenden Durchlässen geschaffen werden. Wie das die Eisenbahndirektion bei der allerdings sehr verbauten Lage des Bahnhofes Wedding bewerkstelligt, soll vorläufig nicht unsere Sorge sein.

Für die Bewertung des Scheunenviertelterrains ist der Stadt Berlin in den letzten Tagen eine Offerte gemacht worden, nach der dieses Terrain zu einem Preise von 8 Millionen M. im Erbbaurecht bebaut werden soll. Zu diesem Zwecke ist die Bildung einer Aktiengesellschaft mit 2 Millionen M. Kapital vorgesehen, welche das gesamte Terrain auf 60 Jahre in Erbpacht nehmen will gegen 2 1/2 Proz. Verzinsung gleich 200 000 M. pro Jahr. Die Stadt Berlin soll außer diesem Erbzins von 6 Proz. mit der Hälfte beteiligt bleiben, außerdem aber das Terrain mit allen darauf zu errichtenden Baukosten im Herstellungspreis von zirka 12 Millionen M. nach 60 Jahren schuld- und lastenfrei zurück-erhalten. Mit diesem Vorschlag ist eine einheitliche Bebauung des gesamten Geländes in großzügiger Weise, unter Berücksichtigung aller modernen technischen Fortschritte für die gesamten Grundstücke vorgesehen. Die Stadt Frankfurt a. M. hat bereits den Weg des Erbbaurechts beschritten.

Der Stadt sind auch noch mehrere Angebote von einigen Bauunternehmern gemacht, die weit günstiger als die früheren Offerten lauten. Der Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung beschloß deshalb gestern, die Beschlußfassung über die den Stadtverordneten gemachte Vorlage auszusetzen und die Stadtverordnetenversammlung zu ersuchen, ihn zu ermächtigen, auch etwaige andere Offerten, die der Magistrat ihm vorlegt, zu prüfen.

Eine Weihnachtsüberraschung der Eisenbahn für das Publikum. Die Kgl. Eisenbahndirektion Berlin hat mit der bahnamtlichen Kollifugegesellschaft, Kollifugenwerk 4, einen neuen Vertrag abgeschlossen, der entscheidende Änderungen enthält. Die wichtigste Änderung betrifft das Abtragen der Güter: Der neue Vertrag verpflichtet die Gesellschaft zum Abtragen aller bahnamtlich an- und abzurollenden Güter; und zwar müssen Sendungen bis 50 Kilogramm auf einen Frachtbrief von den Fuhrbegleitern unentgeltlich nach und von allen Stadtwerten, den Kellern und Häfen abgetragen werden. Für Sendungen über 50 Kilogramm auf einen Frachtbrief ist ein Tarif aufgestellt, der je nach dem Umfange der Abtragungslieferung eine angemessene gestaffelte Abtragegebühr vorsieht. Für Einzelstücke im Gewicht über 150 Kilogramm hat mit Rücksicht auf die große Verschiedenheit der Verhältnisse ein Abtragetarif sich nicht aufstellen lassen; hier ist aber die Gesellschaft verpflichtet worden, in jedem Falle vor der Zurollung mit den Empfängern die Gebühr für die etwa gewünschte Abtragung zu vereinbaren. Durch diese Neuerung ist es der Kgl. Eisenbahndirektion gelungen, die bisher bestehende, eine Quelle von Unzuträglichkeiten bildende Vereinbarung der Fuhrbegleiter mit dem Publikum für das Abtragen der schwereren Güter zu beseitigen. Die Abtragung der Güter ist nicht mehr in den freien Willen der Fuhrbegleiter gestellt, vielmehr sind diese verpflichtet, auch die schwereren Güter nach dem amtlich festgelegten Satzen abzutragen. Bei Einzelstücken über 150 Kilogramm Gewicht ist das Publikum dadurch geschützt, daß die Gesellschaft zu einer Vereinbarung des Entgelts für die Abtragung vor der Zurollung verpflichtet ist; es wird also auch hier eine Zwangslage des Publikums beseitigt. Die Kosten, die durch diese Neuerung der bahnamtlichen Kollifugegesellschaft auferlegt werden, sind auf die Kollifugekosten im allgemeinen nicht ohne Einfluß geblieben. Die Eisenbahndirektion hat auch eine teilweise Erhöhung dieser Gebühren eintreten lassen. Ausgeschlossen bleiben von der Erhöhung der Kollifugekosten Sendungen gering wichtiger Natur, kleine Sendungen bis 20 Kilogramm auf einen Frachtbrief.

Ein Handtaschenräuber, der in den letzten Tagen im Tiergarten einfallend gebende Damen Handtaschen entriß und dann eiligst das Weite suchte, wurde am Montag ergriffen und als ein 22 Jahre alter aus München gebürtiger Mechaniker Ludwig Hartig fest-gestellt.

Mit Stichwunden am Halse wurde am Montagabend die 23 Jahre alte Fabrikarbeiterin Gertrud Freier in dem Hausflur eines Hauses in der Müllerstraße aufgefunden. Bald nachdem die Schwerverletzte ins Virchow-Krankenhaus eingeliefert worden war, starb das Mädchen. Anfangs kam ihr Gekränkter in einen schweren Verfall, es stellte sich aber bald heraus, daß das Mädchen sich selbst ein Rückenmesser im

den Hals gestochen hatte, weil es mit ihrem Bräutigam nicht zusammenkommen sollte.

Selbstmord, der in den Kreisen der Berliner Bauwelt großes Aufsehen erregte, wurde gestern nachmittags um 6 Uhr der Wittin der Firma Lange, Jägerstr. 62a, der Kaufmann W. Fischer, Lebehofstr. 9, wohnhaft, A., der vor einiger Zeit seine Gattin durch den Tod verloren hatte, war in letzter Zeit in finanzielle Verhältnisse geraten und hatte schließlich sein Vermögen in Spekulationen verloren, zu welchen ihm der durch die Wolgast-Affäre bekannt gewordene Moller Sch. geraten hatte. Vor zwei Wochen hatte Fischer bereits in seiner Privatwohnung den Versuch gemacht, sich mit Phosphor zu vergiften, doch konnte er noch rechtzeitig daran verhindert werden. Gestern nachmittags schickte er in seinem Bureau in der Jägerstrasse beschäftigte Schreibmaschinistin unter einem Vorwand fort und erschoss sich dann. Als das junge Mädchen zurückkehrte, fand es den Chef als Leiche vor. Ein junger Arzt konnte nur noch den Tod des Unglücklichen feststellen.

Der Bau der Untergrundbahn Spittelmarkt-Alexanderplatz-Schönhauser Allee ist inzwischen auch in der Kloster- und Dürfenstraße vorbereitet worden. Der durch die letztere führende Kanalablauf ist verlegt und an der Kreuzung der Brunnenstraße unterbündert worden, so daß der Untergrundbahntunnel über ihn hinweggeführt werden kann. Diese langwierigen Arbeiten sind jetzt soweit vorgeschritten, daß mit der Pflasterung begonnen werden konnte. Das Gebäude der königlichen Kunstschule in der Klosterstraße 76 muß bekanntlich (in einer Krümmung von 80 Meter Radius) unterfahren werden, da die Untergrundbahn unter den zwichen Kunstschule und Jollant gelegenen „Durchgang“ nach der Neuen Friedrichstraße liegen soll. Die Bahntunnel werden mit ihren verstärkten Mauern nahezu zwei Drittel des Stollenquerschnittes in Anspruch nehmen. Zu dem Zwecke muß das Gebäude der Kunstschule in ähnlicher Weise wie das Schloss Markgrafen-Taubenstraße unterfangen werden, was hier weit einschneidendere Fundamentarbeiten erfordert. In der Umfassungsmauer der etwa 88 Meter langen Seitenfront sowie in der Haupttragewand des Gebäudes sind bereits mächtige Eisenträger eingesetzt worden, welche das Gewicht des Baues aufzunehmen haben, bis die 6 Meter tiefer zu führenden Fundamente ausgeführt sein werden. Drei im Querschnitt je drei Meter breite Parallelmauern werden unter den nördlichen Gebäudeteil in diagonaler Richtung eingebaut und zwischen diesen wird dann je ein einseitiger rund 5 Meter breiter Tunnel liegen, der wie die Bahnanlagen unter dem Fürstentum und Berthelmschollischer abgedichtet werden soll. Die Tunnelsohle wird etwa 8 Meter unter dem Straßenniveau liegen. Bei dieser Tiefenlage muß natürlich mit dem Grundwasser gerechnet werden; bevor daher mit den Ausschichtungsarbeiten begonnen werden kann, muß die Wasserhaltung installiert werden. Die Firma Siemens u. Halske hat bereits vier kräftige Motoren in die Baugrube einbringen lassen, welche die Pumpen in Tätigkeit halten sollen. Vorgeplant ist mit der Anlage des ersten Bohrbrunnens in der Klosterstraße begonnen worden. Die beiden Bohrbrunnens zu beiden Seiten des Durchganges an der Neuen Friedrichstraße werden dem Tunnelbau zum Opfer fallen, das eine derselben ist bereits dem Erdboden verschunden, das an der Seite des Rauchmuseums belegene wird bald folgen.

Einen neuen Straßenbahnhof in Brix wird die Große Berliner Straßenbahn am 15. Dezember d. J. in Betrieb nehmen. Der Bahnhof, der die Nummer XVII erhält, wird Wagen der Linien 7, 21, 28, 29, 47, 48, 53, 55, 58 und 94, die bisher auf den Bahnhöfen Rixdorf, Koabit und Adersbrotke untergebracht waren, aufnehmen. Er ist für 200 Wagen im ersten Ausbau eingerichtet, doch wird demnächst ein weiterer Ausbau für weitere 200 Wagen vorgenommen. Die Zahl der Bediensteten, einschließlich der Handwerker, die zum Bahnhof gehören, beträgt zunächst 650 Mann. Der Bahnhof liegt an der Stadtstraße in nächster Nähe des Rathhauses Brix.

Tot aufgefunden wurde gestern nachmittags die 68 Jahre alte Dienstmagd Margarete Hoffmann aus der Klimentstraße. 1 in ihrer im vierten Stock belegenen Wohnung. Die Frau lebte für sich allein und litt oft an Herzleiden. Gestern mittags wollte sie ein Kaffee, der vorher schon zweimal vergeblich Einlaß begehrte, besuchen. Als ihm jetzt wieder nicht geöffnet wurde, ging er nach dem 63. Polizeirevier und holte einen Schuhmann. Man brach die Tür auf und fand Frau Hoffmann auf dem Gesicht in einer Blutlache in ihrem Bette liegend tot auf. Es ist noch nicht festgestellt, ob die Frau einen Mordversuch erlitten hat und dabei erstickt ist, oder ob ein Verbrechen vorliegt.

Ein eigenartiger schwerer Unfall ereignete sich am gestrigen Dienstagmorgens gegen 3 Uhr im Osten Berlins. Vor dem Hause Markgrafenendamm 8 wurden einige Kühe abgeladen, die für die in dem Hause befindliche Molkerei von H. Kaiser bestimmt waren. Als der 23jährige Stallschweizer Hermann Schmidt, Markgrafenendamm 8 wohnhaft, eines der Tiere vom Wagen herabführen wollte, schaute dieses plötzlich und stürzte die Straße entlang. Er fiel sich Schmidt von dem Halstreck, den er mehrmals fest um das Halsgelenk geschnitten hatte, befreien konnte, raste das Tier durch die Schaulenstreiche eines Eisenwarengeschäfts bis in den Laden hinein, indem es den Knöchel neben sich herbeischiebte. Während die Kuh bei dem „Einbruch“ so gut wie gar nicht verwundet worden war, hatte der Stallschweizer schwere Verletzungen davongetragen. Die ganze linke Gesichtshälfte war vollständig aufgerissen, die Pulsader des linken Armes durchgeschnitten und der Wipps des rechten Oberarmes stark blutet. Der Unglückliche, der infolge des großen Blutverlustes das Bewußtsein verloren hatte, wurde nach der Unfallstation Warschauer Straße und von dort nach Anlegung von Notverbanden nach einer nahe gelegenen Privatklinik übergeführt.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Unterricht in „Einführung des Sozialismus“ fällt des Nachmittags wegen heute aus. Die letzte Unterrichtsstunde findet am Mittwoch, den 21. Dezember, statt. Der Vorstand.

Einem armen Dienstmädchen ist am Sonntag, den 11. Dezember, abends 1/2 7 Uhr, in der Ritterstraße an der Alexandrinenstraße, eine schwarze Damenhandtasche verloren gegangen, in der sich zwei Portemonnaies, ein Leeres und ein ungefährt 7 M. enthaltend, ein Taschentuch ohne Zeichen, 2 Schlüssel und ein kleiner Spiegel befanden. Der Finder wird um Abgabe gebeten bei Böring, Rixdorf, Elbestr. 19/20, Hof 2 Treppen.

Jungen gesucht. Personen, welche am 1. Oktober d. J., mittags 12 1/2 Uhr, die Straßenbahn Linie 45 benutzten, auf dem hinteren Perron gestanden und gesehen haben, wie an der Ecke Danziger Straße Schulleute einen Mann arretrierten und mit zur Wache nahmen, werden höflichst ersucht, ihr Verstehe abzugeben an Herrn Köhler, Treistr. 51.

Arbeiter-Samaritaner-Bund, Kolonne Berlin. Morgen, Donnerstag, abends 9 Uhr: 8. Abteilung in Schöneberg, Vorbergr. 9, und 4. Abteilung in Lichterfelde, Schwanenbergr. 60. Vortrag in beiden Abteilungen über: „Verderbungen und Erzierungen“. Am Sonntag, den 18. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Hofsaal des Rathhauses des Prof. Dr. Charité, Eingang Alexander-Platz: Vortrag des Herrn Prof. Dr. Kaiserling über: „Erbliche Geschwülste, wie Krebs-Sarkome und andere“ mit Demonstrationen an Präparaten.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf. Die Stadtverordnetenwahl im 19. Kommunalwahlbezirk findet am morgigen Donnerstag, den 19. Dezember, von vormittags 10 Uhr bis abends 7 Uhr im Volkshaus von Kempe, Pring-Händelstraße 70, statt. Der Kandidat der Sozialdemokratie ist der Gewerkschaftsbeamte Franz Hyonius, Fontanestraße 82. Soll die III. Abteilung dauernd bestehen, der Sozialdemokratie bleiben, dann ist es

notwendig, oben genanntem Kandidaten zum Siege zu verhelfen, der ohne Rücksicht auf Privat- und Sonderinteressen für das Wohl der Allgemeinheit eintritt. Daher müssen alle Wahlberechtigten zur Wahl gehen und den Wahlrechtstheuren eine Niederlage bereiten helfen.

Tot aufgefunden wurde in der Nacht zum Dienstag eine unbekannt Frau auf dem Fluß des Hanes Bergstraße 58. Wahrscheinlich ist sie einer Herzlähmung erlegen. Die Frau ist 35 bis 40 Jahre alt und 1,55 Meter groß, sie trug ein braunes Sammetjackett, einen grünen Filzhut, ein schwarzes Kleid, einen schwarzen Gürtel mit gelbem Schloß, schwarze Strümpfe und Schnürschuhe. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Nummelsburg.

Die Gemeindevertretung vollzog in ihrer letzten Sitzung die Gründung zweier Lehrstellen an der katholischen Schule wie die Gründung einer Oberlehrer- und einer Gesanglehrerstelle am Realgymnasium. Nach einer Erklärung des Bürgermeisters ist das Gymnasium nunmehr ausgebaut und es sollen weitere Lehrkräfte nicht mehr nötig sein. Gemeindevertreter Oberlehrer Rigte am Gymnasium war aber gegenwärtiger Ansicht; er ließ gleich verlauten, daß er in nächster Zeit einen Antrag auf weitere Einstellung von Oberlehrern am Gymnasium einbringen werde. Der Hauptpunkt der Tagesordnung, Erteilung eines Grundstücksvertrags, wurde von der Tagesordnung abgesetzt werden — da Finanz- und Bauausschuss die Vorarbeiten noch nicht erledigt hatten. In nächstfolgender Sitzung sollte hierauf der Verkauf von Grundstücken vom Krankenhausgelände an der Prinz-Albertstraße vorgenommen werden — auf Antrag unserer Vertreter wurde der Verkauf der Grundstücke aber in der öffentlichen Sitzung beraten. Unser Vertreter John wandte sich mit großer Entschiedenheit gegen den Verkauf der betreffenden, dem neuen Krankenhaus an der Prinz-Albertstraße vorliegenden Grundstücke zu Bedauungszwecken; er führte unter anderem aus, daß es in jeder Hinsicht unverantwortlich sein würde, einem Krankenhaus, das nur 38 Betten von der Straßengrenze entfernt liegt, auf diese 38 Meter noch hohe Wohnhäuser vorzubauen. Rechner hält die Größe des ganzen Grundstückes schon für das jetzige neue Krankenhaus mit rund 50 Betten, welches aber auf 100 Betten erweitert werden soll — für kaum genügend groß — um auch nur einigermaßen den notwendigen Anforderungen, die man in Beziehung auf Luft, Licht und Anlagen an ein zeitgemäßes Krankenhaus stellen muß — genügen zu können. Hinzukommt noch, daß das Krankenhaus bereits von zwei Seiten von der Eisenbahn eingeschlossen ist. Der Bürgermeister, welcher die Einwendungen unseres Genossen gegen den Verkauf der Grundstücke als nichtig abweist — meinte aber, daß die schlechten finanziellen Verhältnisse unserer Gemeinde nothgedrungen den Verkauf der betroffenen Grundstücke erzwinge — auch sei feinerzeit beim Kauf des Krankenhausgeländes wegen des außerordentlich hohen Preises, den die Stadt Berlin und hierfür abgenommen hat — der Verkauf der Frontgrundstücke bereits beabsichtigt gewesen. Nach längerem Hin und Her wurde beschlossen, daß vor der Beschlußfassung über den Verkauf der betreffenden Grundstücke erst eine gemeinsame Besichtigung des Krankenhauses von der Gemeindevertretung stattzufinden hat. Weiter wurde man sich dahin einig, daß in der Januar-Sitzung der Gemeindevertretung eine Aussprache über den geplanten Zwangsverkauf für Groß-Berlin stattfinden.

Da nach dem Ergebnis der diesjährigen Volkszählung gegenüber den Nachweisungen des Reichsamts die Einwohnerzahl Nummelsburgs 2000 Seelen weniger beträgt, fragten unsere Genossen an, worauf diese verhältnismäßig große Differenz zurückzuführen ist. Der Bürgermeister erklärte hierzu, daß am 1. Dezember 900 Arbeitshändler abwesend waren und daß in der ersten Zeit, als die königliche Polizei das Reichswesen übernahm, allem Anscheine nach nicht gleich alles geklappt hat.

Nieder-Schönhausen.

Der Amtsausschuss hatte sich in einer öffentlichen Sitzung mit der Neuordnung der Gehälter der Sekretäre, Bureauassistenten, des Amtsvorwärters und der Polizeizeuganten zu beschäftigen. Nach der Neuordnung steigt das Gehalt des 1. Sekretärs stufenweise von 3100 M. bis zum Höchstgehalt von 5000 M.; sonstige Sekretäre von 2400—4400 M.; Assistenten und Wachtmeister von 2100—3500 M.; Polizeizeuganten von 1750—2450 M. Das Höchstgehalt wird nach einem Dienstalter von 21 Jahren erreicht. An Kleidergeld erhält der Wachtmeister 150 M. jährlich, die Polizeizeuganten 100 M. Somit haben nunmehr sämtliche Beamten und Angestellten der Gemeinde Nieder-Schönhausen eine Aufbesserung ihrer Gehälter erfahren.

Der Gemeindevorstand fordert alle hiesigen Kriegsveteranen, die keinem Kriegerverein angehören und in dürftigen Verhältnissen leben, auf, sich scheinig bei demselben zu melden, da den Veteranen eine einmalige Schenkung ausgehändigt werden soll. Papiere sind mitzubringen.

Spandau.

Die Vermehrung der Polizeibeamten steht schon wieder in Aussicht. Der Magistrat hat, um sein Ziel so schnell wie möglich zu erreichen, etwas herausgefunden, was die bürgerlichen Legationsvereine schon längere Zeit gewünscht haben, nämlich die Einrichtung von Polizeirevierern in den einzelnen Stadtvierteln. Die Wilhelmstadt hat bereits ihre Revierwache. Jetzt ist geplant, in der Neustadt gleich zwei Revierwachen zu errichten. Dazu sind 10 neue Polizeibeamte erforderlich. Um die Sache etwas schmählicher zu machen, sollen die Revierwachen mit einem Einwohnermildeamt verbunden werden. Unsere bürgerlichen Stadtverordneten werden natürlich diese Einrichtung mit großer Freude begrüßen und wenn es nachher gilt die Steuern dafür aufzubringen, dann werden sie es schon so beschließen, daß sie auf die Schultern abgewälzt werden, die schon genug zu tragen haben. Es soll nicht bestritten werden, daß die Einrichtung von Revierwachen in den einzelnen Stadtvierteln eine große Bequemlichkeit für die Einwohner bietet. Aber muß denn dies Mildeamt gerade von der Polizei verwaltet werden? Wenn man in jedem Stadtviertel einen Raum mietet und dort einen Revierbeamten hineinsetzt, dann geht die Sache eben so gut. Für das Geld, was die übrigen geforderten Polizeibeamten kosten, könnte man an dem Mildeamt vielleicht noch eine Sanitätswache einrichten. Für diese Zwecke wären die Einwohner wohl alle bereit die Kosten zu übernehmen. Polizeibeamte hat Spandau schon gerade genügend, wenn man sie nur zu rein polizeilichen Zwecken verwenden wollte.

Potsdam.

Stadtverordnetenversammlung. Die Kosten der Pflasterung für 1911 betragen 150 000 M. Die Versammlung stimmte der Vorlage zu. Gleichzeitig wurde ein Pflasterungsplan für die nächsten Jahre mit einem Kostenpunkt von 900 000 M. vorgelegt. — Eine Jahrlinie für Schulkinder soll in der Gemeindegemeinschaft IV eingerichtet werden. Ein Teil der Kosten soll aus den Ueberschüssen der Sparkasse entnommen werden. — Die Einführung der Maltsteuer hat eine Mehrarbeit für den städtischen Fuhrpark veranlaßt. Neben der Verlegung des Abblatplatzes nach Dremsig sind vorläufige Neuanstellungen von 4610 M. notwendig. Stadtv. Winkler befürchtet, daß durch den weiten Weg die Ausfuhr unterwegs einen Schnaps nehmen werden und das Pferdmaterial verunreinigen. (Es wäre vernünftiger gewesen, der Stadtverordnete hätte sich einmal um die miserablen Löhne gekümmert.) — Für das städtische Krankenhaus werden die Verpflegungsgänge für Kinder bis zum Alter von 10 Jahren mit a n f e c e n d e n Krankheiten von 1,75 M. auf 1,25 M. erniedrigt. Der frühere Antrag aus der Versammlung, die Kosten bis zu 14 Jahren von 1,75 M. auf die Hälfte herabzusetzen, fand nicht die Billigung des Magistrats. — Zum Bau einer Städt. Halle von privater Seite ersuchte der Magistrat um die Zustimmung der Stadtverordneten zu der Erlaubnis, sofort die Fundamentierungsarbeiten auf der städtischen Freundschaftsinsel auszuführen zu können. Die Vorlage war so mangelhaft, daß ein großer Teil der Stadtväter die Meinung vertrat, dieselbe ohne

weiteres an den Magistrat zurückzugeben. Schließlich setzte man eine Kommission ein. Die Zustimmung ist die Einleitung zu einem neuen Millionenprojekt. Ein Teil der Freundschaftsinsel ist städtisch. Um zu diesem Terrain zu gelangen, muß aber erst Gelände abgetreten werden, das der Regierung gehört. Diese ist nur für die Abtretung zu haben, wenn die Stadt eine neue Brücke zur Entlastung der Langenbrücke über die dort zweiarneige Havel baut, wozu sie allerdings ihren Zuschuß in Aussicht stellt.

Soziales.

Der Krawattenfabrikant Klotz Steinberg

Stand gestern schon wieder einmal vor dem Gewerbegericht. Eine Frau B., die vom 9. bis 26. November in Steinbergs „Erster Berliner Krawattenfabrik“ einen Lehrkursus zwecks Erlernung des Krawattenwebens genommen hatte, forderte im Klagewege von dem Steinberg und seiner Ehefrau geborenen Krawattenfabrik 10 Mark Schadenersatz. Die Ehefrau Steinbergs hatte ihr vor Eintritt in die Akademie zugesichert, daß sie nach Beendigung des Lehrkursus von der Krawattenfabrik mit Heimarbeit beschäftigt wird. Dieses Versprechen sei nicht gehalten worden. Obendrein habe ihr noch Steinberg ein Lehrzeugnis gegeben, in dem ihre Kenntnisse und Leistungen als mangelhaft beurteilt werden. Sie habe infolgedessen auch keine Arbeit in anderen Krawattenfabriken finden können. Sie habe sich genötigt gesehen noch in einer anderen Fabrik einen Lehrkursus zu nehmen, für den sie 10 Mark bezahlt habe. Diese 10 Mark forderte sie zurück, da die Lehre bei Steinberg infolge der ungenügenden Unterweisung und mangelhaften Ausbildung eine nutzlose gewesen sei.

Steinberg, der die im Handelsregister unter der Firma „Offene Handelsgesellschaft K. und O. Steinberg, Krawattenfabrik“ eingetragene Besagte vertritt, bestritt, daß die klagende Firma zu verklagen sei. Dann die Klägerin habe mit ihr nichts zu tun gehabt, sondern nur mit der ihm allein geborenen Krawattenfabrik. Für letztere sei aber das Gewerbegericht nicht zuständig, da nach einer Entscheidung des Stadtausschusses vom Jahre 1907 die Krawattenfabrik ein bloßes Unterrichts- und Lehrinstitut sei. Im übrigen sei auch der Anspruch der Klägerin materiell unbegründet, denn sie habe ihm schriftlich erklärt, daß sie mit dem genossenen Unterrichts vollkommen zufrieden sei und anerkenne, daß er seine im Lehrvertrage übernommenen Verpflichtungen richtig erfüllt habe. Dieses Schriftstück wurde dem Gericht vorgelegt. Das Gericht empfahl der Klägerin, mit dem Hinweis auf bereits früher ergangene Entscheidungen, die Klage zurückzunehmen. Nach Ansicht des Gerichts ist es nicht anzunehmen, daß, wenn etwas bereits schriftlich als richtig anerkannt ist, bald darauf widerrufen wird. Den Rat befolgte Klägerin.

Wiederholt kann nur einbringlich davor gewarnt werden, Schriftstücke zu unterschreiben, von denen man keine Abschrift erhalten und deren Inhalt man nicht zuvor mit sachverständigen Bekannten durchgesprochen hat.

Aus aller Welt.

Blutiges Drama im Gerichtssaal.

In Rom, im französischen Departement Vau-de-Dôme, erludigte sich gestern, wie ein Telegramm aus Paris meldet, der Schuhmacher Poillon im Gerichtssaal bei dem Oberstaatsanwalt und dessen Vertretern, was aus einer von ihm eingereichten Klage geworden sei. Als ihm die beiden Vertreter erwiderten, daß sein Prozeß aussichtslos sei, feuerte Poillon mehrere Revolverkugeln auf sie ab und verwundete beide schwer.

Das Untwetter in Spanien.

Im Heberschwemmungsgebiet bei Malaga ist ein Wohnhaus eingestürzt. Eine ganze Familie wurde unter den Trümmern begraben. Drei Personen wurden als Leichen, zwei andere schwer verletzt geborgen. Die Stadt Patonies ist durch das Wasser vom Verkehr vollständig abgeschnitten. Alle Wohnungen sind teilweise überschwemmt, mehrere Häuser eingestürzt. Auf den Eisenbahnlinien ist großer Schaden angerichtet worden. Besonders in Malaga, Castellon und Colmenares. In dieser letzteren Stadt steht der Bahnhof vollständig unter Wasser. Die Bahnbeamten und ihre Familien muhten sich in Wagenabteile flüchten. Ganze Lüge sind auf freiem Felde stehen geblieben.

Erfolgreicher Schülerstreik.

Die Schüler der Oberklassen der Volksschule in Xuriol (Departement Rhodanien) verließen vor einigen Tagen die Schule und zogen in geschlossener Reihe unter Vortragen einer roten Fahne zum Bürgermeisterrat, wo sie erklärten, daß sie streiken würden, falls ihr gegenwärtiger Schulleiter nicht versetzt würde. Die Vernehmung erfolgte gestern, die Schulkinder haben den Schulbesuch wieder aufgenommen.

Kleine Notizen.

Ein schweres Brandunglück trug sich in der letzten Nacht in Aachen zu. Aus bisher unbekanntem Ursachen brannte das dortige Quirinusbad wieder, dabei kamen zwei Kellnerlehrlinge in den Flammen um, drei Personen wurden durch Brandwunden verletzt.

Bei der Einfahrt eines Schotterzuges in den Bahnhof in Stettin entgleisten drei Wagen und legten sich auf die Seite. Dabei ist ein junges Mädchen tödlich verunglückt, zwei andere Passagiere erlitten schwere Knochenbrüche.

Explosion in einer Pulverfabrik. In Reichenstein in Schlesien trug sich in der Gütterschen Pulverfabrik am Montagabend eine Explosion zu, wobei zwei Menschen getötet wurden.

Zwei ungetreue Berliner Bankbeamte verhaftet. Die Polizei in Lille in Frankreich hat gestern abend die beiden Bankbeamten Richard Krause und Fritz Giese verhaftet, die vor kurzem bei der Deutschen Bank 79 500 Mark entwendet hatten. Sie begingen die Unflugsucht, an ihre Frauen mit Angabe ihrer Adressen zu schreiben. Daraufhin erfolgte auf telegraphische Anweisung die Verhaftung. Die Weiden hatten nur noch 875 Fr. bei sich.

In der römisch-katholische Kathedrale des Londoner Viertels Southwark drangen Diebe ein, die Kirchengüter im Werte von 80 000 Mark erbeuteten. Dann kletterten sie über das Dach der Sakristei in die Wohnung des Bischofs, wo sie ebenfalls eine ganze Menge wertvoller Kirchengüter entwendeten.

Ausbreitung der Pest. Wie dem „Reich“ aus Wladivostok gemeldet wird, breitet sich die Pest in der Mongolei in bedrohlicher Weise aus. Ganze Romanenstämme sind von der Seuche ergriffen. In panikartigem Schrecken flüchten die Bewohner nach allen Richtungen. Es wird dadurch die Weiterverbreitung in Sibirien und im Amurgebiet sehr gefördert.

Amsterdamer Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr genügend, Gewicht schleppend, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, in Dalen reichlich, Gewicht flau, Preise fast unverändert. Geflügel: Zufuhr genügend, Gewicht flau, Preise nachgebend. Fische: Zufuhr mäßig, Gewicht schleppend, Preise wenig verändert. Butter und Eier: Gewicht ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Gebäck: Zufuhr reichlich, Gewicht etwas lebhafter, großer Blumenkohl und prima Kapsel gesucht, Preise wenig verändert.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Besprechung... Briefkasten der Redaktion... 2. 25. Vertragslösung ist nur auf gütlichem Wege erreichbar.

zu welchem Zweck Sie als Pfleger bestellt sind... Die Besichtigung findet heute Mittwoch, den 14. d. Mts., nachmittags 2 Uhr.

Vollstreckungsbescheid... die uns unbekannt ist... 2. Wegen Gerichtskosten kann der 125 M. monatlich übersteigende Lohn gepfändet werden.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Stralau. Am Montag, den 12. d. Mts., verstarb unter langjährigem Mitgliedschaft, der Genosse Julius Kienitz.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin. Durch einen Unfall ist uns einer unserer Mitkämpfer, der Kollege Joseph Schöbel vom Charlottenburger Fleißigkeits-Bezirk entzogen worden.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenfahrer Hermann Schulze am 10. d. Mts. im Alter von 43 Jahren verstorben ist.

M. Wigdor. Spezial-Modell Q moderne Hornknöpfe. à Stk. M. 6. Gelegenheits! 1/2 seidene schwarze Damenregenschirme mit Streifen-M. 3,75.

Westmann. Wegen der bevorstehenden Inventur verkaufe ich schon jetzt für den Weihnachtsbedarf. Plüschkonfektion, Abendmäntel, Kostüme, Gesellschaftskleider, Röcke, Blusen, Pelzkonfektion, Engl. Mäntel.

Karl Matthes im 40. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrübt an Witwe Anna Matthes nebst Kindern und Angehörigen. Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes aus statt.

Todes-Anzeige. Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Vater, unser guter Vater, Bruder und Schwager, der Müller Eduard Nowack am 10. Dezember 1910 verstorben ist.

Gardinen-Fabrik. Gardinenhaus Bernhard Schwarz. Wallstr. 13. Bis zum 24. Dezember erhält die Rundschau Wirtschaftsböden für 1911 mit nützlichem Inhalt.

H. Preuß Swinemünder Str. 64 I. Etage (Aufgang Ramlersstraße 37) Zigarren-, Zigaretten- und Tabakfabrik und Großhandlung. Spezialitäten: Bombastus und Spreelume-Zigaretten, Pre-Ussina-Zigaretten.

Sozialdemokratischer Wahlverein Friedenau. Am 12. d. Mts. verstarb nach langem, schwerem Leiden im Alter von 40 Jahren, unser langjähriges Mitglied, der Lagerhalter Karl Matthes.

Mathilde Meyer geb. Krumm. im Alter von 59 Jahren. Um stille Anteilnahme bitten die trauernden Kinder Paul Borek u. Frau geb. Meyer, Otto Borek u. Frau geb. Meyer.

Leihhaus „Brannen“. Betten, Stand mit zwei Kissen 10,-, gute Matratze, prima Heizung, Brannenstraße 118 (Gde. Uferdomstraße).

Drei Tropfen Kaol. 110sige Metall-Politur machen das schmutzigste Metall spiegelblank. In Flaschen von 10 bis 50 Pfennig. Überall zu haben. Fabr.: Lubersynski & Co., Berlin NO.

Husten, Heiserkeit, rasch und wunderbarlich und schnell die berühmten Hustentropfen von Otto Reichel. Nur echt mit Marke „Medico“.

August Schwarz, Spandau, Schönwalder Straße 22. Passende Weihnachts-Geschenke. Herren- u. Damen-Uhren in Gold, Silber und Stahl zu denkbar billigsten Preisen.

Lodes-Anzeige. Am 12. Dezember verschied unser treuer Mitarbeiter, der Lagerhalter Karl Matthes. Wir verlieren in ihm einen pflichttreuen Beamten, dessen Andenken wir in Ehren halten werden.

Paul Breska im 33. Lebensjahre. Die trauernde Witwe Ida Breska geb. Bogatich, Eltern, Schwiegereltern und Geschwister. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes am Rixdorfer Weg aus statt.

Kaol. 110sige Metall-Politur machen das schmutzigste Metall spiegelblank. In Flaschen von 10 bis 50 Pfennig. Überall zu haben. Fabr.: Lubersynski & Co., Berlin NO.

Enorm billiger Verkauf elegant. Monatsgarderoben früher 50-90 M., jetzt 12-25 M. Deutsches Bekleidungshaus, Große Frankfurterstraße 89. Nur 1 Treppe, kein Laden. Zahngeld wird vergütet.

Vorjährige Winter-Paletots Herbst-Anzüge jetzt 20-40 Mark. Täglicher Verkauf. Kavaller-Klub, Unter den Linden 61 u.

Verband der Lagerhalter u. Lagerhalterinnen Deutschl. Bezirk Berlin u. Umg. Am 12. Dezember verschied unser treuer Kollege, der Lagerhalter Karl Matthes. Wir verlieren in demselben einen braven und opferwilligen Kollegen und Genossen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Frau Anna Jost geb. Hofmann im Alter von 33 Jahren. Um stille Teilnahme bitten im Namen der Hinterbliebenen Bernhard Jost, Rixdorf, Mälinger Str. 54. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Jerusalem-Friedhof, Hermannstraße, aus statt.

Auf dem Weihnachtstisch bereiten Manoli Cigaretten die größte Freude. Spezialmarken: Gibson Girl, Abbas, Dandy, Voila.

Pelzwaren jeder Art vom einfachsten bis feinsten Genre, direkt aus der Fabrik. Einzelverkauf zu Engrospreisen. F. Kalman, Kommandantenstr. 15 L. Kein Laden. Telefon: 1 5517.

Dankagung. 22395 Für die Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kränkelpenden bei der Beerdigung meines innig geliebten Mannes, des Metallarbeiters Wilhelm Sobelatis sage ich allen Verwandten und Bekannten, besonders den Kollegen der Firma Grauert, dem Sängerkwartett, sowie dem Deutschen Metallarbeiter-Verband meinen innigsten Dank. Ww. Henriette Sobelatis nebst Kindern.

Todes-Anzeige. Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und gute Mutter Anna Hentschel geb. Kolow, am 12. Dezember verstorben ist. Dies zeigt tiefbetrübt an Bruno Hentschel nebst Tochter. Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Plötz-Gemeinde, Nordend, aus statt.

Westmanns Trauermagazin Extra-Abteilung I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße). II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Androssstraße). Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu äußerst niedrigen Preisen. Sonder-Abteilung: Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

